

Nachhaltige Industriepolitik und Transformation

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ist der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu schlichten?

Matthias Jobelius

Sozialdemokratie in der Heizeit – Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört

Svenja Schulze

Nachhaltige Industriepolitik aus umweltpolitischer Perspektive

Joe Guinan, Martin O'Neill

Die institutionelle Wende: Labours neue politische Ökonomie



| | |
|---------------|---|
| Stefan Stache | |
| Kurzum | 4 |

MEINUNG

| | |
|---|---|
| Kajsa Borgnäs, Christian Kellermann | |
| Punktsieg für die Sozialdemokratie – Zur Wahl in Schweden | 5 |

| | |
|------------------------------------|---|
| Hilde Mattheis, Dietmar Köster | |
| Für ein solidarisches Europa | 8 |

SCHWERPUNKT: NACHHALTIGE INDUSTRIEPOLITIK UND TRANSFORMATION

| | |
|--|----|
| Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder, Stefan Stache | |
| Einleitung zum Schwerpunkt | 10 |

| | |
|---|----|
| Ernst Ulrich von Weizsäcker | |
| Ist der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu schlichten?..... | 14 |

| | |
|---|----|
| Matthias Jobelius | |
| Sozialdemokratie in der Heizeit – Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört..... | 18 |

| | |
|---|----|
| Kajsa Borgnäs, Tomas Nieber | |
| Nachhaltige Industriepolitik: Alter Wein in neuen Schläuchen oder echte Chance auf nachhaltige Produktionsprozesse? | 25 |

| | |
|---|----|
| Wolfgang Lemb | |
| Gute Industriepolitik in Zeiten der Transformation..... | 32 |

| | |
|--|----|
| Svenja Schulze | |
| Nachhaltige Industriepolitik aus umweltpolitischer Perspektive | 38 |

| | |
|--|----|
| Bernd Lange | |
| Europäische Industriepolitik – Notwendigkeit und Wirklichkeit..... | 43 |

ANALYSE & STRATEGIE

| | |
|---|----|
| Arne Heise | |
| Stichwort Wirtschaftspolitik: Die Lehman-Pleite vor zehn Jahren | 49 |

| | |
|---------------------------------------|----|
| Michael Reschke | |
| Die aktuelle Zahl: 12,3 Prozent | 51 |

| | |
|---|----|
| Heinz-J. Bontrup | |
| Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen..... | 52 |

| | |
|---|----|
| Joe Guinan, Martin O’Neill Die institutionelle Wende: Labours neue politische Ökonomie..... | 62 |
| Max Reinhardt 100 Jahre Matrosenaufstand – Geschichte und Zukunft der SPD-Linken und der SPD | 69 |
| Edgar Göll Kuba: wie geht es mit dem sozialistischen Weg weiter? | 77 |
| Thilo Scholle Rezension: Aufrecht gehen – Wie Beschäftigte durch Organizing zu ihrem Recht kommen..... | 84 |
| Thilo Scholle Sammelrezension: Marx in seinen eigenen Worten..... | 85 |
| Thilo Scholle Sammelrezension: Revolutionen in Deutschland und Österreich | 87 |

PERSONEN & POSITIONEN

| | |
|--|----|
| Hilde Mattheis DL 21 Aktuell: Das Sterben im Mittelmeer beenden..... | 96 |
| #Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen? Kongress am 6. und 7. November 2018, FES Berlin, Programm | 97 |

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg), Klaus Dörre (Jena), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Oliver Kaczmarek (Kamen), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), Florian Pronold (Deggendorf), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Michael Vester (Hannover), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Chefredaktion

Stefan Stache

Titelfoto: archimede © - Fotolia.com

Kurzum

von Stefan Stache¹

Schlechte „Performance“ der Bundesregierung, so der SPD-Generalsekretär im Unternehmenssprech, habe zum Wahldebakel in Bayern beigetragen. In dieser Logik mangelt es der Koalition an Effizienz und gutem Image. Allerdings geht es gerade dem eher solidarischen Wählermilieu mitnichten nur um gutes Management. Sie erwarten mehr Partizipation und einen Politikwechsel, der über wichtige soziale Verbesserungen wie z.B. die Qualität der Kitas oder die Wiedereinführung der Paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge hinaus reicht. Zudem erscheint Ihnen die SPD als eine Partei, von der man nach wie vor nicht weiß, wofür sie steht. Bedenkenswerte Vorschläge für eine gerechtere Finanzierung und langfristige Sicherung der staatlichen Altersvorsorge oder für eine europäische Arbeitslosenversicherung wirken unglaubwürdig, weil der sozialdemokratische Teil der Regierung seine vorhandenen Spielräume zu wenig nutzt und die eigenen Vorschläge nicht langfristig und konfliktbereit weiter verfolgt. Langfristige Alltagserfahrungen mit einer Agenda-SPD wirken schwerer als kurzfristige Debatten.

Kurzum: Die SPD braucht wieder glaubhafte solidarische Projekte sowie Angebote für kritische Partizipation.

Die SPD, aber auch die gesamte Linke müsse – so heißt es in Ratschlägen des Feuilletons – sich wieder den Fragen der sozialen Ungleichheiten zuwenden, statt sich wie bisher um Identitätspolitik, Gleichstellung oder Bürgerrechte zu bemühen. So wichtig der Hinweis auf Gerechtigkeitsdefizite der SPD-Politik ist, so problematisch ist die Verengung auf bestimmte Dimensionen von Ungleichheit. Sowohl für die moderne Arbeitnehmermitte als auch das solidarische Bürgertum gehören z.B. Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, der Schutz von Geflüchteten sowie Verteilungsgerechtigkeit zusammen.

Unter dem Slogan „Unteilbar“ fordert vor allem das sozial-integrative Lager eine umfassende solidarisch-progressive Politik ohne Ausgrenzung. Aber auch über dieses Lager hinaus verliert die SPD sowohl in klassischen Verteilungsfragen als auch beim Thema Bürger- und Menschenrechte an Zustimmung. Der progressive Neoliberalismus, wie ihn Nancy Fraser kritisiert, prägte tatsächlich große Teile der Politik von New Labour und der SPD der Neuen Mitte in den 2000er Jahren. Jene Teile v.a. der privilegierten Milieus, die für Migration und Gleichstellung offen, für vertikale Ungleichheit aber kaum ansprechbar sind, sehen sich in diesem aufgeklärten Neoliberalismus durchaus repräsentiert. Kosmopolitische Einstellungen sind jedoch keine alleinige Domäne akademischer Elitemilieus. Sie äußern sich auch in der modernen Arbeitnehmermitte, etwa als praktische Solidarität mit Geflüchteten. Diese Solidarität braucht jedoch auch Ressourcen, die durch diese Politik von Entstaatlichung und Druck auf die Arbeit geschwächt wurden.²

Noch immer verharret die SPD zu stark im neoliberalen Exportpfad und lässt sich in ihrer Flüchtlingspolitik von rechts treiben. Wieso greift sie die Vorschläge von Investitionsanreizen für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen wollen, nicht auf? Weshalb unterstützt sie eine europäische Handelspolitik, die globale soziale Ungleichheit eher vertieft und damit auch zu Migration und Flucht beiträgt? Es wäre möglich, auskömmliche Investitionen, mehr Steuergerechtigkeit, den Ausbau sozialer Sicherung und eine solidarische Arbeitsmarktpolitik für alle ohne Abschottung zu fordern. Und die Regierung ließe sich ohne kurzfristige Erfolgserwartungen verlassen. Vor allem muss die Partei aufzeigen, dass die Ökonomie demokratisch im Sinne der Beschäftigten gestaltet und die Macht der digitalen Monopole begrenzt werden kann.

Kurzum: Jenseits von Regierungslogik und verengter Dichotomien gibt es Spielräume für sozial-integrative und die Linke verbindende Vorstellungen. Die politische Linke sollte sie dringend nutzen. ■

² Vgl. u.a. Reinhardt, Max/Stache, Stefan (2014): Solidarität als Lernprozess. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, in: Dies./Stephan Meise 2014 (Hg.): Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte, Lit-Verlag: Münster, S. 55-80.

¹ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Punktsieg für die Sozialdemokratie – Zur Wahl in Schweden

von Kajsa Borgnäs und Christian Kellermann



⇨ Dr. Kajsa Borgnäs war von 2007 bis 2010 Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Studentenvereinigung. Sie ist Politikwissenschaftlerin in Berlin.

Foto: Christian Burkert/IG BCE



⇨ Dr. Christian Kellermann war zwischen 2009 und 2012 Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm. Er ist ebenfalls Politikwissenschaftler in Berlin.

Foto: IGZA

Die schwedische Sozialdemokratie ist in den Wahlen vom 9. September 2018 mit einem überraschend guten Ergebnis zur stärksten Partei gewählt worden: Sie holte gut 28 Prozent und lag damit deutlich vor der „schwedischen CDU“, den „Moderaten“, die knapp 20 Prozent erhielten. Die „schwedische AfD“, genannt „Sverigedemokraterna“, kam auf 17,5 Prozent der Stimmen und wurde drittstärkste Kraft im neuen Reichstag. Dieses Ergebnis war deshalb überraschend, weil die Umfragen auch drei Wochen vor der Wahl noch ein anderes Bild gezeichnet hatten. Die Schwedendemokraten lagen bisweilen gleichauf mit einer Sozialdemokratie nahe der 20 Prozent-Marke.

Bürgernahe, sozialpopuläre Kampagne und schwache Konkurrenz

Das relativ starke Wahlergebnis für die Sozialdemokratie hat vor allem drei Gründe: Zum einen hat die Partei in der Schlussphase des Wahlkampfes eine sehr starke Kampagne vor Ort umgesetzt. Mit mehreren Hunderttausend Gesprächen an den Türen („Dörrknackning“) mobilisierte sie Stimmen in Regionen und Orten mit traditionell geringer Wahlbeteiligung. Zum zweiten kam die Partei drei Wochen vor dem Wahltermin mit der sozialpopulären Forderung, Eltern von Kleinkindern eine extra Urlaubswoche pro Jahr zu geben. Die Maßnahme erhielt breite Zustimmung.

In der gleichen Zeit begannen die Rechtspopulisten, Fehler zu machen. Der Parteivor-

sitzende agierte unsicher, was die eigene Argumentation und das entsprechende Zahlenmaterial betrafen. Zudem entstand eine Debatte über die rechtsradikalen, nationalsozialistischen Wurzeln der Partei, die sich negativ auf das „Biedermann“-Image der Sverigedemokraterna und somit auf die breitere Wählbarkeit ausgewirkt hat.

Schweden im europäischen Fahrwasser

Im längerfristigen Trend wird dennoch deutlich, dass die schwedische Sozialdemokratie und das schwedische politische System vor ähnlichen Herausforderungen stehen, wie in fast allen anderen europäischen Ländern: wachsender Rechtspopulismus, langfristiger Niedergang der Sozialdemokratie als Volks- und Arbeiterpartei, ein schwacher Liberalismus und eine Konservative, die verunsichert ist in Anbetracht der politischen Kraft rechts von ihr.

Beim Umgang mit Rechtsaußen gibt es in den Nordischen Ländern unterschiedliche Modelle. In Norwegen und Finnland sind die rechten Parteien „Fremskrittspartiet“ und „Sannfinländarna“ in die Regierung mit aufgenommen worden. In Dänemark ist die „Dansk Folkeparti“ unterstützende Partei der konservativen Regierung; man ging davon aus, dass der Einfluss ohne Ministerposten größer wäre, als wenn man Teil der Regierung wäre. In Schweden ist es bis heute politischer Konsens gewesen, dass den Schwedendemokraten

kein direkter politischer Einfluss gegeben werden dürfte – eine Haltung, die vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses vom September von mehreren konservativen Stimmen in Frage gestellt wird.

Etablierung der Angst

Die zunehmende Koalitionsfähigkeit der Rechten läutet nicht nur den Bruch mit einem Konsens ein, der lange Zeit die Basis politischer Stabilität in Schweden war. Die „Etablierung“ der Schwedendemokraten geht auch zulasten der „Etablierten“, insbesondere auch der Sozialdemokraten, und entkernt die Polarität der beiden Blöcke links und rechts der Mitte. Wie ist die Entwicklung zu verstehen?

Vor kurzem wurde eine interessante Untersuchung¹ präsentiert, die den Aufstieg der Sverigedemokraterna zeitlich mit zwei gesellschaftlichen Entwicklungen, die große Auswirkungen auf die ökonomische Situation vieler Bürger hatten, zusammenbringt. Zum einen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. und den damit verbundenen Effekten insbesondere in Gestalt deutlich höherer Arbeitslosigkeit. Zum anderen mit der stark angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik durch die konservative Regierung in den Jahren 2006 bis 2014.

Die Studie identifiziert zunächst keinen belastbaren Zusammenhang aus der gestiegenen Unterstützung für die rechtspopulistische Partei und dem Niveau der Zuwanderung. Dagegen gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Zustimmung für die Sverigedemokraterna auf kommunaler Ebene und der lokal-strukturellen Entwicklung seit 2002. Ausschlaggebend sind vor allem die sozioökonomischen Verhältnisse der Wähler, die überwiegend „outsiders“ oder „unsichere insiders“ auf dem Arbeitsmarkt sind. Die Gruppen dominieren deren Wählerschaft, aber auch die eigene Funktionärs-Ebene. Im Vergleich mit dem Durchschnitt anderer Parteien sind deutlich mehr Frührentner und

Langzeitarbeitslose bzw. „ökonomisch Inaktive“ in der rechten Partei aktiv. Die Lücke beim verfügbaren Einkommen zwischen den Insidern und Outsidern auf dem Arbeitsmarkt hat sich laut der Forscher seit 2006 um 20 Prozent vergrößert.

Im Ergebnis gehört die Wählerschaft der Sverigedemokraterna zu den „relativen Verlierern“, für die dann auch kulturelle, technische und sonstige Dynamiken bedrohlicher sind als für die „relativen Gewinner“. Rein auf die materielle Seite fokussiert, wird deutlich, dass die Höhe des relativen Einkommensverlustes mit der Wahlentscheidung der Schwedendemokraten korreliert. Es ist immer schwer, andere mögliche Variablen zu kontrollieren, weshalb solche Analysen auch mit Vorsicht zu betrachten sind. Aber es ergibt sich ein Bild für Schweden, das zum Beispiel auch für die USA gezeichnet werden konnte. Obwohl also der Erklärungsfaktor „Einwanderung“ für die Verschiebung im Parteienspektrum nach rechts zweifelsohne eine Rolle spielt, wird deutlich, dass die „Sozio-Ökonomie“ und die materiellen Zusammenhänge die Entwicklung des politischen Feldes beeinflussen.

Neues Koordinatensystem – neue Unübersichtlichkeit

Eine weitere Beobachtung aus der schwedischen Wahl ist die langfristige Etablierung von drei hauptsächlichen politischen Großströmungen: Sozialdemokratie, Liberalismus und Neo-Konservatismus. Sie lösen die bisherige Spaltung der politischen Landschaft in Sozialdemokratie und Neo-Liberalismus ab. Die politische Landschaft rechts der Mitte war die letzten Jahrzehnte vom Neo-Liberalismus geprägt. Der Hauptherausforderer war die Sozialdemokratie – sie wurde wiederum selbst nicht unerheblich vom ideologischen Gegner beeinflusst.

Heute wird die politische Landschaft rechts der Mitte immer weniger von neo-liberalen Stimmen besetzt, dafür immer mehr von Neo-Konservativen und dem kulturellen und politischen Liberalismus. Das

¹ <http://www.dagensarena.se/innehall/forskare-alliansens-politik-orsaken-till-sds-framgang/>

macht das (Über)Leben der „Moderaten“ nicht einfacher. Die Liberalen ziehen sie nach links, die Neo-Konservativen ziehen sie nach rechts. Die Auflösungserscheinungen des sog. konservativen Blocks werden immer sichtbar – aktuell im Zuge der ganz konkreten Frage, wie und mit wem eine Regierung zu bilden sei. Einige „Regenbogen-Koalitionen“, also Koalitionen jenseits der Blocklogik von links und rechts, scheinen derzeit möglich, was bei der letzten Wahl vor vier Jahren noch undenkbar war.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage, wie sich das konservative und rechte Lager entwickelt, alles andere als trivial: Sie selbst wird von dem neuen (linken wie rechten) Konservatismus herausgefordert sowie von einer urbanen, liberalen „Mitte“.

Punktsieg für die Sozialdemokratie

Für diesmal hat die schwedische Sozialdemokratie ihr relativ gutes Ergebnis vor allem dadurch erzielen können, indem sie einen Instrumenten-Mix und ein politisches „Narrativ“ bestehend aus sozialpopulären Maßnahmen mit der Stärkung der inneren Sicherheit verfolgt hat. Mehr Geld für Polizei und Polizeiausbildung, die extra Urlaubswoche für Eltern mit kleinen Kindern, ein Versprechen zur langfristigen Stabilisierung der Rente und Steuersenkungen für Rentner sowie die Stärkung des Pflegesektors auf der regionalen und kommunalen Ebene – in der Summe vermittelte dies in einer Kombination aus Konservatismus und Liberalismus einen starken, handlungsfähigen Staat als „letzte versichernde Instanz“. Verbunden mit diesem Staatsverständnis war auch eine neue Grenzsetzung des Marktes in den Belangen des Wohlfahrtsstaats. Dadurch konnte die Sozialdemokratie Wähler von der grünen Partei, die sie bei der letzten Wahl verloren hatte, zurückgewinnen, und die Verluste an die Sverigedemokraterna relativ gering halten. Hilfreich war aber auch, dass der konservative Block keine klare Machtoption hatte, weil dieser über den Umgang mit den Rechtspopulisten tief gespalten ist.

Damit hat die Sozialdemokratie einen wichtigen Punktsieg erringen können – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das Gewicht der sozioökonomischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts bei der Verschiebung des Parteienspektrums wiegt schwer. Die Verteilung von Zugängen zum Bildungs-, Gesundheits-, Renten- und Pflegesystem ist spät, aber nicht zu spät in die Wahlentscheidung eingeflossen. Der späte Kampf um das „Volksheim 4.0“ hat noch einmal Schlimmeres verhindern können. Für einen mehrheitsfähigen linken Block muss dieser Weg weiterentwickelt werden. ■

Für ein solidarischeres Europa¹

von Hilde Mattheis und Dietmar Köster



⇒ Hilde Mattheis, MdB, ist Bundesvorsitzende des Forums DL21.

Foto: © SPD Parteivorstand



⇒ Dietmar Köster, MdEP, ist Vorstandsmitglied des Forums DL21.

Foto: privat

Helmut Schmidt hat in seinen letzten Lebensjahren die deutsche Politik und Öffentlichkeit immer wieder an ein Thema erinnert: Die Einbettung Deutschlands in die EU. Er wies deutlich auf die wachsende Besorgnis der europäischen Staaten hin, die die deutsche Dominanz aufgrund wirtschaftlicher Potenz beargwöhnten. Angesichts der historisch singulären Verbrechen von Shoa und Zweitem Weltkrieg könne Deutschlands Zukunft nur in der Einbindung in europäische Strukturen liegen, so das Credo des Altkanzlers.

Mit Blick auf die politischen Streitigkeiten von CDU und CSU in den vergangenen Wochen und Monaten scheinen seine Worte von vor wenigen Jahren ungehört zu bleiben. Im Gegensatz zur Europapolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist heute nur noch von „unseren Interessen“, die es zu wahren gälte, die Rede. Das Bewusstsein darüber, welchen Schaden das egoistische, rücksichtslose renationalisierte Verhalten Deutschlands bei unseren europäischen Partnern anrichtet, ist offenbar weiten Teilen von CDU und CSU, aber auch anderen Parteien, abhandengekommen.

Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre unter der Federführung der Bundesregierung hat

tiefe Wunden bei vielen Südeuropäerinnen und -europäern hinterlassen. Das deutsche Modell, „Spar“politik plus Exportweltmeister, führt zu erheblichem Schaden in der EU. Die konjunkturelle Teilerholung der Bundesrepublik findet zulasten unserer Nachbarn statt. Diese Politik exportiert Arbeitslosigkeit, führt zu Leistungsbilanzdefiziten und in der Folge zur Verschuldung der Haushalte in anderen Staaten. Das setzt wiederum den Sozialstaat unter Druck und gefährdet den gemeinsamen Währungsraum, da die Mitgliedstaaten ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch die Abwertung ihrer Währung verbessern können. Die Konsequenz ist eine umfassende vielfältige gesellschaftspolitische Krise der EU. Wir müssen uns klarmachen, dass die Krisen in Europa nicht überwunden sind, nur weil ein Land unter den 27, nämlich Deutschland, von sich behauptet, es sei ökonomisch alles Bestens. Das lässt vollkommen außer Acht, dass Exportüberschüsse zulasten der Lebenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielt wurden und die Politik der „schwarzen Null“ zu erheblichen Defiziten in der Infrastruktur und der Versorgung, wie zum Beispiel in der Pflege, geführt hat. Auch in Deutschland haben Verteilungungerechtigkeiten zugenommen. Die soziale Ungleichheit ist mittlerweile nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine wirtschaftliche, weil sie die Konjunktur wegen einer Schwächung der Binnennachfrage eintrübt.

Die deutsche Politik ist also Teil des Problems. In Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 42 Prozent, in Italien und Spanien bei über 30 Prozent. 125 Millionen Europäerinnen und Europäer sind arm oder von Armut bedroht. Zugleich besitzen im Euroraum die reichsten zehn Prozent mehr als die Hälfte des Vermögens. Diese Ungleichheit müssen wir angehen, wenn wir die Menschen nicht zulasten der Demokratie und der EU an autoritäre, völkisch-national ausgerichtete Parteien verlieren wollen. Wir müssen viel stärker als bisher für ein soziales Europa streiten und die EU zu einer Sozialunion fortentwickeln. Die Reform der Entsenderichtlinie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU, die das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort umsetzt, war hierzu ein erster wichtiger Schritt. Die nächsten Schritte müssen folgen: Ein Europa, in dem in jedem Land ein Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des mittleren Einkom-

1 Es handelt sich um die Langfassung des Artikels, der am 03.08.2018 in der Frankfurter Rundschau erschienen ist.

mens gezahlt wird, ein Europa, das eine Job- und Ausbildungsgarantie für Jugendliche sichert und das eine ergänzende Arbeitslosenversicherung zusätzlich zu den nationalen Sicherungssystemen einführt, damit Arbeitslosigkeit nicht zur Armutsfalle wird. Wir brauchen einen sozialen Korridor, der soziale Mindeststandards sichert (Regressionsverbot), der Mitgliedstaaten erlaubt, über diese Mindeststandards hinauszugehen (Gebot der Mindestharmonisierung) und die Anpassung an die jeweils höchsten sozialen Standards sichert (Aufwärtstkonvergenz). Darüber hinaus gehört zu einer europäischen Sozialunion eine faire Steuerpolitik, der sich viel Konzerne entziehen. Um endlich das Prinzip durchzusetzen, dass die Unternehmen in dem Land ihre Gewinne versteuern, wo sie diese erwirtschaften, muss Transparenz zum Beispiel durch eine länderbezogene Berichterstattung der großen multinationalen Unternehmen über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten her. Leider konnte sich der deutsche Finanzminister in einer Diskussion im zuständigen Fachausschuss im Europäischen Parlament vor kurzem dazu nicht bekennen.

Solidarität muss auch das Leitmotiv der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik sein. Der Fokus der europäischen Staats- und Regierungschefs liegt derzeit einzig und allein auf Abschottung und Sicherung der Grenzen auf Kosten der fliehenden Menschen. Die Vorstellung, dass durch noch mehr Kontrollen, Errichtung von Zäunen oder Mauern tatsächlich Menschen an der Flucht gehindert werden können, ist angesichts der tausenden Kilometer Grenze geradezu erschreckend naiv. Wer behauptet, mit einer solchen Politik könnten Flüchtlinge aufgehalten werden, belügt die Menschen hierzulande und die Geflüchteten. Genau diese Politik ist nämlich für viele Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, tödlich. Im Jahr 2018 waren es bisher mehr als 1.800. Die Gleichgültigkeit gegenüber Menschen, die vor Kriegen, politischer und anderer Verfolgung fliehen oder auch einfach nur nach einem besseren Leben suchen und ihre teilweise Verhöhnung („Asyltourismus“) ist Ausdruck einer tiefen Krise der Humanität, die die Werte der EU substanziell infrage stellt.

Ein ziviles Seenotrettungsprogramm ist das Mindeste, womit eine Staatengemeinschaft,

die sich die Menschenrechte auf ihre Fahnen schreibt, aufwarten sollte. Ebenso müssen wir der Kriminalisierung von zivilgesellschaftlich organisierten Seenotrettungsorganisationen entschieden entgegenzutreten. Statt sie strafrechtlich zu verfolgen, müssen sie für ihre Zivilcourage unterstützt und geehrt werden. Durch ihre Aktivitäten sind tausende von Menschen vor dem qualvollen Ertrinken gerettet worden. Eine Verleihung des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments an den Kapitän der „Lifeline“ Claus-Peter Reisch wäre geboten. Er hat stellvertretend für alle Seenotrettungsorganisationen die Werte der EU verteidigt.

Neben der Schaffung sicherer Fluchtwege und einer menschenrechtsfundierten Reform des Dublinsystems müssen Fluchtursachen bekämpft werden. Das ist zweifelsohne weniger medienwirksam als das ständige Geplärre nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Es ist aber mittel- bis langfristig geboten, damit nicht mehr täglich Tausende ihren lebensbedrohlichen Weg nach Europa antreten müssen. Menschen in Afrika und dem Nahen Osten müssen von ihrer Arbeit leben können. Eine Handelspolitik, die durch europäische Billigexporte, Viele in den afrikanischen Staaten ruiniert hat, muss geändert werden.

Es liegt in der historischen Verantwortung der Sozialdemokratie, diese Solidarität wieder erkennbar zu machen und in das Zentrum ihrer Europapolitik zu stellen. Ein humanitäres Investitionsprogramm für Kommunen und Regionen, die bereit sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, wäre dazu ein konkretes Projekt in der EU. Es liegt in unserer Verantwortung, diese solidarische Politik auf allen politischen Ebenen einzubringen statt halbherzige Kompromisse mitzutragen. Wir haben bei der Europawahl 2019 die Chance zu zeigen, dass wir das Erbe der europäischen Gründermütter und -väter verstanden haben und wieder europäisch denken und handeln. Eine Politik, die die Interessen der Vielen und nicht der Wenigen in Griechenland, Lettland, Belgien und Slowenien im Fokus hat, ist eine Politik, die auch den Vielen und nicht den Wenigen in Deutschland zugutekommt. Ein deutsches Europa ist der falsche Weg. Da hatte Altbundeskanzler Helmut Schmidt Recht. ■

Nachhaltige Industriepolitik und Transformation

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder und Stefan Stache¹



Foto: archimede © - Fotolia.com

In diesen Wochen jährt sich der Ausbruch der letzten globalen Finanzmarktkrise zum zehnten Mal. Zwei Beobachtungen:

1) Die wirtschaftspolitische Debatte hat an Erdung gewonnen. Im Mainstream des Diskurses wird das ökonomische Heil nicht länger in komplizierten Finanzmarktprodukten gesehen, vielmehr erlebt Industrie eine Renaissance.

2) Gleichzeitig spitzt sich die ökologische Krise weiter zu. Zwar bestehen mit dem Pariser Abkommen ambitionierte Ziele in Sachen internationaler Klimaschutz, doch zeigt der Anfang Oktober vorgelegte Bericht des Weltklimarats wie weit notwendiges Handeln von der tatsächlichen Entwicklung entfernt ist.

Die Wirtschaft läuft und das Klima kippt. Der Konflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und ökologischen Grenzen soll in diesem Schwerpunkt nochmals aufgegriffen werden. Die erneute Auseinandersetzung ist keiner Routine geschuldet², vielmehr geht es

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Katharina Oerder, Jahrgang 1984, ist Psychologin, Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts für Mitbestimmung, Innovation und Transfer (MIT Institut) und Mitglied der spw-Redaktion.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover

² Siehe spw 177 mit Schwerpunkt „Wachstum neu denken! - Was soll eigentlich wachsen?“ sowie spw 225 mit Schwerpunkt „Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?“

für sozialdemokratische Linke um eine wesentliche Zukunftsaufgabe:

Wie lassen sich die Interessen der abhängig Beschäftigten hinsichtlich sicherer Arbeitsplätze und Einkommen in einem nachhaltigen Wachstumsmodell absichern, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit heute und in der Zukunft zu gefährden? Soll das Sicherheitsinteresse der Beschäftigten nicht durch Rechtspopulismus (*Klimawandel ist eine Erfindung*) beantwortet werden, muss es eine überzeugende Antwort der gesellschaftlichen Linken hierzu geben. Zu dieser Antwort soll der aktuelle Schwerpunkt ‚Nachhaltige Industriepolitik und Transformation‘ dieser spw beitragen.

Ökologie aus der Nische holen

Die Liste von politischen Aufrufen und wissenschaftlichen Texten, die Angebote unterbreiten, wie wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden kann, ist schier unendlich. Auch gibt es viele sektorale und betriebliche Beispiele für ökologische Produkte und Produktionsverfahren. Das reicht von klassischen Sektoren wie dem Bau bis hin zur größer werdenden Umweltwirtschaft einschließlich einer stärker werdenden regenerativen Energieerzeugung.

Insgesamt handelt es sich jedoch eher um Teilbereiche einer ökologischen Modernisierung der Ökonomie. Angesichts der Dringlichkeit eines ökologischen Umsteuerns ist es allerdings entscheidend, die Umweltfrage auf die gesamte Ökonomie zu beziehen und die Ökologie aus der politischen Nische zu holen, in der sie sich zum Teil noch befindet.

Industriepolitik in sozial-ökologischer Perspektive

Da der Marktmechanismus blind für die ökologischen Erfordernisse ist, stellen sich aus linker Sicht Aufgaben für eine strategische Industriepolitik. Traditionell hat es die Begrifflichkeit der Industriepolitik schwer in Deutschland. Es sei nicht Aufgabe der Politik zu formulieren, was die Wirtschaft tun solle.

Auch wisse die Politik nicht, was die Verbraucher wünschten.

Am Beispiel der Verkehrswende zeige sich, dass es ausreichend sei, wenn die Politik Minderungsziele formuliere, aber Politik solle sich bloß aus der Technikgestaltung heraushalten. Diese Aussagen mögen oft mit dem Alltagsverstand breiter Bevölkerungsteile einhergehen, sie beinhalten jedoch die Gefahr des Verzettelns und des Festhaltens am technologisch Alten.

Anders ist die Sichtweise in China. Dort setzt die Regierung mit der Strategie „Made in China 2025“ u.a. darauf, der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen und mit einem Technologiesprung die Führerschaft in der globalen Automobilindustrie zu übernehmen. Ähnlich ambitionierte Ziele verfolgt China in neun anderen Industriesektoren, denen hohe strategische Bedeutung beigemessen wird.³ Die industriepolitische Überlegung Chinas zielt insgesamt darauf, die Rolle der *Werkbank der Welt* hinter sich zu lassen und selbst Technologieführerschaft zu übernehmen.

Jenseits der beiden Pole *Raushalten aus der Gestaltung der Ökonomie* und *des Null-Wachstums* bietet eine aktive Industriepolitik in Deutschland und Europa die Möglichkeit, den sozial-ökologischen Umbau zu forcieren und zu steuern. Die Begrifflichkeit Industriepolitik muss dabei ein grundsätzliches Missverständnis vermeiden. Es geht ausdrücklich nicht darum, Politik für die Unternehmen bzw. deren Eigentümer zu betreiben. Es geht darum, eine Industriestruktur zu erhalten und diese mehr denn je an gesellschaftlichen Bedarfen auszurichten. Zu den Notwendigkeiten gehört wesentlich die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Zu einer nachhaltigen Transformation kann auch eine Strategie des sozialen Wachstums beitragen, bei der wieder auskömmlich in CO₂-arme Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen investiert wird. Dies kann auch dazu beitragen, eine einseitige Exportorientierung zu überwinden

³ Philipp Staab und Florian Butollo, *Digitaler Kapitalismus – wie China das Silicon Valley herausfordert*, Berlin 2018

und vergrößert so die Spielräume für eine Handelspolitik, die auf eine gerechtere globale Verteilung hinarbeitet.

Konfliktfeld „Dogma Kapitalrendite“

Die ökologische Dringlichkeit setzt für sich genommen noch keinen Lösungsmechanismus in Gang. Zwar müssen Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein – dies ist der Grundgedanke dieses spw-Schwerpunkts – aber natürlich müssen Konflikte benannt werden. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat dies in erfrischender Klarheit formuliert. „In einer Welt, in der die Kapitalrendite alles bestimmt, hat der Umweltschutz überhaupt keine Chance. Es muss endlich in die Köpfe, dass die Dogmatisierung der Kapitalrendite ein Schaden für die Zivilisation und für unsere Enkel ist.“⁴

Angebot für die Beschäftigten notwendig

Der Hambacher Forst und die Lausitz sind Orte, an denen Klimaschutz und die Interessen der Beschäftigten in Konflikt zueinander stehen. Wahrscheinlich ist es an diesen symbolisch aufgeladenen Orten nicht mehr möglich, zu einer Aussöhnung von Arbeit und Umwelt zu gelangen. Die Liste dieser Orte darf jedoch nicht mehr länger werden, vielmehr muss eine notwendige Weichenstellung einer aktiven ökologischen Industriepolitik die Belange der Beschäftigten und der Regionen mitdenken.

Transformation als gemeinsame Fortschrittserzählung

Ökologische Dringlichkeit, Neuausrichtung der Industrie und sichere Perspektiven für die Beschäftigten. Aus einer Aufzählung verschiedener Fachpolitiken entsteht weder Begeisterung noch Bewegung. Transformation ist sicher kein Slogan, zeigt aber Größenordnungen an. Nötig ist eine verbindende Fortschrittserzählung, eine gesellschaftspolitische Perspektive des Großen und Ganzen für eine gerechte Transformation.

Schwerpunkt-Beiträge

Diese Aufgabe fordert den arbeits- wie den umweltbezogenen Teil der gesellschaftlichen Linken und verlangt nach einer aktiven Verständigung über bestehende Zielkonflikte statt sich in die Schützengräben der jeweils *eigenen richtigen* Logik zurückzuziehen. Arbeit oder Umwelt darf nicht zur Auswahl stehen, #unteilbar ist auch hier die verbindende Idee. Mit den Beiträgen des Schwerpunkts wollen wir dazu beitragen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, zurzeit Ko-Präsident des Club of Rome, stellt die Frage, wie der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu lösen sei. Der Autor betont dabei die globale Dimension des Klimaschutzes und greift den Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) eines globalen CO₂-Budgets wieder auf, der allen Ländern ein gleich großes Recht auf Nutzung der Atmosphäre je Einwohner zugesteht. Der Beitrag unterstreicht die Berücksichtigung der Nord-Süd-Gerechtigkeit in der internationalen Klimaschutzpolitik.

Für Bundesumweltministerin *Svenja Schulze* ist „Umweltpolitik (...) Industriepolitik (...) Arbeitsmarktpolitik (...). Mit Umwelttechnik und Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere Wirtschaft umfassend zu modernisieren. Die deutsche Volkswirtschaft verfügt über unschätzbare Potenziale, die Grund für Zuversicht und Optimismus sind. Unsere Umwelt- und Klimapolitik hat dazu maßgeblich beigetragen. Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland werden weltweit stark nachgefragt.“ In fünf Thesen macht *Svenja Schulze* deutlich, wie der sozialdemokratische Anspruch einer verzahnten Umwelt- und Industriepolitik umgesetzt werden könnte.

Bernd Lange, SPD-Europaabgeordneter, setzt sich u.a. mit den Mängeln der Industriepolitik der Europäischen Kommission auseinander. Langes Einschätzung: Die EU-Kommission sei industriepolitisch nur beschreibend unterwegs, setzt aber selbst keine eigenen Akzente. Angesichts der beiden

⁴ https://www.deutschlandfunk.de/50-jahre-club-of-rome-der-kritische-blick-auf-das-wachstum.769.de.html?dram:article_id=430812

Herausforderungen „Automobilindustrie im Transformationsprozess“ sowie übergreifender „Digitalisierung und technologischer Wandel in der Industrie“ sei diese Haltung unzureichend.

Wolfgang Lemb, für Industriepolitik verantwortliches Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, sieht die Industrie vor einer entscheidenden Transformation. Drei Thesen bilden den roten Faden der Argumentation: 1) Eine industriepolitische Gesamtstrategie bedarf eines neuen Staatsverständnisses (...) 2) „Industriepolitik ist aktive Investitions- und damit letzten Endes Verteilungspolitik! 3) „Auch im europäischen Binnenmarkt muss Spielraum für Gute Industriepolitik und damit Gute Arbeit bestehen!“ Diese Argumentation unterstreicht: Gewerkschaftliche Industriepolitik ist nicht gleichzusetzen mit einer Politik für die Industrie.

Kajsa Borgnäs und Tomas Nieber von der Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriergewerkschaft Bergbau Chemie Energie haben ihren Beitrag unter die Frage „Nachhaltige Industriepolitik: Alter Wein in neuen Schläuchen oder echte Chance auf nachhaltige Produktionsprozesse?“ gestellt. Die industriepolitische Konzeption der beiden Autoren ist ausdrücklich „Technologieaffin. Sie betont die Potentiale neuer Technologien, ohne die Risiken außer Acht zu lassen.“ Die Offenheit für die technologischen Potentiale ist aus Sicht der spw-Redaktion wichtig und richtig, gleichzeitig steht diese Eigenschaft nicht auf dem Kompetenzprofil des linken Lagers.

Matthias Jobelius, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), macht deutlich, „Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört.“ Der Autor setzt sich kritisch mit dem Stand der Erneuerung der SPD auseinander. „Wachstum für alle“, so lautet auch aktuell wieder die Überschrift eines Impulspapiers, das zu einer „Erneuerung“ der Sozialdemokratie beitragen möchte. Dieser Titel aus der fordistischen Mottenkiste basiert auf der Idee, dass weniger Wachstum auch weniger Wertschöpfung be-

deutet, und weniger Wertschöpfung härtere Verteilungskonflikte nach sich zieht, weshalb ‚Wachstum für alle‘ hilfreich ist, um Verteilungskonflikte zu minimieren.(...) Im 21. Jahrhundert muss jeder sozialdemokratische Fortschrittsbegriff daher zunächst anerkennen, dass die systemimmanente Wachstumsdynamik des Kapitalismus in einem Widerspruch zu den ökologischen Grenzen des Planeten steht. Ebenso führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die ressourcenübernutzenden Produktions- und Konsummuster des Westens nicht globalisierbar sind.“ Anknüpfend an Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut plädiert Jobelius für eine „doppelte Entkopplung“: „einerseits einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, andererseits einer schrittweisen Entkopplung von Wachstum und Lebensqualität.“

Aus Sicht der spw-Redaktion sind mit diesen Beiträgen genügend Anstöße für produktiven Streit gegeben. Auf die Rückmeldungen der Leserschaft freuen wir uns. Mit unserem Kongress digitaler Kapitalismus bei der FES, dem Debattencamp der SPD und vielen Veranstaltungen von sozialen Bewegungen gibt es konkrete Anlässe für den Austausch über nachhaltige Industriepolitik und Transformation. ■

Ist der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu schlichten?

von Ernst Ulrich von Weizsäcker¹

Wir haben eine Kohlekommission. Sie soll einen Zeitplan für den Ausstieg aus der Kohle vorlegen. Früher gab es entsprechende Gremien für den Ausstieg aus der Kernenergie. Da haben wir den Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt entschärft. Zu Lasten der alten Wirtschaft und zum Nutzen der moderneren Wirtschaft. Es gibt heute kein ökonomisches Argument mehr für ein neues Kernkraftwerk, wie die **Abbildung 1** zeigt.

kostengünstigere Massenfertigung von PV³-Zellen gebracht. Bei der Kohle sind wir noch nicht so weit. Baggern ist billig, und die wahren Kosten der Kohleverbrennung bekommen erst künftige Generationen zu spüren. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Verursacherprinzip. Der Weltklimarat (IPCC) hat am 8. Oktober 2018 eine aufrüttelnde Studie vorgelegt⁴. Aus dieser geht hervor, dass sich die Wirtschaft aller Länder dramatisch ändern muss, wenn man die

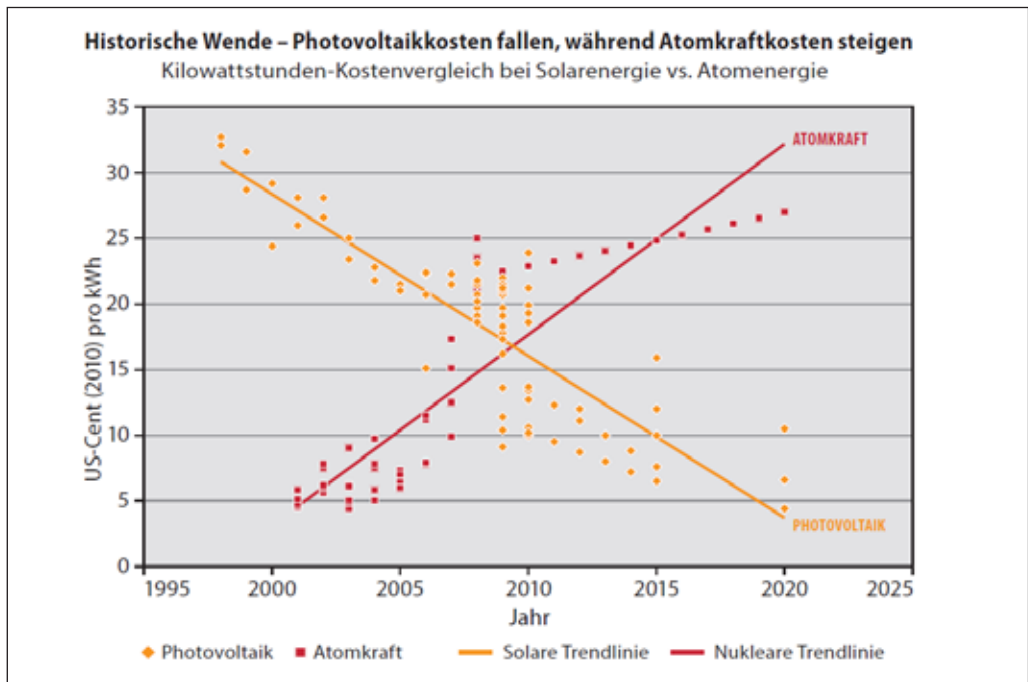


Abb. 1 Solarenergie hat Kernenergie besiegt.² Das war die Folge des Erneuerbare Energiengesetzes, das von über hundert Ländern kopiert wurde und ungeahnte Masseneffekte der Verbilligung erzeugte.

Das war jedoch ein Glücksfall. Die tatsächlichen Atomkosten sind sichtbar geworden, und das EEG hat den Anstoß für die immer

bedrohlich werdende Erderwärmung unterhalb der magischen 1,5 Grad gegenüber vorindustriellen Zeiten stoppen will. „Die Wirtschaft“ will aber keine *dramatische* Änderung. Das Konfliktpotenzial bleibt riesengroß.

¹ Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, 79, war von 1998-2005 Mitglied des Bundestages (Wahlkreis Stuttgart 1) und gewann den Wahlkreis 2002 erstmalig für die SPD. Er ist zur Zeit Ko-Präsident des Club of Rome.

² Tom Randall. 2015. »Fossil Fuels Just Lost the Race Against Renewables.« Bloomberg Business, 14. April. <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-14/fossil-fuels-just-lost-the-race-against-renewables>.

³ Photovoltaik.

⁴ Intergovernmental panel on Climate Change (IPCC). 2018. Global Warming of 1,5°C. Summary for Policy Makers. Incheon, Korea, 48th Session of the IPCC.

Gleichzeitig geht die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten ungebremst weiter. Die Plastik-Vermüllung der Weltmeere nimmt ekelhaft zu; was abnimmt, sind die Fischbestände. Der Wohlstand und die Wirtschaft und die immer noch rasant steigende Zahl der Menschen auf der Erde sind der eigentliche Gegner der Natur. Auf Glücksfälle zu hoffen, das ist nicht mehr gut genug. Aber was können wir systematisch tun, um künftige Riesenkatastrophen zu vermeiden?

Für die Beantwortung dieser Frage kann die vom Weltbankökonom Prof. Herman Daly betonte Unterscheidung zwischen der „Leeren Welt“ und der „Vollen Welt“ hilfreich sein. In der Leeren Welt lebten weniger als zwei Milliarden Menschen, das Klima war nicht gefährdet, die Ozeane sauber und voll von Fischen, die Biologische Vielfalt riesig und unerkannt. Aus der Leeren Welt stammten unsere Instinkte, unsere Religionen, unsere Sprachen, unsere Denkmuster, die Europäische Aufklärung, sowie unsere biologische Fähigkeit, viel mehr Kinder zu zeugen als in einer von moderner Medizin und Landwirtschaft gesegneten Welt auch nur annähernd benötigt werden, um die Populationsgröße zu erhalten.

Auch die auf dem Raubbau an der Natur fußende Wirtschafts-ideologie stammt aus der Leeren Welt: Gerechnet werden nur die Kosten des Fischfangs, des Ausbaggerns und Aufbereitens der Erze, des Transports und der Herstellung von brauchbaren Produkten aus primitiven Erzen. Die Erze und Fische selber haben in der Raubbauökonomie keinen Preis, höchstens einen (zunehmenden) Seltenheitswert, der sich in der Konkurrenz der Bergbauunternehmen und der Fischereiflotten als Preis niederschlägt.

In der leeren Welt mit wenigen Menschen konnte man das noch hinnehmen, weil die Natur auch noch eine gute Regenerationsfähigkeit hatte. Selbst großflächige Brandrodungen führten meist nicht zur Versteppung. Auf den guten Böden wuchs der Wald wieder nach, und im Meer die Fischschwärme. Also gab es noch keinen großen Streit zwischen

Wirtschaft und Umwelt. Die Wirtschaft blieb nämlich immer der Sieger.

Der Konflikt zwischen den beiden Prinzipien entstand in der Vollen Welt, die wir heute haben. Kern des Übergangs von leer zu voll war natürlich das Bevölkerungswachstum. Alleine in den letzten 50 Jahren hat sich die Weltbevölkerung von 2,5 Milliarden auf 7,5 Milliarden verdreifacht. Und der Konsum der Menschen hat sich etwa verzehnfacht. Das machte die Konflikte plötzlich riesengroß. Für die Volle Welt müssen wir uns, gewaltig umstellen. Das ist es ja, was der Weltklimarat sagt, Aber wie gehen wir's an? Zwei ganz verschiedene Agenden halte ich für unausweichlich: Bevölkerungsstabilisierung und Beschleunigung der Transformation zur umweltfreundlichen Technologie.

Weltweit müssen wir die Zahl der Bevölkerung stabilisieren. **Abbildung 2** (siehe S. 16) zeigt, dass diejenigen Weltregionen, die die Stabilisierung geschafft haben, die ganz großen Gewinner sind. Verlierer sind die, die ebendies nicht geschafft haben.

Damit die Stabilisierung tatsächlich stattfindet, muss sie auch auf Familienebene attraktiv werden. Hierfür ist es besonders nötig, dass in den Ländern mit immer noch verheerend hoher Bevölkerungszunahme ein verlässliches Rentensystem aufgebaut wird. Das würde die Überlegung von jungen Familien zum Kippen bringen. Heute denken sie noch, für ihre familiäre Altersvorsorge müssten sie möglichst viele Kinder bekommen.

Die andere riesige Aufgabe ist die Transformation zur umweltfreundlichen Technologie. Hierfür schlage ich seit einigen Jahren vor, die Preise für den Verbrauch von Natur jährlich um so viel Prozent anzuheben, wie im vergangenen Jahr die Effizienz zugenommen hat: Wird z.B. die Autoflotte 2018 um 1,3 Prozent sprit-effizienter, steigt der Spritpreis um 1,3 Prozent plus Inflation und ggf. Weltmarktbasis. Das würde Investoren und Ingenieure auf Jahrzehnte hinaus anspornen, aus reinen Kostengründen den Naturverbrauch zu minimieren. Ein Sozialtarif kann verhin-

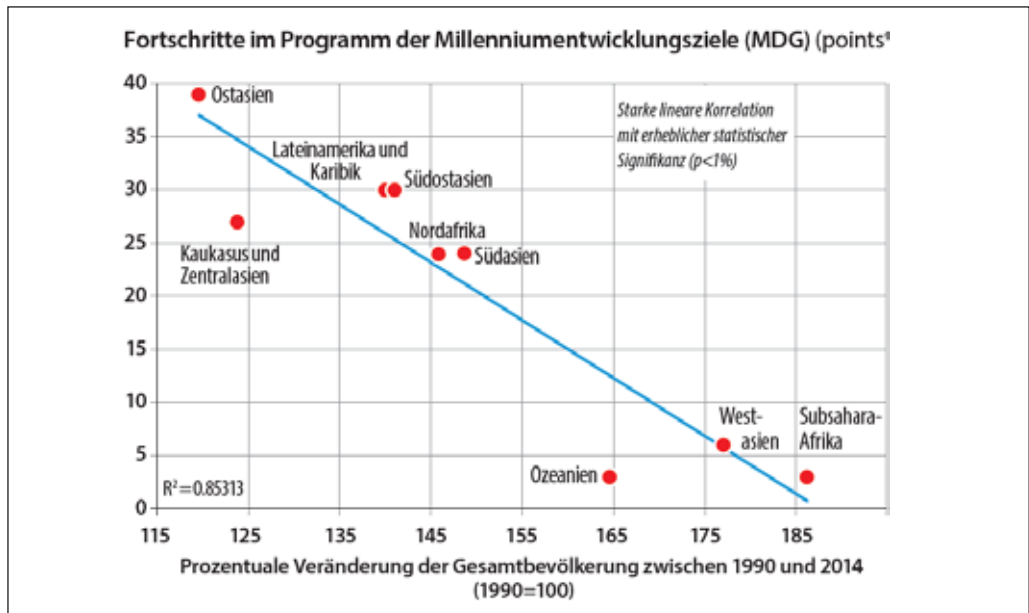


Abb. 2: Bevölkerungsstabilisierung als ökonomisches Erfolgsmittel! ⁵ Das Bild zeigt eindeutig, dass Länder, die keine Stabilisierung hinbekommen, die großen ökonomischen Verlierer sind; allerdings ist die Kausalität teilweise umgekehrt.

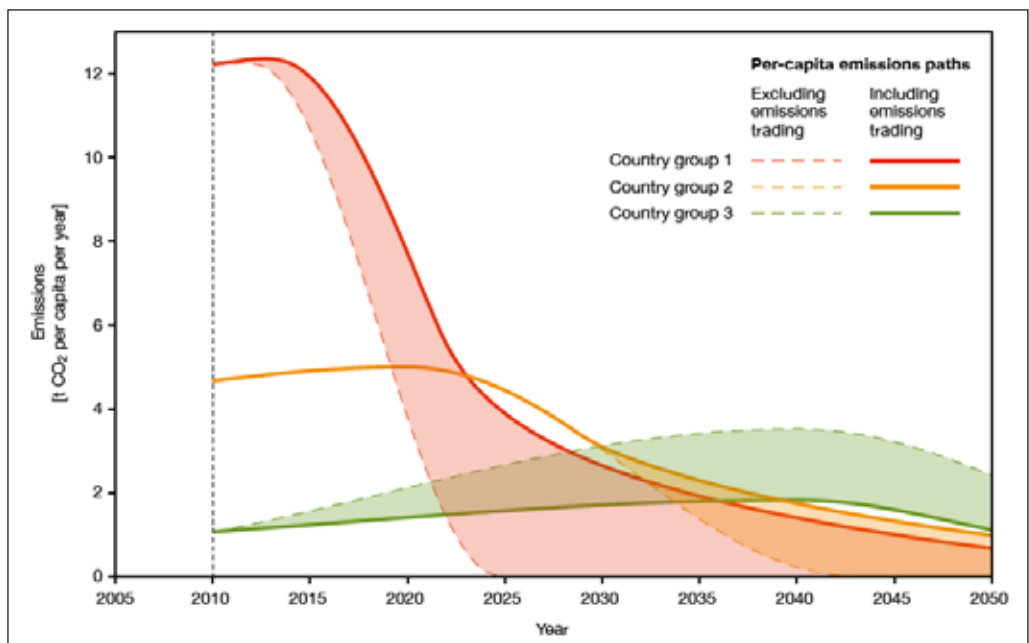


Abb. 3: Der WBGU Budget-Ansatz für CO₂-Emissionen. Die alten Industrieländer (rot) haben ihr „Budget“ von CO₂-Emissionen schon fast aufgebraucht (gestrichelte Linie). Die Entwicklungsländer (grün) hätten aber noch viele Lizenzen zu verkaufen. Der Budgetansatz würde über Nacht dazu führen, dass es in Entwicklungsländern rentabler würde, die Energiewende zu beschleunigen und Lizenzen an den Norden zu verkaufen als neue Kohlekraftwerke zu bauen!

dern, dass die ärmeren Familien dafür preislich „bestraft“ werden, wenn die Reicheren sehr schnell effizienter werden. Und für die Industrie kann vereinbart werden, dass die Abgabenlast konstant bleibt, wie es Schweden in den 1990er Jahren bei einer brutalen Stickoxidabgabe vorgemacht hat⁶

Das reicht jedoch noch nicht für die weltweite Dimension, insbesondere beim Klimaschutz. Hierfür sollte man den „CO₂-Budget“-Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) wieder aufgreifen⁷. Darin wird angenommen, dass alle Länder der Welt ein pro Kopf gleichgroßes Recht auf Nutzung der Atmosphäre besitzen. Bloß haben die alten Industrieländer ihr „Budget“ schon beinahe aufgebraucht. Sie müssten also sehr bald auf Einkaufstour in die Entwicklungsländer gehen, die noch ganz viele Lizenzen übrig haben. Dies würde wiederum zum ersten Mal in der Geschichte die Rentabilität von Kohlekraftwerken umkehren. Heute ist sie noch extrem hoch, nach Einführung des Budget-Ansatzes würde sie plötzlich negativ. Es würde nämlich lukrativer, den Übergang zu erneuerbaren Energien und zu hoher Energieeffizienz in Kombination mit dem Verkauf von CO₂-Lizenzen zu forcieren. **Abbildung 3** zeigt den Budget-Ansatz schematisch.

Diese Nord-Süd-Gerechtigkeit ist für den weltweit funktionierenden Klimaschutz unerlässlich. Denn heute haben wir die unkomfortable Situation, dass von 100 neuen Kohlekraftwerken 90 in den Entwicklungsländern gebaut werden. Das führt ja dazu, dass deutsche Anstrengungen zum Klimaschutz weitestgehend überkompensiert werden durch CO₂-Emissionen aus den Entwicklungsländern.

Natürlich würde der Budgetansatz die Braunkohleverbrennung in Deutschland als bald ökonomisch sinnlos machen. Zur Schonung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in den hierdurch leidenden Regionen müssen natürlich kompensierende Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung und moderne Industrie durchgesetzt werden, wie es ja die Kohlekommission lautstark vorschlägt. Und man müsste die Verteuerung durch den oben genannten gradualistischen Ansatz abfedern. Die Details müssen politisch ausgehandelt werden.

Mit diesen hier nur skizzierten Strategien und Maßnahmen sollte es möglich werden, den unsere Zivilisation stark belastenden Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt einigermaßen dauerhaft zu lösen oder zumindest drastisch zu vermindern. ■

5 UNFPA. 2015. Consequential omissions. How demography shapes development. Figure 8. Die Studie wurde vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung durchgeführt.

6 L. Höglund -Isakson und T. Sterner. 2009. Innovation effects of the Swedish NOx charge. Paris: OECD.

7 WBGU. 2009. Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten 2009, Berlin, WBGU.

Sozialdemokratie in der Heizeit – Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört

von Matthias Jobelius¹

Die „neue Große Transformation“

Anfang Dezember werden sich mehrere tausend Delegierte aus über 190 Staaten im polnischen Katowice, umgeben von einem der größten Kohlereviere Europas, zur 24. Weltklimakonferenz zusammenfinden. Drei Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen, mit dem beschlossen wurde, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, soll das dafür erforderliche Regelwerk verabschiedet werden. Indes schreiten Erderwärmung und Ressourcenverbrauch ungebremst voran, Klimaziele und Maßnahmen für deren Erreichung klaffen weit auseinander und eine Frage wird immer drängender: Wie kann eine wachsende Zahl von Menschen auf einer Erde mit endlichen Ressourcen, begrenzter ökologischer Tragfähigkeit und unverrückbaren planetarischen Grenzen in Wohlstand und Sicherheit leben? Dies ist die – mit sehr großem Abstand – wichtigste politische Frage der kommenden drei Jahrzehnte. Jede Antwort wird der Tatsache Rechnung tragen müssen, dass die aktuelle ressourcenbernutzende Form des Wirtschaftens, Arbeitens, Lebens und Konsumierens nicht fortgeführt werden kann. Die Bundesregierung erkennt dies insoweit an, als dass sie Klimaziele verabschiedet hat, die verlangen, dass Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft bis 2050 faktisch emissionsfrei funktionieren müssen. Die dafür erforderlichen Anpassungen sind so systemisch, dass der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen zu Recht den Begriff der „neuen Großen Transformation“ in die Debatte eingeführt hat (WGBU 2011). Wir erinnern uns: Während der von Karl Polanyi beschriebenen ersten „Großen Transformation“ im 19. und 20. Jahrhundert verselbständigte sich die Ökonomie gegen-

ber der Gesellschaft. In der Folge durchdrang die spezifische Rationalität des Marktes mehr und mehr das Leben der Menschen. In dieser Situation, in der alles „Ständische und Stehende verdampft“, trat die Sozialdemokratie als neuer politischer Akteur auf den Plan. Ihr gelingt es, für zuvor ausgebeutete Bevölkerungsgruppen umfassende soziale Absicherungen zu erkämpfen und gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Sie wirkt der „Entbettung“ (Polanyi) des Marktes durch wohlfahrtstaatliche Arrangements entgegen, und sie erfüllt diese Mission so gut, dass sie sich lange zu Recht als Fortschrittspartei definieren durfte. Umso überraschender ist, wie sie sich seit geraumer Zeit gegenüber der neuen großen Transformationsaufgabe, dem sozial-ökologischen Umbau, verhält – mal verzagt, gelegentlich rückwärtsgewandt, meist jedoch gar nicht.

Die sozial-ökologische Debatte in der Sozialdemokratie

Das war mal anders. Im Berliner Programm von 1989 tat die SPD, was sie heute vermissen lässt: sie verknüpfte soziale und ökologische Belange zu einer sozialdemokratischen Fortschrittserzählung für das Industrieland Deutschland. „Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“ heißt es dort in den umfassenden Ausführungen zu „kologisch und sozial verantwortlichem Wirtschaften.“ Und weiter: „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie.“ In den 1990er Jahren gab es sozialdemokratische Politiker wie Ernst-Ulrich von Weizsäcker oder Hermann Scheer, die auf dieser Grundlage tragfähige Konzepte entwickelten und als intellektuelle Pioniere auch in Wissenschaft und Zivilgesellschaft Anerkennung fanden. Die rot-grüne Bundesregierung machte die

¹ Matthias Jobelius ist Politikwissenschaftler und leitet das Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. matthias.jobelius@fes.de

Bundesrepublik dann Anfang des neuen Jahrtausends zum weltweiten Vorbild für die Förderung erneuerbarer Energien. Später kamen aus dem SPD-geführten Umweltministerium wichtige programmatische Impulse und Diskussionsprozesse zu einer „ökologischen Industriepolitik“ (BMU 2008). Gemeinsam mit gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Impulsen, wie dem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000) oder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND et al. 2008) wurde so ein produktiver gesellschaftlicher Debattenraum geschaffen. Darauf aufzubauen gelang der SPD zuletzt allerdings nur noch eingeschränkt. Trotz des Wirkens engagierter Fachminister_innen und Umweltpolitiker_innen ist die sozialdemokratische Ökologiediskussion in der Gesamtpartei erlahmt. Umwelt- und Klimapolitik wurden wieder zu „Sektorpolitiken“ degradiert, die im Konfliktfall hinter anderen „Interessen“ und „Kernthemen“ zurückstecken müssen. Programmatische Beiträge, etwa die naheliegende konzeptionelle Verzahnung zwischen der Digitalisierung und der Dekarbonisierung der Wirtschaft, blieben aus. In Einzelfällen werden gar soziale und ökologische Belange wieder gegeneinander ausgespielt.

Diese programmatische Rolle rückwärts leistet sich die Sozialdemokratie ausgerechnet in einer Zeit, da sich das umweltpolitische Problembewusstsein sowohl in der eigenen Mitgliedschaft als auch in den Wählergruppen ändert, welche die SPD von sich überzeugen muss. Erderwärmung, Extremwetterereignisse, Hitzewellen, Dürreperioden, Artenverluste und andere Folgewirkungen des Klimawandels haben längst dazu geführt, dass Umweltthemen jeglichen „avantgardistisch-postmodernen“ Touch verloren haben und stattdessen im Wertegerüst sozialdemokratischer Kernwählermilieus verankert sind. Nach den zwei drängendsten Herausforderungen gefragt, nennen in der Umweltbewusstseins-Studie der Bundesregierung 21 Prozent der Befragten den Umwelt- und Klimaschutz. Er rangiert in der Liste noch deutlich vor Sozialer Sicherung/Gerechtigkeit (17 Prozent) oder der Rente (10 Prozent). In derselben Studie stimmen drei Viertel der Befragten voll oder tendenziell zu, dass unsere ressourcenin-

tensive Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend umgestaltet werden sollte. Für Sozialdemokraten besonders interessant: 61 Prozent der Befragten meinen, dass Marktmechanismen allein nicht ausreichen, um die erforderlichen Veränderungen umzusetzen. Vielmehr halten es über 91 Prozent für erforderlich, Wirtschaft und Märkte so zu regulieren, dass Umweltbelastungen geringgehalten werden. 37 Prozent meinen zudem, dass Umwelt- und Klimaschutz eine wichtige Bedingung darstellen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. 81 Prozent erwarten von einer nachhaltigen Entwicklung mehr Lebensqualität und 58 Prozent sind der Auffassung, dass sie zu mehr Gemeinschaft der Menschen untereinander führen kann (BMU/UBA 2016). Aus den Zahlen wird deutlich was die Bevölkerungsmehrheit von ihren Entscheidungsträgern erwartet: Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft so umzugestalten, dass die natürlichen Ressourcen erhalten werden, der Klimawandel bekämpft und die Gesellschaft zusammengehalten wird. Bemerkenswert ist, wie sehr die Bevölkerungsmehrheit Umweltbelange mit Fragen von Lebensqualität, Gemeinwohl und sozialem Zusammenhalt verknüpft.

Hier ergibt sich eine konzeptionelle Aufgabe für die Sozialdemokratie. Das sozialökologische Transformationsthema bietet die Möglichkeit, Kernanliegen der SPD, wie Digitalisierung, gute Arbeit, sozialer Zusammenhalt, Wirtschaftsförderung und Innovationspolitik, zu einem neuen Fortschrittsprojekt zusammenzubringen. In der Summe geht es um nichts weniger als um die Suche nach einem alternativen Regulationsmodell für einen sozial-ökologischen Kapitalismus. Zu Beginn steht dabei zunächst, die Transformationsaufgabe auch als solche anzunehmen und eine sozial-ökologische Regulationslogik auf verschiedene „Arenen der Großen Transformation“ (Schneidewind) anzuwenden. Zu diesen Arenen zählt beispielsweise die Wende hin zu einer weitgehend emissionsneutralen Mobilität, die Umstellung von Ernährung und Nahrungsmittelproduktion, die Reorganisation der Energieversorgung oder die nachhaltige Umgestaltung der Industrie (ausführlich Schneidewind 2018). Solche „Transformationsarenen“ sind die Auseinandersetzungsfelder auf denen ein

neues Regulationsmodell durchgesetzt werden kann. Die gute Nachricht ist, dass die wissenschaftliche und technologische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte, transformationsbereiten Akteuren die Schlüsselemente zur Gestaltung dieser Arenen der Großen Transformation aufzeigen. Wie eine emissionsneutrale Mobilität aussehen kann, wie eine nachhaltige Energieversorgung funktionieren kann, wie der Bausektor klimaneutral werden kann – die Bestandteile einer Lösung sind im Grundsatz identifiziert und bestehen meist aus einer Kombination von verbindlichen Zielen, technischen Innovationen, Effizienzsteigerungen, veränderten Wertschöpfungsketten und Produktionsweisen sowie angepassten Lebensstilen und Konsummustern.

Zugleich ist klar, dass die politische Ausgestaltung und Durchsetzung einer neuen sozial-ökologischen Regulationsweise ein demokratischer Such- und Aushandlungsprozess bleibt. Möchte sich die SPD daran maßgeblich beteiligen, bedarf es der Überprüfung einiger sozialdemokratischer Kernkonzepte und -begriffe, die aktuell für die Sozialdemokratie prägend sind. Ob diese Begriffe in ihrer aktuellen Ausprägung ein transformatives Potential für ein sozialdemokratisch inspiriertes sozial-ökologisches Umbauprojekt haben oder angepasst werden sollten, muss geprüft werden. Dies wird im Folgenden beispielhaft für die drei sozialdemokratischen Kernbegriffe „Gerechtigkeit“, „Arbeit“ und „Fortschritt“ angerissen.

Gerechtigkeit: Verteilungskonflikte in Zeiten des Klimawandels

Die globalen Umweltveränderungen führen zu einer Verschärfung von Verteilungskonflikten. Das emissionsintensive Verhalten der einen Akteure und Bevölkerungsgruppen untergräbt zunehmend die Existenzrechte anderer. Durch seine vielgestaltigen Folgewirkungen (Bodendegeneration, Luftverschmutzung, Lärmbelastungen, Ausbreitung von Krankheiten, Dürren, Artenverlust, etc) ist der Klimawandel schon heute zur „*unsichtbare[n] Hand*“ hinter vielen sozialen Verwerfungen bis hin zu Flüchtlingskrisen und Kriegen geworden (Santerius 2007). Die durch den Klimawandel her-

vorggerufenen volkswirtschaftlichen Belastungen liegen schon heute bei mehreren hundert Milliarden Euro pro Jahr und werden deutlich steigen. Gleiches gilt für die Kosten, die anfallen um die Folgewirkungen des Klimawandels zu bekämpfen. Im vielzitierten Zeitalter des „Anthropozäns“, in dem der Mensch zum bestimmenden Einflussfaktor für die Erde geworden ist, muss sich eine Partei, die für sich reklamiert, soziale Gerechtigkeit als Markenkern zu haben, ein umfassendes Verständnis von ökologischer Gerechtigkeit erarbeiten. Dabei können zunächst ein paar grundsätzliche Gerechtigkeitsprinzipien angelegt werden: Der Einzelne darf Ressourcen nur in einem Umfang verbrauchen, der die Existenzrechte Dritter nicht gefährdet. Wenn Ressourcen knapper werden und Klima geschützt werden soll, muss Naturverbrauch teuer, klimaschädliches Verhalten sanktioniert und ressourcenschonendes Verhalten gefördert werden. Wer viel zur Umweltdegeneration beiträgt muss viel zahlen. Wer mehr zahlen kann als andere, wird stärker herangezogen. Und wer stärker von Umweltdegeneration betroffen ist als andere, hat besondere Unterstützung verdient. Zudem muss es gleiche Rechte auf öffentliche Umweltgüter und gleiche Chancen auf ein Leben in einer natürlichen Umwelt geben.

Aus diesen zunächst einfachen Gerechtigkeitsprinzipien ergeben sich eine Reihe von Schlussfolgerungen. Zum einen wird deutlich, dass ökologische Gerechtigkeit ein wichtiger Bestandteil sozialer Gerechtigkeit und zugleich untrennbar mit universalen Menschenrechten verbunden ist. Zum anderen wird deutlich, dass solche Prinzipien Verteilungsfragen für drei soziale Beziehungsgefüge aufwerfen: 1) das *intergenerationale* Gefüge betrifft heute lebende Generationen mit hohem Ressourcenverbrauch und künftige Generationen, die darauf angewiesen sind, dass nicht in der Gegenwart ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. 2) Das *intergesellschaftliche* Gefüge betrifft die Bevölkerungen von Staaten, die stark zur Umweltdegeneration beitragen und zugleich über die Mittel verfügen, Folgewirkungen des Klimawandels auszugleichen und die Bevölkerung von Staaten, die wenig zur Umweltdegeneration beitragen, aber überproportional unter den Folgen von Umweltveränderungen leiden. 3) Das

intragesellschaftliche Gefüge betrifft die Beziehung zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlich emissionsintensiven Lebensstilen und unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen sowie zwischen der Gemeinschaft und den Akteuren, die viele Ressourcen verbrauchen, sich den Nutzen aus dem Ressourcenverbrauch privat aneignen, aber die negativen Folgewirkungen kollektivieren.

Die regulatorischen Fragen, die hier berührt werden, sind anspruchsvoll: Wie viel Ressourcenverbrauch steht dem Einzelnen in der Wahrnehmung seines Rechts auf individuelle Lebensgestaltung zu, ohne dadurch die Rechte anderer zu beschneiden? Wie wird verhindert, dass ökologische Folgekosten privatwirtschaftlicher Entscheidungen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden? Wie kann verhindert werden, dass soziale Folgewirkungen von umweltpolitischen Entscheidungen soziale Spaltungen vertiefen? Wie wird mit der Tatsache umgegangen, dass arme Bevölkerungsgruppen besonders hohen Umweltbelastungen ausgesetzt sind? Wem sollten natürliche Ressourcen gehören und wer hat in welchem Umfang das Recht auf ihre Nutzung? Wie verläuft deren Verteilung, wenn sie knapper werden?

Die Verteilungskonflikte des Anthropozäns werfen viele und viele neue Fragen auf. Die SPD benötigt einen politischen Kompass um sie zu beantworten. Dazu ist es erforderlich ein Verständnis von ökologischer Gerechtigkeit zu entwickeln und zu einem zentralen Bestandteil sozialer Gerechtigkeit zu machen.

Arbeit: Treibhaus 4.0?

Die Gestaltung der Arbeitswelt war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Zu ihrem identitätsgeschichtlichen Markenkern gehört die Schaffung guter Arbeitsbedingungen, sozialpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen, Vollbeschäftigung und sozialem Aufstieg. Das von der Sozialdemokratie mitgetragene Ziel, die deutsche Wirtschaft bis 2050 nahezu treibhausgasneutral umzugestalten, bedeutet vor diesem Hintergrund für die SPD zwangsläufig auch, ein sozial-ökologisches Verständnis von Arbeit zu entwickeln.

Bei einem modernen Arbeitsbegriff werden die Regenerationsbedingungen der menschlichen und natürlichen Ressourcen gemeinsam diskutiert. So wie Marx nicht nur von *einer*, sondern von *zwei* „*Springquellen des Reichtums*“ sprach, nämlich der „*Erde und der Arbeit*“, unterliegen sie beide gemeinsam den Gefahren der Übernutzung und Ausbeutung und müssen beide gemeinsam entlang von Nachhaltigkeitskriterien gestaltet werden. Ein sozial-ökologisch verstandenes Konzept von „*Guter Arbeit*“ umfasst neben der sinnvollen, gerecht entlohnten und sozial abgesicherten Tätigkeit auch solche, die umweltverträglich ist, die innerhalb nachhaltiger Wertschöpfungsketten stattfindet und die nachhaltige Lebenskonzepte ermöglicht.

Ein solcher sozial-ökologischer Arbeitsbegriff ist zunächst einmal eine arbeitspolitische Spiegelung der Debatte um nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik, da der Fokus auf der Frage liegt, in welchen Sektoren künftig welche Arbeit geschaffen werden soll und welche Qualifikationsprofile und Weiterbildungsmaßnahmen dafür erforderlich sind. Die Umweltwirtschaft ist schon heute ein wichtiger Wirtschaftszweig in Deutschland. Energieeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft, Materialeffizienz, Recyclingtechnologie, nachhaltige Mobilität, u. ä. sind Schlüsselsektoren mit großer Bedeutung für einen sozial-ökologischen Wirtschaftsstandort Deutschland. Im Jahr 2012 waren in Deutschland erstmals über zwei Millionen Beschäftigte im Umweltschutz tätig. Das entspricht einem Anteil von 5,2 Prozent aller Beschäftigten. Viele Umweltunternehmen sind in ihren Feldern weltweit führend. Mit einem Anteil von 13,5 Prozent an der globalen Umweltwirtschaft lag Deutschland im Jahr 2015 international an zweiter Position (UBA 2017). Im Jahr 2015 produzierte die mittelständisch geprägte Umweltwirtschaft in Deutschland umweltschutzrelevante Güter im Wert von über 83 Milliarden Euro. Das entspricht 6 Prozent der gesamten deutschen Industrieproduktion (ebd.).

Ein umfassender sozial-ökologischer Arbeitsbegriff weist jedoch über die Frage der Beschäftigungs- und Qualifikationsimplikationen ökologischer Leitmärkte hinaus und nimmt

weitere Gestaltungsfelder in den Blick (Schröder/Urban 2018). So werden die Möglichkeiten, sich nachhaltig mit der eigenen Umwelt auseinanderzusetzen, Suffizienzstrategien zu verfolgen, nicht-bezahlten sinnstiftenden Tätigkeiten nachzugehen oder umweltbewusste Konsummuster zu entwickeln maßgeblich von der Frage bestimmt, ob gerecht entlohnte, abgesicherte und arbeitszeitlich reduzierte Beschäftigungsverhältnisse die dafür erforderlichen Freiräume bieten. Nicht zuletzt gehört zu einem sozial-ökologischen Verständnis von Arbeit auch die internationalistische Perspektive: wenn beispielsweise ein gerechtes Arbeitsentgelt dafür eingesetzt wird, Produkte zu konsumieren, die anderenorts unter menschenunwürdigen und umweltschädigenden Bedingungen hergestellt wurden oder wenn dieses Entgelt von einem Arbeitgeber ausgezahlt wird, dessen unternehmerische Praxis die Gesundheit, Würde oder Existenzrechte Dritter gefährdet, sind Kernprinzipien Guter Arbeit in Frage gestellt.

Der technologische Wandel verändert die Möglichkeiten, gute und nachhaltige Arbeit gleichermaßen zu erreichen. Daher nimmt das Thema Digitalisierung zu Recht einen wichtigen Platz in der arbeitspolitischen Debatte der SPD ein. Ein noch ausstehender programmatischer Schritt wäre, die Digitalisierung mit Fragen der sozial-ökologischen Transformation zu verbinden. So ist technologischer Fortschritt zwar keine hinreichende, aber dennoch eine notwendige Bedingung für eine sozial-ökologische Gestaltung der Arbeitswelt. Durch den Einsatz von Technologie kann es beispielsweise gelingen, Wachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln, indem Kreislaufwirtschaften organisiert (vgl. Rünker 2017) und Produkte und Dienstleistungen mit niedrigem Umwelt- und Energieverbrauch erzeugt werden. Dies gilt es arbeitspolitisch durch Qualifizierungen, Bildung und Weiterbildungen zu ermöglichen. Auch steht die Frage im Raum, ob Digitalisierung einen Schritt in Richtung weniger, aber sozial wie ökologisch sinnvollerer Arbeit ermöglichen kann und einer Aufwertung nicht-lohnabhängiger Tätigkeit erreichbar ist. Ohne politische Regulation kann die Digitalisierung jedoch auch gegenteilig wirken: durch Effizienzgewinne sinken die Preise, was zu mehr Nachfrage führt. Die mit

Effizienzgewinnen einhergehenden positiven Effekte auf die Umwelt werden auf diese Weise aufgeessen (Rebound-Effekt). So werden beispielsweise immer energieeffizientere datenverarbeitende Geräte hergestellt, die von immer mehr Bürgern immer öfter genutzt werden, so dass der Anteil von Informations- und Kommunikationstechnologie am weltweiten Stromverbrauch seit Jahren drastisch steigt. Ebenfalls steigt mit digitalen Technologien der Verbrauch an Metallen, Seltenen Erden und Rohstoffen. Nach Schätzung der Deutschen Rohstoffagentur werden alleine für 42 Zukunftstechnologien bis 2035 das Vierfache der heutigen Produktion von Lithium und das Dreifache an schweren Seltenen Erden benötigt (DERA 2016). Viele der für Zukunftstechnologien benötigten Metalle und Rohstoffe werden in Konfliktregionen unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und unter massiven Umweltschäden gewonnen. Hier zeigt sich, dass es beim Zusammendenken von Dekarbonisierung und Digitalisierung nicht nur um technische Innovationen geht. Die Innovationen müssen dem Betrieb ebenso wie dem Menschen und seiner Umwelt dienen. In der sozialdemokratischen Ideengeschichte wurden technische Entwicklungen nie wertneutral betrachtet. Stattdessen galt und gilt es, sie als Produktivkräfte in den Dienst einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung zu stellen, in der Mensch und Natur als die beiden Quellen des Reichtums nicht einem grenzenlosen Verschleiß unterliegen.

Fortschritt: Wachstumsparadigma im Stresstest

Womit sich die Frage anschließt, was die Sozialdemokratie künftig als Ziel gesellschaftlichen Fortschritts definiert. „*Wachstum für alle*“, so lautet auch aktuell wieder die Überschrift eines Impulspapiers, das zu einer „Erneuerung“ der Sozialdemokratie beitragen möchte. Dieser Titel aus der fordistischen Mottenkiste basiert auf der Idee, dass weniger Wachstum auch weniger Wertschöpfung bedeutet, und weniger Wertschöpfung härtere Verteilungskonflikte nach sich zieht, weshalb „Wachstum für alle“ hilfreich ist, um Verteilungskonflikte zu minimieren. So funktionierte die Wirtschaft des 20. Jahrhunderts –phasenweise und begrenzt auf westliche

Industriestaaten, wobei auch hier Wachstum zuletzt immer weniger zu Gerechtigkeit, guter Arbeit und steigender Lebensqualität beigetragen hat. Im Zeitalter des Klimawandels kehrt sich diese Logik dann vollständig in ihr Gegenteil, da die ökologischen Folgewirkungen eines emissionsintensiven Wachstums für massive soziale Verwerfungen und wachsende Verteilungskonflikte sorgen und gesellschaftlicher Fortschritt damit unterminiert wird. Im 21. Jahrhundert muss jeder sozialdemokratische Fortschrittsbegriff daher zunächst anerkennen, dass die systemimmanente Wachstumsdynamik des Kapitalismus in einem Widerspruch zu den ökologischen Grenzen des Planeten steht. Ebenso führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die ressourcenübernutzenden Produktions- und Konsummuster des Westens nicht globalisierbar sind. Der *Weltüberlastungstag* (Earth Overshoot Day), der Tag also, an dem die Menschheit alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht hat, die die Erde innerhalb eines Jahres zur Verfügung stellen kann, verschiebt sich Jahr für Jahr nach vorne. Lag er 1990 noch beim 7. Dezember, war er 2018 bereits am 1. August erreicht. Nach diesem Tag und bis zum Jahresende häufen sich dann die „ökologischen Schulden“ an, in Form des Verlusts von Biodiversität, Ernteausfällen, Dürren, Klimakriegen und Flüchtlingsströmen. Legt man nur den Ressourcenverbrauch Deutschlands zu Grunde, war der Überlastungstag 2018 bereits am 2. Mai. Würde der deutsche Ressourcenverbrauch also globaler Maßstab, hätten wir 2018 drei Erden verbraucht. Man kann das ignorieren und an den derzeitigen ressourcendegenerierenden Wachstumsmustern festhalten – und damit eine Welt befördern in der soziale Demokratie auf Grund der massiven sozialen Verwerfungen keine Chance mehr hat. Oder man denkt über eine zeitgemäße Definition von Fortschritt nach, einem Fortschritt, der ressourcenschonende und an sozial-ökologischen Kriterien orientierte Formen des Wachstums als Mittel zur Zielerreichung kennt, aber Wachstum nicht zum Ziel als solches hat. Damit Wertschöpfung zu mehr sozialem Zusammenhalt, zu ökologischer Nachhaltigkeit und zu einem Zuwachs an Lebensqualität führt, bedarf es einer gesellschaftlichen Verständigung darüber, was wachsen soll und was nicht. Die Sozialdemokratie

sollte sich engagierter an diesen Debatten um neue Wohlstands- und Wertschöpfungsmodelle beteiligen. Auch hier kann sie auf eigenen Konzepten aufbauen: *„Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.“*, schrieb die SPD in ihrem bereits erwähnten Berliner Grundsatzprogramm von 1989. Heute müssen darüber hinaus Ansätze für eine *„doppelte[...] Entkopplung“* (Schneidewind 2018) entwickelt werden: einerseits einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, andererseits einer schrittweisen Entkopplung von Wachstum und Lebensqualität. Eine solche doppelte Entkopplung ist erforderlich, da es zur Vermeidung eines Kollapses unsere Ökosysteme eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs bedarf, weshalb eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch wichtig, aber nicht ausreichend ist. Während die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch technologische Innovationen möglich gemacht werden kann, ist für die Entkopplung von Lebensqualität und Wachstum kultureller und institutioneller Wandel erforderlich. Ansatzpunkte reichen von neuen Berechnungsformen des Wohlstands von Staat und Gesellschaft, über die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, gemeinwohlorientierte Formen des Wirtschaftens und der solidarischen Ökonomie und entkommerzialisierter Wertschöpfung bis zu neuen Arbeitszeitmodellen, veränderten Konsummustern und Lebensstilen.

Sozialdemokratie im Anthropozän: „Jede Zeit will ihre eigenen Antworten“ (Brandt)

Es ist evident, dass es bei der Suche nach einer alternativen, sozial-ökologischen Regulationsweise keine leichten Antworten gibt. Genau so evident ist, dass es ein weiter so nicht geben

kann, weder für das bestehende Wirtschaftsmodell, das in immer kürzeren Abständen ökonomische, soziale und ökologische Krisen produziert, noch für die Sozialdemokratie, wenn sie den Anspruch aufrechterhalten will, die Widersprüche des Kapitalismus zu erkennen und im Sinne des Gemeinwohles zu gestalten.

Derzeit steuert die Menschheit auf ein Szenario mit einer um drei bis vier Grad und möglicherweise noch stärker erwärmten Welt zu, die sich 2050 rund 10 Milliarden Menschen werden teilen müssen. Statt Sicherheit, Demokratie, Arbeit und Würde wird ein solches Szenario in wachsendem Ausmaß Konflikte, Flüchtlingsbewegungen, Ernährungskrisen und soziale Unruhen hervorbringen. Soziale Demokratie als Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens ist in einem solchen Szenario kaum vorstellbar.

Während der ersten Großen Transformation war es für Sozialdemokraten unverständlich, wie sich die Obrigkeit dem Elend der arbeitenden Bevölkerung verschließen und an einer offensichtlich überkommenen Ordnung festhalten konnte. Mit Blick auf die neue Große Transformation müssen Sozialdemokraten anpassen, sich nicht einer „*Komplizenschaft der Untätigkeit*“ (Schellenhuber) schuldig zu machen, indem sie sich an überkommene Formen des Wirtschaftens, Arbeitens und Konsumierens klammert.

Grundlegende Veränderungen wird es mit oder ohne Sozialdemokratie geben. Offen ist allerdings, ob es gelingt, die Veränderungen politisch kontrolliert und demokratisch ausgehandelt zu gestalten oder ob sie durch ökologische und ökonomische Kollapse erzwungen, chaotisch oder autoritär verlaufen. Sozialdemokratische Parteien können einen Beitrag leisten, damit Ersteres gelingt und Letzteres verhindert wird. Sozialdemokraten hatten immer dann Erfolge, wenn sie kleinteilige Realpolitik mit Antworten auf die großen Fragen der Zeit fanden – also Fortschrittspartei waren. Gleichzeitig mussten sie diesen Fortschritt so gestalten, dass er zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt führte – also Gerechtigkeitspartei sein. Heute bedarf es Fortschrittsparteien, die auf der Höhe der Zeit Gerechtigkeit, Prosperität und Nach-

haltigkeit miteinander verbinden und dies zu ihrem wichtigsten politischen Anliegen machen. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie im Anthropozän. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht. ■

Literatur:

- BMU (2008): Ökologische Industriepolitik. Nachhaltige Politik für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin.
- BMU/UBA (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Umweltbundesamt. Berlin/Dessau-Roßlau.
- BUND et al (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Herausgegeben von Brot für die Welt, EED und BUND. Frankfurt a.M.
- DERA (2016): Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2016. Deutsche Rohstoffagentur. Berlin.
- Rünker, Reinhold (2017): Circular Economy und Zirkuläre Wertschöpfung – für eine moderne Industrie im 21. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. spw 3/17. Heft 220.
- Santarius, Tilman (2007): Klimawandel und globale Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. APUZ 24/2007.
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation. Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels. Fischer. Frankfurt a.M.
- Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2018), Hrsg: Gute Arbeit. Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Bund-Verlag. Frankfurt a.M.
- UBA (2017): Die Umweltwirtschaft in Deutschland. Entwicklung, Struktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit Aktualisierte Ausgabe 2017. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.
- WGBU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin.

Nachhaltige Industriepolitik: Alter Wein in neuen Schläuchen oder echte Chance auf nachhaltige Produktionsprozesse?

von Kajsa Borgnäs und Tomas Nieber¹

Mit dem Sommer 2018 und seinen langen Trocken- und Hitzeperioden dürfte der Klimawandel als einer der großen globalen Herausforderungen noch stärker in das deutsche Alltagsbewusstsein eingedrungen sein.

Es ist ja aber nicht nur der Klimawandel, der epochale Herausforderungen birgt. Der zunehmende Ressourcenverbrauch und der wachsende Bedarf an Energie bringen zunehmend das „System Erde“ an seine Grenzen. Wege und Pfade nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsweisen zu finden und zu bauen sind daher unerlässlich.

Zur nachhaltigen Entwicklung – Einige Aspekte aus industriegewerkschaftlicher Sicht

Wie breit, wie lang und wie genau diese Pfade und Wege zur Nachhaltigkeit gebaut werden sollen, ist Gegenstand politischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kontroversen. Es gibt wohl nur wenige Begriffe, die so inflationär und unscharf gebraucht werden, wie der Begriff der „Nachhaltigkeit“. Bezeichnend ist, dass fast jede unternehmerische Maßnahme und fast jede politische Initiative mit dem Attribut „Nachhaltigkeit“ versehen wird. Oft stehen bei der Verwendung des Begriffes allein Marketingaspekte im Vordergrund. Paradoxiere zeigt aber die inflationäre Verwendung des Begriffes an, dass auch Unternehmen und Politik wissen oder zumindest ahnen, dass unsere derzeitige Verwendung der Ressourcen auf Dauer nicht zielführend und tragfähig ist.

Daher ist es notwendig und wertvoll, sich mit dem Begriff und den vielfach verschiedenen da-

hinterliegenden Konzepten auseinanderzusetzen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind gefordert, dies noch intensiver zu tun als in der Vergangenheit. Nur so kann es gelingen, zu den notwendigen gesellschaftlich akzeptierten und tragfähigen Konzepten zu kommen, auf deren Grundlage dann richtige praktische Schritte folgen können. Erfolgreich wird dabei der Weg in eine nachhaltige Entwicklung nur sein, wenn die handelnden Akteure bei ihren Maßnahmen und Instrumenten die ökologischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen mitberücksichtigen. Aus industriegewerkschaftlicher Perspektive hat das sogenannte Zieldreieck der Nachhaltigkeit aus Umwelt, Wirtschaft und Sozialem die Leitmaxime des politischen Handelns zu sein.

Dessen ungeachtet wird Nachhaltigkeit häufig auf nur eine der drei Dimensionen reduziert. Je nach Perspektive wird von Seiten verschiedener Akteure im Nachhaltigkeitsdiskurs entweder die ökologische oder die soziale Dimension in den Fokus gestellt (die wirtschaftliche Nachhaltigkeit fokussiert sich im Kontext und in der Debatte auf das Wirtschaftswachstum).

Vielfach dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung und unter ökologischen Akteuren oft nur die ökologische Dimension. Die ökonomische und die soziale Dimensionen werden nur bedingt wahrgenommen und die Interdependenzen und Zielkonflikte der drei Dimensionen dementsprechend unterschätzt.

Arbeitnehmervertreter, Gewerkschaften und viele Sozial- und Verbraucherverbände heben im Gegenteil insbesondere die soziale Dimension hervor. Historisch bedingt ist für die Gewerkschaftsbewegung die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ihre „DNA“. Die soziale Dimension ist ihr ureigenes Feld, auf dem sie mit ihren spezifischen Instrumentarien und auf

¹ Dr. Kajsa Borgnäs ist Geschäftsführerin der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE.

Tomas Nieber ist Bereichsleiter „Mobilität“ in der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE.

den unterschiedlichen Handlungsebenen wirkt. Gerade das gewerkschaftliche Engagement auch im globalen Kontext² für eine faire Bezahlung, Reduzierung der Arbeitszeit, Partizipationsrechte, Urlaubsansprüche, Arbeits- und Gesundheitsschutz, sowie soziale und rechtliche Gleichstellung zählen zu wichtigen Elementen der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit.

Eine bedeutende Herausforderung im Nachhaltigkeitsdiskurs, und eine Grundvoraussetzung für einen konstruktiven Dialog um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, ist allerdings, dass Nachhaltigkeit nicht zu stark auf nur eine der drei Dimensionen reduziert wird.

Für ökologisch fokussierende Akteure liegt dabei die Herausforderung darin, die sozialen und arbeitspolitischen Aspekte der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und weniger stiefmütterlich zu behandeln. Für die Gewerkschaften liegt die Herausforderung darin, den Kampf gegen die weitere Erderwärmung und den wachsenden Ressourcenverbrauch noch tiefer in ihre Strategien zur Beschäftigungssicherung sowie zur Verbesserung der sozialen Lage der Beschäftigten zu integrieren. Nur so können die vielen Zielkonflikte in der Nachhaltigkeitspolitik entschärft und langfristige gesellschaftliche Akzeptanz erzielt werden.

Die zentrale Frage, um die soziale und ökologische Dimension des Nachhaltigkeitsbegriffes mit einander zu verbinden, lautet also: Wie können wir auch im globalen Maßstab den Menschen ein gutes Leben bei einem verantwortbaren (möglichst geringen) Ressourcenverbrauch ermöglichen?

Industriepolitik für nachhaltige Entwicklung

Deutschland ist eine der reichsten Nationen der Welt und dabei ein hochentwickeltes Industrieland. In keinem anderen Land Europas ist der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung so hoch wie in Deutschland. Vor allem in der Maschinenbau-, Automobil- und

Chemieindustrie gehört Deutschland seit Jahren zu den stärksten Produzenten der Welt.

In Kontext der Auseinandersetzungen um die Definitionen und um die Wege Nachhaltigkeit zu erreichen, sind wir deswegen unweigerlich schnell bei der Frage nach der Rolle und der Bedeutung der Industrie und Industriepolitik. Welche Rolle kann die Industrie für die notwendige Transformation in eine nachhaltige Wirtschaft spielen? Oder wirkt sie eher gar kontraproduktiv?

Eine Grundannahme in diesem Beitrag ist, dass die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Wohlstands, aber auch eine intakte Umwelt, ohne industrielle Produktion nicht (mehr) möglich sind, und damit eine starke innovative Industrie für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar ist. Die Industrie kann und muss die Lösungen liefern, um die „Beanspruchungen“ und teilweise schon Überlastungen unseres Planeten zu reduzieren. Es soll dabei nicht verschwiegen werden, dass die Industrie, besonders im globalen Maßstab heute noch selbst zur Übernutzung der Ressourcen beiträgt. Angesichts des erreichten und erwünschten Zivilisationsstandes der Menschheit dürften aber die Lösungen von globalen Herausforderungen ohne industrielle Produktion nicht machbar sein. Wir brauchen also Industrie, industrielle Produktionsprozesse und industriell hergestellte Produkte für eine nachhaltige Entwicklung.

Denn auch die sogenannte „Dienstleistungsgesellschaft“ gedeiht auf einem materiellen Fundament, nämlich der Industrie und ihren Produkten. Ohne industrielle Entwicklung kann der Dienstleistungssektor nicht weiter wachsen, und ihre Prozesse wären auch nicht nachhaltig. Deshalb sind beispielsweise Bestrebungen der Deindustrialisierung Deutschlands zugunsten einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft die falsche Perspektive im Nachhaltigkeitsdiskurs. Eine Politik, die aus gutgemeinten Umweltgründen, im Ergebnis die Industrie aus Deutschland drängen würde (zugunsten anderer Sektoren) läuft im globalen Kontext ihren eigenen Intentionen zuwider. Angesichts offener globaler Märkte, würden viele indus-

² Hier sei beispielhaft an das Engagement der Gewerkschaften in der ILO (International Labour Organization) aber auch die vielfältigen Aktivitäten der internationalen Gewerkschaftsföderationen erinnert.

trielle Wertschöpfungsprozesse einfach nur in andere Ländern mit häufig niedrigeren sozialen und ökologischen Standards umsiedeln und damit weder zur ökologischen noch zur sozialen Nachhaltigkeit beitragen. Deshalb müssen die deutsche und europäische Industrie so gefördert und umgestaltet werden, dass sie ihre erforderlichen Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung bringen können. Es braucht also eine nachhaltige Industriepolitik die darauf fokussiert, besser zu steuern, was und wie die Industrie produziert. Und vor allem mit welchen Technologien wir industriell produzieren.

Damit ist Industriepolitik auch gleich Technologiepolitik. Die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität, die Erforschung und Entwicklung von nachhaltigeren Materialien und Produkten, die Schließung von Stoffkreisläufen in der Produktion und Verbrauch³ sowie der umfassende Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien als primäre Energiequelle in allen Sektoren sind die Säulen einer nachhaltigen Gesellschaft. Eine nachhaltige Industriepolitik fördert inkrementelle technologische Verbesserungen in einzelne Produkte und Produktionsschritte und versucht große Technologiesprünge in den kommenden Jahrzehnten zu initiieren bzw. zu unterstützen. Viele dieser Verbesserungen und Sprünge sind prinzipiell schon wissenschaftlich-technologisch möglich, sie bedürfen aber eines viel aktiveren industrie- und technologiepolitischen Ansatzes als bisher, um in großen Maßstab vorhandene – weniger nachhaltige – Prozesse und Produkte am Markt zu ersetzen.

Eine nachhaltige Industriepolitik ist nicht kritiklos gegenüber der Industrie. Im Gegenteil. Sie fordert der Industrie ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung ab, aber agiert nicht gegen sie, sondern sieht sie als unverzichtbaren Akteur, mit dem die Politik mittels besserer Rahmenbedingungen, Anreizen und Steuerung nachhaltige Entwicklung initiiert.

Womit wir auch gleich bei der Wachstumsfrage sind. Das globale wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahrzehnte hat trotz ungerechter Verteilung der Wachstumsgewinne die Lebenssituation vieler Menschen in der Welt verbessert. Aber noch sind viele Menschen von einem guten Leben weit entfernt. Und die jetzige Form des Wachstums basiert auf einen nicht tragfähigen Ressourcenverbrauch. Es braucht daher ein anderes Wachstumsmodell, mit dem es gelingt, Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch durchgehend zu entkoppeln. Diese Entkopplung ist bereits in Teilbereichen der Gesellschaft erreicht. Beispielsweise hat sich in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 1990 bis 2016 leicht rückläufig entwickelt, während das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um rund 56 Prozent gestiegen ist. Auch die Rohstoffproduktivität konnte so gesteigert werden, dass die nationale Rohstoffentnahme plus Rohstoffimporte 2016 unter dem Niveau von 1990 lag⁴. Auch modellgestützte Untersuchungen weisen auf die Möglichkeit umweltverträglichen Wachstums hin⁵. Im Stromsektor oder der Industrie wird in Deutschland mehr Output mit immer weniger Ressourcen-Input und Emissionen produziert.

Kritiker des Diskurses zum grünem Wachstum und Verfechter von Degrowth-Strategien bringen insbesondere den sogenannten Rebound-Effekt als Argument dafür, dass nachhaltiges Wachstum nicht möglich ist. Der Rebound-Effekt ist in der Tat problematisch, da technologische Entwicklungen, die zu höherer Effizienz führen, die spezifischen Produktionspreise senken und somit die Mehrproduktion (aus betriebswirtschaftlicher Sicht) anreizen. Diesem Effekt kann und muss die Politik wo notwendig mit der Setzung von erlaubten Gesamtmengen (Caps) und Grenzwerten entgegenwirken. Des Weiteren kann und muss die Politik die ressourcenschonendsten und effizientesten Technologien als Standards setzen. Beispiele hierfür sind ordnungspolitische Vorgaben sowie Grenzwerte oder gar Techno-

3 Unter der Annahme einer weiter steigenden Weltbevölkerung und dem Recht aller Menschen auf der Welt ein lebenswertes und auskömmliches Leben zu führen, wird eine umfassende Kreislaufwirtschaft (circular economy) unverzichtbar. Es bedarf der kaskadischen Nutzungen von Stoffen und Produkten ohne Abfälle (zero waste) und ohne Emissionen (zero emission). Rohstoffe und die daraus hergestellten Produkte sind so lange wie möglich zu nutzen.

4 Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie; Destatis 2016.

5 Potentiale und Kernelemente der Simulationen von Ressourcenschonung(spolitik); Endbericht des Projekts „Modelle, Potentiale und Langfristszenarien für Ressourceneffizienz“ (Sim-Res); Umweltbundesamt, 2018.

logieverbote (vgl. den Wechsel zu LED-Lampen vor einigen Jahren oder die Pflicht zur Reduktion von Ozon-schädlichen Gasen) als auch einige Marktinstrumente (bspw. EU-ETS⁶). Mehr Licht, Strom und Kühlung wird produziert, aber mit weniger Ressourcenverbrauch. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene ist die Frage, in was investiert wird. Weniger Investitionen in nicht-nachhaltige Technologien, und höhere Investitionen in Bildung, bessere Gesundheitssysteme etc. bedeuten zwar im monetären Sinne Wachstum, müssen aber keinen wachsenden Ressourcenverbrauch zur Folge haben.

Es kommt also auf die Steuerung des Wachstums – und der Investitionen – an. Kein Wachstum das die Umwelt zerstört und wenige immer reicher macht, sondern eine Wohlstandsentwicklung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, für eine gerechte Gesellschaft und für gute Arbeit und Mitbestimmung. Eine Mitvoraussetzung ist dabei die Stärkung und Modernisierung der industriellen Basis und damit eine aktive Industriepolitik für mehr Nachhaltigkeit. Das Ziel nachhaltiger Industriepolitik ist also nicht, dass insgesamt mehr produziert und konsumiert werden soll, sondern das, was produziert und konsumiert wird, umweltverträglich herzustellen. Damit ist der Anspruch verbunden, den industriellen Sektor zu gestalten und sich nicht mit der passiven Anpassung an einen Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu begnügen. Im Kern: Es gibt enorme latente technologische und arbeitsorganisatorische Potentiale der Industrie, zu mehr gesellschaftlicher Nachhaltigkeit beizutragen; es kommt auf den Staat und die Politik an, die richtigen Rahmenbedingungen für deren Realisierung zu schaffen.

Industrie- und Technologiepolitik: Ein Rück- und Ausblick

Industriepolitik und die mit ihr verbundenen Instrumente und Maßnahmen waren und sind immer Gegenstand politischer und wissenschaftlicher Kontroversen. Für orthodoxe

Ökonomen sind industriepolitische Initiativen staatliche Interventionen, die die funktionierenden Marktmechanismen außer Kraft setzen und negativ beeinflussen können. Damit würde immer die Gefahr bestehen, dass nicht erwünschte ökonomische Effekte auftreten. Diese Vorstellung ist stark davon getragen, dass Marktentwicklungen und damit die technologischen Entwicklungen nicht „geplant“ werden können, und Politiker können nicht „wissen“, welche Technologien Potential tragen bzw. sich am Markt durchsetzen werden⁷. Diese Auffassung war insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren zu einer vorherrschenden Doktrin in Politik und ökonomischer Wissenschaft in den hochentwickelten Industrieländern der Welt geworden.

Dies heißt nicht, dass es in einzelnen dieser Länder keine industriepolitischen Initiativen und Ansätze gab. Allerdings waren viele dieser Ansätze eher halbherzig und nicht in eine industriepolitische Gesamtkonzeption eingebunden. Beispielsweise hatte die EU-Kommission jahrzehntelang horizontalen Ansätzen in der Industriepolitik eine Absage erteilt. Sie wollte allein über angebotspolitische Stärkungen die Industrie in Europa entwickeln. Industriepolitische Instrumente und Initiativen, die sich auf die Förderung von Branchen oder spezifischen Technologien richtete, waren tabu. Stattdessen wurde allenfalls auf Mechanismen wie pauschale Steueranreize für FuE-Aktivitäten oder Anreize zur Anschaffung neuer Maschinen sowie Anreize für Hersteller und Käufer bestimmter Waren gesetzt. Damit verlor die Politik stark an Einfluss auf die Ausrichtung des industriellen Wandels und der Entwicklungen in Europa. Hier ist sicherlich auch eine der Ursachen für die Schrumpfung des industriellen Sektors in nicht wenigen Ländern der EU zu suchen.

Erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 geriet der neoliberale Glaubenssatz, der Staat solle sich allein auf Setzung allgemein fördernder Rahmenbedingungen

⁷ Letzteres stimmt ja auch. Aber die Politik hat die Verantwortung, dass sich die Technologien durchsetzen, die eine nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen und nicht die, die (kurzfristige) Profite erwirtschaften. Sie hat daher die Pflicht zu steuern.

⁶ European Union Emissions Trading System (EU-Emissionshandel)

für die Wirtschaft beschränken in eine tiefe Legitimationskrise. Damit erfuhr auch die industriepolitische Diskussion eine Renaissance in vielen hochentwickelten Ländern. Es zeigte sich nämlich während und nach der Krise, dass die Länder mit einem hohen Industrieanteil an der Volkswirtschaft weniger negativ von den Folgen der Krise betroffen waren als die Länder, die ihre Zukunft in Dienstleistungen und in der Finanzwirtschaft gesehen hatten. Die Industrie trug also in sich selbst zu wirtschaftlicher Resilienz und sozialer Nachhaltigkeit bei.

Gleichzeitig konnte registriert werden, wie einige der sogenannten Schwellenländer – insbesondere China und Südkorea – durch massive industriepolitische Interventionen zu starken industriellen Playern wuchsen, sowohl in den neuen digitalen Hardware-Industrien als auch im öko-technologischen Bereich. So ist der Aufstieg der chinesischen Photovoltaikindustrie ohne die Unterstützung der großen Staatskonzerne nicht denkbar gewesen. Weitere Beispiele für die gezielte chinesische Industriepolitik sind der Aufstieg des Zugerherstellers CNR mit seinen Hochgeschwindigkeitszügen, der Windkraftanlagenbauer Goldwind oder der Maschinenbauer Sany. Alle drei chinesischen Firmen machen heute weltweit Geschäfte. Chinas Industriepolitik schützte auch die heimische Internet-Industrie gegenüber ausländischen Wettbewerbern wie Google, Amazon und Facebook. Ohne den staatlichen Schutz von neuen Industrien („Infant Industries“), gäbe es heute weder Huawei noch Alibaba als eigenständige chinesische Unternehmen. Chinas Regierung ist fest davon überzeugt, dass ihre Industriepolitik positive Wirkungen für die nationale Wirtschaft sowie Gesellschaft entfalten wird.

Auch in den USA hat die staatliche industrielle Forschungsförderung, beispielsweise durch die Verteidigungsforschungsagentur DARPA, einen enormen Beitrag zur technologischen Entwicklung und dem Aufbau neuer industriellen Wertschöpfungsketten – unter anderem in Silicon Valley – in den letzten Jahrzehnten geleistet. Es hätte weder das Internet, die Nanotechnologie oder Unternehmen

wie Apple oder Google ohne die massive und langfristig angelegte amerikanische staatliche Forschungsförderung gegeben.

Wie sieht das nun in der Europäischen Union aus? Wir müssen feststellen, dass der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung seit 2000 stark abgenommen hat. Die lange Zeit anhaltende Politik der EU-Kommission, der europäischen Industrie keine bedeutende Rolle in ihrer Politik zuzumessen, hat dazu geführt, dass zwischen 2000 und 2015 der Industrieanteil von über 20 Prozent auf aktuell rund 15 Prozent abgenommen hat. Der EU-Anteil an der weltweiten industriellen Wertschöpfung ist deutlich gefallen und viele Mitgliedsstaaten haben erheblich an industrieller Substanz sowie viele Industriearbeitsplätze verloren.

Um dem Trend der schleichenden De-Industrialisierung entgegenzuwirken, rief die Europäische Kommission 2012 ein neues Ziel aus. Der Industrieanteil am europäischen Gesamt-Bruttoinlandsprodukt soll bis 2020 auf 20 Prozent ansteigen. 2018 ist festzuhalten: Von diesem Ziel sind wir weit entfernt, es ist nicht mehr zu erreichen. Im Grunde liegt dies daran, dass der mit dem Ziel verbundene Aktionsplan und die darin enthaltenen Instrumente vage und unzureichend sind. Natürlich kommt auch hier zum Ausdruck, dass die EU-Kommission nur begrenzte Zuständigkeiten hat und dass sie, da wo es notwendig ist, auch pragmatische „interventionistische“ Politik⁸ zu betreiben, immer noch ideologische „Scheuklappen“ trägt.

Wie stark die Politik aber auch Märkte positiv und aktiv „designen“ kann, wenn sie nur will, zeigt zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland. Die Förderung von Erneuerbaren Energieanlagen sowie deren bevorzugte Einspeisung in das Stromnetz haben dafür gesorgt, dass Wind- und Sonnenenergie zu einer der tragenden Säulen der deutschen Stromversorgung werden konnte. Das EEG hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass die Photovoltaik und Windenergie

⁸ So zum Beispiel die Frage, ob es industriepolitisch in bestimmten Sektoren aus Gründen des internationalen Wettbewerbs nicht sinnvoll wäre, sogenannte europäische „Champions-Unternehmen“ zu bilden: Der Airbus-Konzern zeigt ja, wie erfolgreich eine europäische Arbeitsteilung organisiert werden kann.

technologisch weiterentwickelt wurden und weltweit hohe Zuwachsraten aufweisen. Zwar hat auch das EEG Schwachstellen. So führte die einseitige Ausrichtung auf die Absatzförderung zu einer geringen Innovationsaktivität und Produktivitätsentwicklung der deutschen Photovoltaikindustrie. Dadurch geriet sie gegen die staatlich gestützte chinesische Photovoltaikindustrie zunehmend ins Hintertreffen und ist heute als Branche faktisch nicht mehr existent. Hier wäre Technologieförderung für die Unternehmen die bessere Industriepolitik gewesen. Trotzdem ist das EEG, das ja übrigens in viele Länder „exportiert“ worden ist, bis heute ein wichtiges Brückenglied zu einer umweltfreundlichen Energieversorgung.

Auch die High-Tech-Strategie (HTS) der Bundesregierung weist Elemente einer zukunftsweisenden auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Industriepolitik auf. So orientiert sich die aktuelle HTS 2025 in ihrem Handlungsfeld I in der Förderung von Forschung und Innovation an den Bedarfen einer nachhaltigen Gesellschaft – etwa in den Bereichen „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“. Im Mittelpunkt der HTS sollen dabei nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovationen stehen. Bereits die HTS der vergangenen Perioden brachten innovative Impulse für eine nachhaltige Entwicklung.

Was verdeutlichen diese Beispiele? Nun vor allem eins: Technologische und industrielle Entwicklung sind so gut wie nie das Ergebnis allein von Marktprozessen. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer Kombination von marktwirtschaftlichen Prozessen und gezielter und langfristiger Industrie- und Technologiepolitik von Seiten des Staates. Im Umkehrschluss liegt es also nahe festzustellen, dass eine nachhaltige Entwicklung eine aktive und intelligent steuernde Industriepolitik in Europa und Deutschland braucht, die mit ausreichendem Mittelleinsatz Forschung und Entwicklung fördert, neue Schlüsseltechnologien unterstützt sowie durch neue ökologische und soziale Standards auf den Märkten die nachhaltige Entwicklung vorantreibt.

Aktive Industriepolitik für eine nachhaltige Wohlstandsentwicklung

Da der Kapitalismus und die liberale Demokratie, in denen wir leben, schlecht mit schrumpfende Wirtschaften („de-growth“) zusammenzufügen sind, und da eine erfolgreiche globale öko-sozialistische Revolution in den nächsten 20 Jahren nur schwer vorstellbar ist, könnte eine im obenstehenden Sinne verstandene nachhaltige Industriepolitik zentrale Beiträge zur Bewältigung der globalen klima- und ressourcenpolitischen Herausforderungen leisten.

Etwas konkreter sind einige wichtige Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Industriepolitik wie folgt:

- Eine nachhaltige Industriepolitik sieht sowohl technologische als auch soziale Innovationen und Innovationsprozesse als wesentliche Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt sowie zur Lösung globaler Klima- und Umweltherausforderungen an. Die Politik und der Staat haben die Verantwortung dafür, dass diese Innovationen nicht in der Schublade liegen bleiben, sondern in der Gesellschaft und am Markt realisiert werden. Aus Innovationen müssen Investitionen werden. Sie ist sich zudem bewusst, dass komplexe Innovationsprozesse den kontinuierlichen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern erfordern (vgl. den Debatten zur CCS⁹ und CCU¹⁰ oder EE-, Atom- und Kohlestrom).
- Marktprozesse erzeugen Dynamik und sie fördern Innovationen. Eine moderne Industriepolitik designt aber die Märkte so, dass im fairen Wettbewerb die besten (nachhaltigsten) technologischen und organisatorischen Lösungen erzielt werden. Nachhaltige Industriepolitik bettet damit Marktprozesse in einen aktiven, immer wieder neu zu bestimmenden, politischen und sozialen Ordnungsrahmen ein.

⁹ Carbon Capture and Storage (Abscheidung und Speicherung von CO₂)

¹⁰ Carbon Capture and Utilization (CO₂-Abscheidung und Verwendung)

- Nachhaltige Industriepolitik setzt auf langfristig planbare Rahmenbedingungen und Anreize für die Unternehmen. Sie berücksichtigt die technologischen und physikalischen Grenzen bestehender Produktionsverfahren. Sie ist sich bewusst, dass Sprunginnovationen, die zu erheblichen Ressourceneinsparungen oder neuartigen umweltverträglichen Produkten führen, nicht erzwungen werden können, sondern eines jahrelangen „Innovierens“, stabiler finanzieller Flankierung und auch teilweise des Glücks bedürfen.
- Nachhaltige Industriepolitik basiert teilweise auf Ordnungsrecht. Sie braucht aber vor allem makroökonomische Impulse und Unterstützung. Für die deutsche und europäische Industrie ist die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Europa entscheidend. Ohne ausreichende Wachstumsimpulse durch eine gezielte makroökonomische Politik wird es keine langfristige Transformationsdynamik in der deutschen und europäischen Industrie geben.
- Eine nachhaltige Industriepolitik muss damit auch europäischer werden. Die europäischen Produktionsstrukturen sind eng miteinander verbunden, und eine Transformation zu mehr Nachhaltigkeit braucht Impulse seitens der Politik und Verbraucher europaweit. Die bestehenden Kompetenzen, Instrumente und Maßnahmen der europäischen Institutionen müssen mit Blick auf den aktiveren industriepolitischen Ansatz gestärkt werden. Während der Klimaschutz und die Energiepolitik weitgehend europäisch gestaltet werden, scheitern notwendige europäische industriepolitische Initiativen häufig an nationalstaatlichen Egoismen und Kompetenzen.
- Nachhaltige Industriepolitik ist gleichzeitig aktive Regionalpolitik. Die Stärkung regionaler Strukturen durch Produktionscluster und innovationsgetriebene Vernetzungen von Unternehmen, Universitäten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen stützt Wertschöpfungsketten und erhöht die ge-

sellschaftliche Akzeptanz für die notwendigen Transformationen.

- Nachhaltige Industriepolitik umfasst eine aktive Arbeitspolitik und setzt auf Mitbestimmung. Sie weiß um die Bedeutung des Faktors Arbeit für individuelles Wohlbefinden und gesellschaftliche Stabilität. Durch die Gestaltung eines fairen Arbeitsmarktes und bessere Mitbestimmung stärkt sie die Mitsprache und Partizipation der Beschäftigten. Zudem trägt sie dazu bei, die Unternehmen langfristig mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten zu stärken. Einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und einer ausgebauten sozialen Sicherung kommt daher eine Schlüsselfunktion für eine nachhaltige Entwicklung zu.

Anders als andere industriepolitische Konzepte – oder anders als andere nachhaltigkeitspolitische Konzepte – richtet sich die nachhaltige Industriepolitik darauf aus, ökologische und soziale sowie ökonomische Erfordernisse möglichst gleichrangig zu behandeln. Und sie ist technologieaffin. Sie betont die Potentiale neuer Technologien, ohne die Risiken außer Acht zu lassen. Sie sieht die Chance, mit einer langfristig leistungsfähigen Industrie, die klare Ziel- und Steuerungssignale bekommt, den ökologischen und sozialen Herausforderungen aktiv zu begegnen. Eine derart ausgerichtete Industriepolitik ist somit Fortschritts- und Modernisierungspolitik. Sie gestaltet den Strukturwandel aktiv, damit die Unternehmen und ihre Beschäftigten sowie die Verbraucher ihn mitgehen können. Sie liefert damit auch wichtige Beiträge um die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfest zu machen. ■

Gute Industriepolitik in Zeiten der Transformation

von Wolfgang Lemb¹

Wie noch Anfang der 2000er Jahre würde heute kaum ein Politiker den Abgang der Industrie im eigenen Land anstimmen. Zu gewichtig sind die Argumente derer, die die Notwendigkeit von Industriepolitik zum Erhalt einer industriellen Basis für den volkswirtschaftlichen Wohlstand betonen. Noch wirken die Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nach, von der sich Länder mit einem hohen Industrieanteil sehr viel schneller erholen konnten. Zunehmend groß ist auch die Sorge, sich ohne einen exportstarken Industriesektor zukünftig auf der „Verliererseite“ der Handelsbilanz wiederzufinden. Und immer öfter ist nach Wahlen und Referenden die Rede von den sogenannten „abgehängten“ Bevölkerungsteilen in de-industrialisierten Regionen², die verstärkt Rechtspopulisten ihr Ohr und ihre Stimme schenken.

Auch Industriepolitik ist daher weltweit wieder en vogue. In der Wirtschaftswissenschaft gibt es sicherlich noch Diskussionen über das Pro und Contra von Industriepolitik, aber auch dort befinden sich die Verfechter der reinen Marktlehre tendenziell auf dem Rückzug.³ Und vor allem in der wirtschaftspolitischen Praxis ist die Frage, ob Regierungen Industriepolitik betreiben sollten oder nicht, faktisch beantwortet: „Made in China 2025“, „America first“ oder „For a European Industrial Renaissance“⁴ decken zwar durchaus unterschiedliche industriepolitische Ansätze ab, was Ausgestaltung, Ambition und Strategie betrifft. Alle drei Wirtschaftsregionen haben allerdings den Erhalt und Ausbau der eigenen industriellen Wert-

schöpfungsanteile zu einem Schwerpunkt der politischen Agenda gemacht.

Gerade das deutsche Industriemodell gilt dabei oft als Vorbild für einen stabilen Industriesektor. Es stimmt zwar, dass die deutsche Industrie ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt in den letzten 20 Jahren mit 22 bis 23 Prozent nahezu halten konnte. Angesichts der enormen Herausforderungen, denen wir mit dem Klimawandel, der Digitalisierung, den europäischen wie transatlantischen Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen, der nationalen wie globalen Ungleichverteilung sowie der zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen gegenübersehen, stellt sich aber die Frage, wie zukunftsfähig das deutsche Industriemodell wirklich ist.

Die größer werdenden Krisentendenzen und Transformationsprozesse zeigen: Industriepolitik darf sich für Gewerkschaften nicht in einem Industrielobbyismus erschöpfen, der sich einzig auf den Erhalt von industriellen Wertschöpfungsanteilen fokussiert. Mit einem solchen Ansatz kann man Steuerenkungen für Unternehmen ebenso industriepolitisch gutheißen, wie die rücksichtslose Ausbeutung von Ressourcen oder von Beschäftigten durch schlechte Arbeitsbedingungen.

Gewerkschaften müssen einen anderen Anspruch an Industriepolitik formulieren. Industriepolitik muss in Form einer Guten Industriepolitik zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und nicht zu ihrer Vertiefung beitragen.⁵ In diesem Kontext sind die Gewerkschaften diejenigen Organisationen, die zuvorderst den Maßstab der Guten Arbeit einfordern. Im Zentrum Guter Industriepolitik stehen für die IG Metall gute – weil durch Tarifvertrag und Mitbestimmung regulierte – Arbeitsplätze. Zum Konzept Guter Arbeit gehört darüber hinaus eine Tätigkeit, der ressourcenschonend und damit nicht

1 Wolfgang Lemb ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

2 Nachweislich sinken in Regionen mit niedrigen Industrieanteilen die Durchschnittseinkommen der Beschäftigten und die Einkommensschere vergrößert sich. Dazu: Goebel, J./Gornig, M. (2015): Deindustrialization and the polarization of household incomes: the example of urban agglomerations in Germany: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), German Socio-Economic Panel Study 755/2015.

3 Stiglitz, Joseph E. et al. (2013): Introduction: The rejuvenation of industrial policy. In: Joseph Stiglitz und Justin Yifu Lin (Hrsg.): The Industrial Policy Revolution I: The Role of Government Beyond Ideology. London: Palgrave Macmillan, S. 1-15.

4 Auf die unzureichende Europäische Industriestrategie wird unten nochmals eingegangen.

5 Wolfgang Lemb (2015) (Hrsg.), Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

zu Lasten der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nachgegangen werden kann. Qualitatives Wachstum als Trias aus gerecht verteilten gesellschaftlichen Wohlstandszuwächsen, Guter Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit stellt daher das umfassende Leitbild einer Guten Industriepolitik für die Gewerkschaften dar.

Drei Ansatzpunkte für die Debatte um Bedingungen Guter Industriepolitik in Zeiten der Transformation

Die Debatten um die notwendige politische Ausrichtung Guter Industriepolitik nimmt insbesondere im Kontext der derzeit in der IG Metall vorherrschenden Transformationsdebatte Fahrt auf. Die Kernfrage, die sich daraus ergibt, lautet: Welche Technologien bedarf es zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen der Zukunft und wie sorgen wir dafür, dass diese unter Bedingungen Guter Arbeit und nachhaltiger Wertschöpfung im Jahr 2030 noch hier in Deutschland produziert werden? So banal diese Frage auf den ersten Blick erscheinen mag, viele der daran anknüpfenden Ansatzpunkte stehen völlig konträr zum derzeit vorherrschenden politischen Diskurs um Industriepolitik. Ich möchte diese Punkte anhand dreier Thesen deshalb zur Debatte stellen:

1. **„Eine industriepolitische Gesamtstrategie bedarf eines neuen Staatsverständnisses, das sich gegen die vorherrschende Marktdoktrin des freien Wettbewerbs wendet.“**

Industriepolitik stand aufgrund ihrer oftmals sektorspezifischen und nationalstaatlich begrenzten Interventionen stets im Verruf die optimale Ressourcenallokation durch die unsichtbare Hand des Marktes und den freien Wettbewerb zu stören. Hayek bezeichnete dies als „Anmaßung von Wissen“⁶ staatlicher Akteure, die immer schlechtere Entscheidungen treffen würden, als die in Konkurrenz zueinander stehenden einzelnen Marktakteure. Gerade in Deutschland, in dem das ordnungspoli-

tische Ideal im ökonomischen Mainstream eine scheinbar unerschütterliche Vertrauensbasis besitzt, hält sich die Skepsis gegenüber industriepolitischen Eingriffen in Marktprozesse beharrlich.

Angesichts der industriellen Herausforderungen, in denen wir uns befinden oder auf die wir zusteuern, stellt sich jedoch zunehmend die Frage, „ob das ordnungspolitische Vertrauen in die ‚kreativen Kräfte des Wettbewerbs‘ noch berechtigt ist“⁷. Mazzucato⁸ illustriert an mehreren Beispielen (Internet, GPS, Sprachsteuerung, Künstliche Intelligenz, etc.), dass sich diese wegweisenden Technologien nur durch öffentliche Entwicklungsleistungen oder massive finanzielle Förderung seitens des öffentlichen Sektors in den Vereinigten Staaten herausbilden konnten. Die freie und allein marktwirtschaftliche Entwicklung von privaten Innovationsleistungen scheint dementsprechend ein Mythos zu sein.

Es bedarf daher eines neuen Staatsverständnisses, das die aktive Rolle des Staates bei der Ausgestaltung Guter Industriepolitik in den Blick nimmt. Politik hat sich in den letzten Jahren zunehmend selbst ihrer gestaltenden Funktion als industriepolitischer Akteur beraubt und sich auf eine Moderatoren-Rolle zurückgezogen. Ein neues Staatsverständnis würde über die Bereitstellung von Rahmenbedingungen für den Wettbewerb hinausgehen und eine aktive Steuerung von Marktprozessen unter Bedingungen Guter Arbeit und eines nachhaltigen Ressourcenverbrauchs erfordern.

Immer offensichtlicher wird auch angesichts der zukünftigen Transformationsprozesse, dass es einer strategisch vorausschauenden, politischen Gestaltung dieser Prozesse bedarf, um den gesellschaftlichen Herausforderungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung, Globalisierung, etc. Herr zu werden. Diese Transformationsprozesse können nicht allein den Marktmechanismen überlassen werden, da die darin wirkenden Akteure wegen der unvermeidlichen Unsicherheiten und Transitionskosten auf dem

6 Hayek zitiert nach: Dieter Rehfeld und Ben Dankbaar (2015): Industriepolitik: Theoretische Grundlagen, Varianten und Herausforderungen. In: WSI-Mitteilungen 7/2015.

7 Bofinger, Peter (2017): Mehr Zentralismus wagen! In: FAZ vom 12.8.2017.

8 Mazzucato, M. (2014): Das Kapital des Staates. München.

bisherigen Pfad beharren.⁹ Wie unwahrscheinlich ein rein marktgetriebener Pfadwechsel ist, zeigen die im Transformationsprozess üblich vorzufindenden Strategien von Unternehmen. Anstatt frühzeitig und intensiv in Alternativen zum auslaufenden Wertschöpfungsmodell zu investieren, wird so lange wie möglich Rendite daraus gesaugt, bis es an unüberwindbaren Hürden (Überholung durch innovativere Technologien, Marktsättigung, gesellschaftliche Akzeptanz, umwelt- oder gesundheitspolitische Kosten, etc.) scheitert. Meist sind in dem folgenden Krisenfall die wirtschaftlichen Entscheidungsträger und Investoren durch frühzeitige Auslagerung von Risiken gut abgesichert, während sich die Beschäftigten durch Restrukturierungen und Stellenabbau existenziellen Unsicherheiten gegenübersehen.

Damit Pfadwechselprozesse erfolgreich gemeistert werden, bedarf es industriepolitischer Planung und dementsprechend eines stärkeren Eingriffs in die Marktprozesse. Diese müssen gar nicht zwingend marktwirtschaftlicher Logik widersprechen. Verlässliche Leitlinien beispielsweise in Form von politisch bindenden Entwicklungszielen, technisch anspruchsvollen Benchmarks, Förderprogrammen oder Sanktionen können dazu beitragen, Unsicherheiten der Marktakteure zu minimieren und Investitionspfade vorzuzeichnen. Langfristig stabile Rahmenbedingungen zur Förderung bestimmter Leitmärkte und Technologien schaffen sichere Erwartungen für Investoren, die sich so auf einen wachsenden Absatzmarkt einlassen können und die weitere Investitionen nach sich ziehen.

China mit seinen Fünfjahresplänen und „Made in China 2025“-Strategie ist ein Beispiel dafür, wie durch hohen Fiskalaufwand, Regulation und sogar massive ordnungsrechtliche Eingriffe erfolgreich Investitionslenkung und Technologieförderung betrieben werden können. Für viele Beobachter, die für die Innovationsvorteile unter freien Wettbewerbsbedingungen agierender Unternehmen ihre Hand ins Feuer legen würden, ist der Umstand völlig

kontraintuitiv, wie erfolgreich die planwirtschaftlich anmutende Industriestrategie Chinas ist. In nahezu allen Industriebranchen befinden sich derzeit chinesische Unternehmen auf dem Weg Weltmarktführer zu werden. Dass es große Zweifel gibt, wie nachhaltig Chinas Strategie hinsichtlich der Stabilität des Finanzmarktes und handelspolitischen Akzeptanz sowie der sozial-, umwelt- und gesundheitspolitischen Folgewirkungen ist, steht außer Frage. Ebenso wie die Tatsache, dass es sich hierbei nicht um Probleme handelt, die aus einem zu geringen Maß an Marktsteuerung entspringen.

Die EU hätte auf Grund der Größe des europäischen Binnenmarktes nicht nur die Chance, sondern die Verpflichtung eine eigene Industriestrategie zu entwickeln. Bisher hat die Europäische Union der chinesischen Industriestrategie nichts entgegen zu setzen. Die EU-2020-Strategie griff zwar industriepolitisch relevante und ambitionierte Ziele auf, die bis 2020 erreicht werden sollten. Je konkreter die Ziele aber in den Folgejahren in Maßnahmen umgesetzt werden sollten, desto ambitionsloser und unverbindlicher wurden sie formuliert. Die mangelhafte strategische Ausrichtung der EU zeigt sich an dem von der Kommission im letzten Jahr vorgebrachten industriepolitischen Strategiepapier¹⁰ besonders deutlich. Diese sogenannte „neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ ist wenig mehr als die Auflistung von altbekannten Themenfeldern, die weder priorisiert werden und noch mit konkreten Zielvorgaben verbunden sind. Ein strategischer Ansatz, der so dringend erforderlich wäre, sieht anders aus.

Die Frage darf nicht lauten, ob eine industriepolitische Gesamtstrategie erstrebenswert ist, sondern wie diese auszugestalten ist. Dabei spielt der notwendige Grad an Technologieoffenheit oder Technologiefokussierung im Rahmen einer solchen Strategie eine große Rolle. Inwieweit sind Investitionen in ein Glasfasernetz nötig, falls dieses sich in Zukunft auf Grund der höheren Datenübertragungsraten

9 Hübner, Kurt (2015): Die ‚Wiederentdeckung‘ staatlicher Industriepolitik. In: Wolfgang Lemb (Hrsg.), Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen. Frankfurt am Main, S. 101.

10 Europäische Kommission (2017): Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie. Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:c8b9aac5-9861-11e7-b92d-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF

per Mobilfunk erübrigt? Inwiefern ist die Batteriezelltechnologie ein zukunftsfähiges Konzept, sollten sich andere Alternativen als tragfähigere Antriebstechnologien erweisen? Nur zwei plakativ vorgebrachte Beispiele, anhand derer deutlich werden soll, dass mit einer entsprechenden Industriestrategie immer auch Technologieentscheidungen verbunden wären, die (weil nicht mehr marktwirtschaftlich) nun politisch legitimiert werden müssen.

2. „Industriepolitik ist aktive Investitions- und damit letzten Endes Verteilungspolitik!“

Eine aktive Industriepolitik des Staates kann nicht nur auf regulativen sondern muss auch auf investiven Elementen fußen. Daher bilden Investitionen in Strukturpolitik und Infrastruktur die wesentlichen Stellschrauben für eine industriepolitische Strategie. Aber auch hier haben sich die selbst gesetzten Rahmenbedingungen staatlichen Handelns stark verkleinert.

Das betrifft zum einen die Strukturpolitik, die sich insbesondere in Zeiten industrieller Transformationsprozesse wachsenden Anforderungen gegenüber sieht. Doch gerade der fiskalische Rahmen für Industriepolitik wird in Deutschland in den nächsten Jahren verstärkt unter Druck geraten: Durch das Auslaufen des Solidarpakts II, durch die nationalen wie regionalen Schuldenbremsen sowie durch das voraussichtlich sehr viel schmalere EU-Budget. Das wird auch Auswirkungen auf die infrastrukturellen Rahmenbedingungen haben. Schon jetzt sind die Aufwendungen des Staates zum Erhalt der Infrastruktur kaum ausreichend. Meldungen von maroden Verkehrswegen, dem unzureichenden Breitbandausbau sowie der hinterherhinkenden Bereitstellung von Stromtrassen und Verteilernetzen finden sich regelmäßig in den Schlagzeilen wieder.

Allein was die Investitionserfordernisse der ökologischen Transformation betrifft, beziffert eine vom BDI in Auftrag gegebene Studie die notwendigen Mehrinvestitionen bis zum Jahr 2050 auf mindestens 1,5 Billionen Euro.¹¹ Ei-

Die Probleme der Parteiendemokratie



Der Parteienstreit

Probleme und Reformen der Parteiendemokratie

Von Prof. Dr. Lars Holtkamp

2018, 130 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-4699-6

eISBN 978-3-8452-8929-8

nomos-shop.de/35022

Die Parteiendemokratie ist in guter Verfassung, wenn man der Parteienforschung glauben will. In diesem Buch wird demgegenüber nachgewiesen, dass die Parteien kaum noch ihre Funktionen erfüllen und zentrale demokratische Prinzipien ausgehöhlt werden. Es wird die Frage gestellt, ob dagegen direktdemokratische Reformen helfen.

 Nomos
eLibrary

 **Nomos**

¹¹ BCG/prognos (2018): Klimapfade für Deutschland. <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-fuer-deutschland/>

nen Großteil der Summe wird wegen fehlender Rentabilität die öffentliche Hand tragen müssen. Nicht weniger abenteuerlich sind die Investitionssummen, die zur Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit öffentlicher Infrastruktur notwendig sein dürften. In Städten und Gemeinden hat sich laut dem letzten KfW-Kommunalpanel ein Investitionsstau von 126 Milliarden Euro angehäuft.¹²

Eins steht dabei fest: Diese Investitionsbedarfe werden nicht aus der staatlichen Portokasse unsicherer Haushaltsüberschüsse zu bewältigen sein. Das heißt notwendigerweise, dass wir uns verabschieden müssen von einem austeritätspolitischen Staatsverständnis, demnach der Staat sich mit Verweis auf die schwarze Null nicht in der Lage sieht, für den erforderlichen infrastrukturellen Rahmen einer guten industriellen Entwicklung zu sorgen. Es bedarf dafür einer sehr viel breiteren Finanzierungsgrundlage. Die schwarze Null steht damit ebenso zur Disposition wie ein Steuersystem, das weite Teile großer Vermögen und Einkommen unberührt lässt.

Die derzeit diskutierten Politikvorschläge auf bundes- wie europapolitischer Ebene weisen allerdings in eine andere Richtung. Zur Steigerung der privaten Investitionstätigkeit werden Maßnahmen zur Liberalisierung der Finanzmärkte (bspw. zugunsten von Risikokapital), eine Senkung der Körperschaftsteuer sowie weitere Abschreibungsmöglichkeiten ins Spiel gebracht.¹³ Dagegen spricht, dass angesichts von Rekordgewinnen und Niedrigzinsen die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland kaum zugenommen hat.¹⁴ Weitere angebotsorientierte Maßnahmen werden daher kaum eine Trendumkehr bewirken, sondern eher noch zur Steigerung der Diskrepanz zwischen hohen Unternehmensgewinnen und verhaltenen Anlageinvestitionen beitragen.

3. „Auch im europäischen Binnenmarkt muss Spielraum für Gute Industriepolitik und damit Gute Arbeit bestehen!“

Der Kern der Europäischen Union ist der gemeinsame Binnenmarkt. Hier hat die EU durch politische und rechtliche Integration die stärksten Handlungskompetenzen gewonnen. Als Grundprinzip des gemeinsamen Binnenmarktes wird dabei die Vermeidung jeglicher Art von Wettbewerbsverzerrung durch die Politik der Mitgliedsstaaten hochgehalten. Dieses Prinzip liegt quer zum traditionellen Verständnis nationaler Industriepolitik, beinhaltet doch jede industriepolitische Maßnahme das Potenzial, bestimmte Unternehmen (differenziert nach Branche oder Region) von den daraus resultierenden Vorteilen ein- bzw. auszuschließen. Je weiter Harmonisierung und gemeinsame Standards des gemeinsamen Binnenmarktes vorangeschritten sind, desto mehr haben sich nationale – horizontale wie vertikale – industriepolitische Spielräume verkleinert.

Das 2017 von Labour vorgestellte „Manifesto“¹⁵ hat im nachfolgenden politischen Diskurs die unangenehme Frage aufgeworfen, inwiefern der Brexit erst die Bedingungen für die Realisierungsmöglichkeiten viele der darin enthaltenen industrie- und infrastrukturpolitischen Forderungen bieten würde. Oder anders gefragt: Lässt sich progressive Industrie- und Strukturpolitik im engen Korsett des europäischen Wettbewerbsrechts überhaupt noch realisieren? Insbesondere hinsichtlich der nur sehr begrenzten Möglichkeiten staatlicher Beihilfe oder der öffentlichen Auftragsvergabe kommen starke Zweifel auf.¹⁶

Wir brauchen deshalb auch eine Diskussion darüber, wie das Verhältnis von Mitgliedsstaaten und europäischen Binnenmarkt so gestaltet werden kann, dass industriepolitische Maßnahmen ‚von unten‘ möglich sind. Denn aus den zahlreichen Spielarten von industriellen Beziehungen und daraus resultierenden Produk-

12 KfW (2017): KfW-Kommunalpanel 2017. Frankfurt am Main. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2017.pdf>

13 So äußerte sich zuletzt Peter Altmaier auf dem Tag der deutschen Industrie des BDI am 25.9.2018.

14 Hierzu in der Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 12. Juni 2017: Deutschland spart sich sein Wachstum kaputt. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-deutschland-spart-sich-sein-wachstum-kaputt-1.3541455>

15 The Labour Party (2017): For the many, not the few. <https://labour.org.uk/wp-content/uploads/2017/10/labour-manifesto-2017.pdf>

16 Siehe hierzu die Überlegungen von Pianta, Mario et al. (2016): Industriepolitik in Europa. Welchen Spielraum bietet der aktuelle Rechtsrahmen der EU für eine progressive Industriepolitik? Brüssel. Sowie: Weeks, John et al. (2017): Bringing democratic choice to Europe's Economic Governance. The EU Treaty changes we need, and why we need them. Brüssel.

tions- und Innovationstypen ergibt sich die Anforderung, einer subsidiären Industriepolitik, die die regionalen und branchenspezifischen Notwendigkeiten nicht aus den Augen verliert. Dazu braucht es Spielräume für fiskalische und regulative Maßnahmen der Mitgliedsstaaten, die nicht durch stete Androhung von Vertragsverletzungsverfahren oder durch die Instrumente der austeritätspolitischen Economic Governance von der Kommission bereits in der Planungsphase einkassiert werden.

Eine Re-Industrialisierung Europas wird es ohne Re-Kollektivierung der industriellen Beziehungen nicht geben. Dazu gehört in erster Linie ein Ende des tarifpolitischen Interventionismus seitens der European Economic Governance. Dazu gehören aber auch progressive Elemente wie die Neuausrichtung der staatlichen Beihilfe und der europäischen Regelungen zur öffentlichen Vergabepolitik. Kriterien Guter Arbeit werden derzeit zwar wieder stärker in die Wirtschaftsförderung auf Bundesebene integriert¹⁷, aber nicht auf europäischer Ebene. Entsprechende Ansätze (wie bspw. Tariftreuerregelungen) werden auf mitgliedstaatlicher Ebene durch europäische Rechtsprechung sogar eingeschränkt, da sie drohen, im Widerspruch zu den europäischen Grundfreiheiten zu stehen.

Im Sinne der Förderung Guter Arbeit ist die EU daher gefordert, diese Spielräume auf mitgliedstaatlicher Ebene wieder zu erweitern und im Kontext des neuen EU-Haushaltsrahmens auch neue Konzepte zur Industrie- und Technologieförderung zu entwickeln, die die geförderten Unternehmen dazu verpflichten, Wertschöpfung in der EU zu erhalten und nachhaltig für Ausbildung, langfristige Beschäftigung, Tarifbindung und Mitbestimmung in der EU zu sorgen. Dazu gehören zum einen Kriterien, die sicherstellen, dass EU-Fördermittel an Private nur bereitgestellt werden, wenn gleichzeitig auch die Wahrnehmung kollektiver Rechte sichergestellt wird. Gleichzeitig muss auch stärker als bisher durch eine nachfassende Prüfung garantiert werden, dass Wirtschaftsfördermittel nicht zur Verlagerung von Standorten und Arbeitsplätzen

benutzt werden. Die bestehenden Förderinstrumente wie der EFRE¹⁸ führen bisher leider oft genug dazu, dass Verlagerungen innerhalb der EU durch europäische Fördermittel mitfinanziert werden und tragen so zur Standortkonkurrenz auf Kosten der Beschäftigten und Ressentiments gegenüber europäischen Mitgliedsländern und der EU insgesamt bei.¹⁹

Die Debatte um Gute Industriepolitik muss in den politischen Diskurs eingebracht werden

Eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften wird es sein, die Debatte um Gute Industriepolitik in den politischen Diskurs einzubringen. Es bedarf dafür insgesamt einer Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Chancen, die eine starke, soziale und nachhaltige industrielle Basis zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen bietet; ebenso wie für die Verantwortung der Industrie, die daraus erwächst. Hinsichtlich der künftigen Transformationsprozesse müssen die erwartbaren Dimensionen des Strukturwandels offen und ehrlich zwischen den Beschäftigten der betroffenen Branchen kommuniziert werden. Schönfärberei ist fehl am Platz. Die Gewerkschaften drängen richtigerweise darauf, dass die Transformationsprozesse sozial gerecht nur im Rahmen eines aktiven und investiven Staates zu bewältigen sind.

Das ist keinesfalls eine leichte Aufgabe, und wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Unsere Botschaft dabei ist: Gute Industriepolitik im Sinne Guter Arbeit und nachhaltigen Wirtschaftens ist machbar. Sie ist aber eine Machtfrage und muss von den Beschäftigten, Betriebsräten und Vertrauensleuten sowohl in den Betrieben als auch in der politischen Auseinandersetzung erstritten werden. Ohne die Bereitschaft diesen Konflikt in den Betrieben und in der Gesellschaft zu führen, werden die kommenden Anforderungen jedenfalls nicht zu meistern sein. ■

¹⁸ Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

¹⁹ Es existiert bereits eine Fünfjahres-Frist, die zur Folge hat, dass Fördergelder zurückgefordert werden können, wenn geförderte Standorte verlagert werden. Diese Regelung wirkt auf die nachwirkende Bindung von Fördermitteln an die Standorte, schließt jedoch nicht aus, dass mittels EU-Fördermitteln im Vorhinein angereizt wird, Standorte zu verlagern.

¹⁷ Z.B. im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Nachhaltige Industriepolitik aus umweltpolitischer Perspektive

von Svenja Schulze¹

Der Anfang Oktober veröffentlichte Sonderbericht des UN-Weltklimarates IPCC hat uns erneut und unmissverständlich vor Augen geführt, dass wir in den kommenden Jahren vor entscheidenden Weichenstellungen für die Menschheit stehen. Gelingt es uns, den Hebel umzulegen und „schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“ vorzunehmen oder lassen wir es zu, dass sich die Erderwärmung mit in ihrem Ausmaß kaum vorstellbaren Folgen wie Hungersnöten, Wasserknappheit oder Naturkatastrophen ungebremst fortsetzt?

Dass dieses Szenario keine Option sein darf, dürfte allen klar sein. Wir müssen deshalb auf politischem Weg klären, wie wir den Übergang in ein postfossiles Zeitalter organisieren wollen. Im Kern geht es dabei um folgende Fragen: Wie erhalten wir angesichts dieser Herausforderung unseren Wohlstand in Zukunft? Welche Rolle spielt der Staat bei den anstehenden Transformationsprozessen? Wie sorgen wir dafür, dass es dabei sozial gerecht zugeht? Und wie gehen wir mit den Sorgen und Ängsten der Menschen um, die den Wandel als Bedrohung empfinden?

Zunächst einmal ist festzustellen: Wir haben in Deutschland als erfolgreichem Industrieland hervorragende Ausgangsbedingungen. Industrielle Wertschöpfung, durch große Konzerne oder mittelständische Familienunternehmen, ist die Basis unseres Wohlstandes und vieler guter tarifgebundener Arbeitsplätze. Innovation und Gerechtigkeit als zwei Seiten derselben Medaille finden hier ihren unmittelbaren Ausdruck.

Als sozialdemokratische Umweltministerin ist es mir ein Anliegen, den notwendigen Transformationsprozess so zu gestalten, dass unsere industriellen Strukturen nicht zerstört, sondern

gestärkt werden. Wir wissen: Die Geschäftsmodelle des 20. Jahrhunderts sind durch Megatrends wie Digitalisierung, Globalisierung und den Klimawandel unter Veränderungsdruck. Die Digitalisierung erfindet die Basis unseres Wirtschaftens neu. Der Prozess der Globalisierung ist längst nicht abgeschlossen. Und im Pariser Klimaabkommen haben wir uns darauf verständigt, die Erwärmung der Erde möglichst auf 1,5 Grad Celsius verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen.

Ja, das alles sind Herausforderungen, wenn man unseren industriellen Kern als Basis von Wohlstand stärken möchte. Aber es sind auch enorme Chancen für die Wertschöpfung der Zukunft. Ökologische Nachhaltigkeit, ökonomischer Erfolg und soziale Gerechtigkeit bedingen einander. Die Vision einer emissionsfreien Wirtschaft schließt industrielle Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in der Industrie nicht aus. Ganz im Gegenteil: Die Erfahrungen zeigen, dass nur ein Staat, der sich traut in den Markt einzugreifen und Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen, in der Lage ist Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Die von Rot-Grün eingeleitete Energiewende ist das beste Beispiel dafür.

Der Staat darf deshalb auch nicht erst dann eingreifen, wenn Marktversagen droht. Er sollte proaktiv und mutig vorgehen, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern und nachhaltiges Wirtschaften zur Regel zu machen. Für die Umwelt, für mehr Lebensqualität, für mehr Wohlstand, für mehr Gerechtigkeit. Und ich bin mir sicher, dass wir diesen Prozess gestalten können. Das ist der sozialdemokratische Weg.

Umweltfragen polarisieren

Die meisten Menschen haben ein sehr gutes Gespür für den kritischen Zustand der Welt. Sie sehen die klimatischen Veränderungen mit Sor-

¹ Svenja Schulze ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

ge. Die Erwartungen an die deutsche Bundesregierung sind hoch: Endlich ernst machen mit dem Klimaschutz und die internationale Vorreiterrolle zurückerobern. Bei der sozialdemokratischen Basis ist dieser Anspruch besonders ausgeprägt, wie eine Mitgliederbefragung von 2018 des Parteivorstands zeigt.

Auf der anderen Seite bieten Populisten wie Alexander Gauland oder Donald Trump vermeintlich leichte Antworten – auch in der Umweltpolitik. Wer wissenschaftliche Erkenntnisse leugnet oder dem Menschen die Fähigkeit abspricht, selbst gegensteuern zu können, muss keine Konzepte bieten. Anders gesagt: „Der Klimawandel als Erfindung der Chinesen“ ist ihre Ausrede für rückwärtsgewandte Klientelpolitik.

Aber auch in den wirtschaftspolitischen Debatten halten sich Vorbehalte gegen Umweltpolitik. Das gilt sowohl auf der betriebswirtschaftlichen als auch auf der volkswirtschaftlichen Ebene. Deutschland, so heißt es immer wieder, stehe im internationalen Wettbewerb. Da könne man sich zu viel Umweltschutz, hohe Arbeitsstandards, oder Nachhaltigkeitspflichten nicht leisten. Selbst dort, wo Umweltauswirkungen kaum noch zu leugnen sind, werden umweltbezogene Maßnahmen im Gewirr von Zielkonflikten, Lobbyismus und Ressortinteressen zerrieben.

Wir befinden uns in einer Phase, in der wir Umweltpolitik wieder besser erklären müssen. Angst führt häufig zu Stillstand. Wer die tagtägliche Klimaberichterstattung über unbewohnbare Dörfer, im Meer versinkende Inseln oder außergewöhnliche Extremwetterereignisse verfolgt, der ist wie gelähmt von der Furcht vor der ganz großen Katastrophe. Wir müssen weg von der Ebene der Angst, zurück zur Ebene der Chancen. Deshalb dürfen wir Umweltpolitik nicht isoliert betrachten, sondern immer auch mit Blick auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen.

Ein zeitgemäßer und überzeugender Handlungsrahmen für die Umweltpolitik

Was bedeutet das für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Industriepolitik?

Wir spüren, die „klassische“ Umweltpolitik des 20. Jahrhunderts stößt an Grenzen, die so genannten „low-hanging fruits“ sind geerntet. Stichworte hier sind Smog, Waldsterben, dreckige Flüsse oder umkippende Seen. Auch der inzwischen fast vollständig vollzogene Atomausstieg gehört dazu. Viele der offensichtlichen Probleme, die die Menschen in Deutschland ganz unmittelbar als Bedrohung für ihre Gesundheit empfanden, gehören glücklicherweise der Vergangenheit an. Umweltpolitische Herausforderungen sind heute komplex, interdependent und global. Umwelt- und Klimaschutz lassen sich nicht mehr durch punktuelle Optimierungen erreichen. Heute müssen Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten von Grund auf verändert werden. Im Fall der Stromerzeugung zum Beispiel ist der Weg bereits eingeschlagen – in anderen Bereichen, etwa der nachhaltigen Mobilität, wird der Veränderungsdruck immer deutlicher.

Wir brauchen den Mut, grundlegende Transformationsprozesse einzuleiten. Vor diesem Hintergrund steht eine Neujustierung der Umweltpolitik an. Unsere Botschaft ist, dass Nachhaltigkeit Chancen für unsere Volkswirtschaft bietet, neue Wege der Wertschöpfung zu erschließen, Wirtschaft und Unternehmen modern und zukunftsgerichtet aufzustellen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern und auszubauen.

Wir wissen längst, dass sich Investitionen in Klimaschutz lohnen und dass eine werteorientierte Wirtschaftspolitik internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert. Wir müssen aber auch politisch durchsetzen, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeitsaspekte verbindlich in wirtschaftlichem Handeln verankert werden. Ein Betrug an den Verbraucherinnen und Verbrauchern, so wie beim Dieselskandal, darf sich nicht wiederholen. Und für die politische Seite sei selbstkritisch hinzugefügt: Nur eine klare Position zur zukünftigen Energieversorgung, zur Zukunft der Mobilität, zur Zukunft der Industrie kann Grundlage einer glaubwürdigen Politik sein. Hier hat sich auch die Sozialdemokratie zu lange auf Formelkompromisse verständigt, statt mutige Visionen zu entwickeln und in die Gesellschaft zu tragen.

GreenTech: Wir sind auf einem guten Weg!

Umweltpolitik führt nicht zu De-Industrialisierung, wie es gelegentlich polemisch zu hören ist. Wir brauchen unsere Industriekompetenz – nicht nur, weil Populismus und Demokratieskepsis auch eine Folge von Strukturbrüchen und wirtschaftlichen Abstiegsängsten sind. Wir brauchen eine innovative und moderne Industrie auch, um die wirtschaftlichen Chancen von Umwelt- und Klimaschutz und der Energiewende zu heben. Das sollten wir nicht anderen überlassen.

Zahlen von Roland Berger im GreenTech Atlas 2018² zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind: Das weltweite Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wird sich von mehr als 3.200 Milliarden Euro (2016) bis 2025 voraussichtlich auf über 5.900 Milliarden Euro erhöhen. Deutsche Unternehmen sind hervorragend aufgestellt. Insgesamt haben sie einen weltweiten Anteil von 14 Prozent auf diesen Märkten. Eineinhalb Millionen Menschen sind bereits heute in diesem Bereich in Deutschland beschäftigt – in der Mehrzahl sehr qualifizierte Jobs. Außerdem ist absehbar, dass GreenTech für die Wertschöpfung in Deutschland noch wichtiger wird: Der Anteil der Branche am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bereits bei 15 Prozent. Bis 2025 – so die Prognose – wird er auf 19 Prozent steigen. Schon heute kommen über ein Zehntel der weltweiten Umwelttechnologien aus Deutschland. Damit ist der Markt hier weiterentwickelt als in den meisten anderen Regionen.

Auch die OECD hat in einem Gutachten für die deutsche G20-Präsidentschaft darauf hingewiesen, dass sich Investitionen in Nachhaltigkeit gesamtwirtschaftlich rechnen. Eine Studie von Prognos und BCG³ im Auftrag des BDI kommt zu dem Ergebnis, dass eine ambitionierte Klimaschutzstrategie bis Mitte des Jahrhunderts mindestens wachstumsneutral zu haben ist, wenn die Weichen richtig gestellt werden.

Diese Beispiele verdeutlichen: Umweltpolitik ist Industriepolitik, ist Arbeitsmarktpolitik, ist Zukunft. Und die Zahlen geben großen Ansporn. Mit Umwelttechnik und Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere Wirtschaft umfassend zu modernisieren.

Weichen in Richtung Zukunft stellen

Die deutsche Volkswirtschaft verfügt über unschätzbare Potenziale, die Grund für Zuversicht und Optimismus sind. Unsere Umwelt- und Klimapolitik hat dazu maßgeblich beigetragen. Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland werden weltweit stark nachgefragt. Das sollte uns motivieren, die Weichen weiter in Richtung Zukunft zu stellen. Dazu fünf Thesen von mir:

Erstens: Eine moderne Wirtschaftspolitik und eine zukunftsfähige Industrie bewegen sich im Kontext des Pariser Klimaschutzabkommens und der Agenda 2030. Dieser verbindliche Rahmen ist eine große Errungenschaft, weil er Planungssicherheit herstellt. Keine ernst zu nehmende Partei in Deutschland stellt die Pariser Klimaziele in Frage. Das öffnet den Weg für die nicht weniger kontroversen Diskussionsprozesse über das „Wie“ der Zielerreichung.

Dazu gehören Entscheidungen über verbindliche Umweltstandards und ökologische wie soziale Nachhaltigkeitsanforderungen. Umweltgesetzgebung ist weltweit maßgeblich für Investitionen in Wasser- und Abfalltechnologien, in Energieeffizienz oder moderne Bautechnik. Ambitionierte CO₂-Grenzwerte im Mobilitätsbereich sind nicht nur für den Klimaschutz wichtig. Sie sind ein Innovationsstreiber. Das Europäische Parlament hat sich vor Kurzem für eine deutliche Verschärfung der CO₂-Grenzwerte in der Autoindustrie nach 2021 ausgesprochen. Diese Entscheidung unterstütze ich ausdrücklich, sie wird dazu führen, dass wir bis 2030 EU-weit mehr Neuwagen mit einer innovativeren, klimafreundlicheren Antriebstechnologie auf dem Markt haben werden. Das mag einigen zu langsam gehen. Ich gebe aber auch zu bedenken, dass Europa damit zu einem der größten Märkte

² <http://www.greentech-made-in-germany.de/>.

³ Boston Consulting Group.

für Elektromobilität mit Batterie und Brennstoffzelle wird.

Damit stellen wir im Übrigen politisch sicher, dass Innovationen in Nachhaltigkeit und Umwelttechnologien das vorfinden, was man ein „level playing field“ nennt. Wettbewerbsfähigkeit darf nicht auf Umwelt- und Sozialdumping gründen. Das gilt auch für die Handelspolitik und Freihandelsabkommen.

Zweitens: Wir müssen noch stärker Investitionen für nachhaltige Technologien mobilisieren. Dafür braucht es einen starken, aktivierenden Staat. In den nächsten Jahren werden in erheblichem Umfang Investitionen nötig sein – in physische Infrastruktur, Anlagen, Technologien, aber auch in die Neuorganisation von Prozessen und in neues Wissen. Investitionsbedarf entsteht nicht nur in den Bereichen Energie und Verkehr, sondern auch in den Bereichen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft, Wasserwirtschaft und Landwirtschaft – und das in globalem Maßstab.

Die gute Konjunktur sorgt derzeit für Milliardenüberschüsse. Die Diskussion um ihre Verwendung muss auch geleitet werden von der Frage, welche Investitionen im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung unsere Zukunft sichern. Ein Beispiel: Wir alle sind uns einig, dass der Gebäudebestand unserer Bildungseinrichtungen grundlegend saniert gehört und wir viel öffentliches Geld dafür bereitstellen sollten. Eine solche Sanierung des Gebäudebestands ist aber auch unter ökologischen Aspekten wünschenswert, wenn die neuesten energetischen Standards eingehalten werden.

Auch in der Finanzwirtschaft findet ein Umdenken statt. Erste Versicherungskonzerne investieren weder in Kredite noch in Anleihen von Unternehmen, die Nachhaltigkeitsanforderungen missachten. Ein Vorbild, wie ich meine, auch für die Anlagepolitik der öffentlichen Hand. Deshalb ist es ein sehr gutes Signal, dass die EU-Kommission im Rahmen ihrer Finanzmarktreform auch eine „Strategie zur nachhaltigen Finanzwirtschaft“ vorantreibt.

Drittens: Umweltinnovationen brauchen mehr Unterstützung bei der Markteinführung. Die Forschung hat bei uns einen hohen Stellenwert. Dabei übersehen wir aber viel zu oft, dass für innovative Produkte der Sprung in den Markt oft die eigentliche Hürde darstellt. Dazu gehört eine gezielte Anreizpolitik, die technologische Innovationspfade eröffnet, ebenso wie Innovationspartnerschaften mit den für den Strukturwandel maßgeblichen Branchen und Unternehmen.

Am Beispiel der Mobilität werden die Herausforderungen gut deutlich: Allen ist klar, die Zeit des Verbrennungsmotors geht zu Ende – in entwickelten Industrieländern schneller als im Rest der Welt, in Städten früher als auf dem Land. Aktuell verdienen die Automobilunternehmen mit den Technologien des letzten Jahrhunderts noch ihr Geld. Gleichzeitig müssen sie sich technologisch mehrgleisig aufstellen und ihre Wertschöpfungsketten völlig neu organisieren: von der Energiebasis über die Infrastruktur, den Antriebsstrang, die Zulieferindustrie, von Bildung und Ausbildung zu Service, Handwerk und Dienstleistung. Neue Geschäftsfelder entstehen in der Produktions-, aber vor allem in der Nutzungsphase des Autos. Um die Dekarbonisierung des Verkehrs zu erreichen, müssen wir ihn noch enger mit der Energiewende verbinden – auch hierfür ist eine größere Technologievielfalt notwendig.

Entscheidungen auf EU-Ebene und Beispiele aus dem Ausland zeigen, wie das möglich ist. Und wir brauchen mehr, vielleicht auch kreativere Unterstützung durch die öffentliche Hand. Das gilt für Starthilfen bei umweltorientierten Neugründungen, besser ausgestattete Innovations-Fonds, Innovations-Cluster und Reallabore. Dazu gehört auch die Förderung von sogenannten „disruptiven Technologien“. Stahl kann zum Beispiel auch mit erneuerbarem Wasserstoff hergestellt werden – statt mit Kohle. Hier gibt es bereits eindrucksvolle Vorhaben auch deutscher Unternehmen.

Viertens: Auch Unternehmen haben eine Verantwortung. Ökologisches und soziales Handeln wird für Kundinnen und Kunden immer wichtiger. Die Transparenz von Ge-

schäftsmodellen ist ein Gebot der Stunde. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu wissen, was sie kaufen und konsumieren – und sie fordern es immer stärker ein.

Ich würde mir wünschen, dass sich die Ambitionen in diesem Bereich auch in Deutschland noch steigern. Das ist ganz sicher auch im Interesse der Wirtschaft selbst. Nachhaltiges Wirtschaften bringt Wettbewerbsvorteile, denn Vertragspartner, Kunden und Investoren achten mehr denn je auf die Wertschöpfungsketten. Sie setzen immer stärker ethisch verantwortungsvolles Handeln voraus. Und bei zunehmendem Fachkräftemangel ist es ein Wettbewerbsvorteil, wenn man engagierte Fachkräfte mit verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln gewinnen und motivieren kann.

Fünftens: Energiewende und Klimaschutz haben das Potenzial, wieder zu einem gemeinsamen Fortschrittsprojekt zu werden. Die Rahmenbedingungen und die Anforderungen an eine erfolgreiche Energiewende verändern sich. Immer mehr Akteure wollen an der Energiewende mitwirken. Ehemalige „Energie-Nachfrager“ werden selbst zu „Anbietern“. Das reicht von Privathaushalten über kommunale Betriebe und Mobilitätsunternehmen bis hin zum Stahlproduzenten. Die volkswirtschaftlichen Potenziale einer dezentralen Energiewende müssen noch stärker in unseren Fokus rücken.

Es ist daher Zeit für eine Debatte über die Neujustierung der Instrumente und Ziele unserer Energie- und Klimapolitik. Wir brauchen eine offene Diskussion über die Lasten des gegenwärtigen Abgabe- und Umlagesystems, über einen sektorübergreifenden und innovationsfreundlichen Rahmen, über eine flexible Nutzung erneuerbarer Energien und die Fokussierung unserer Instrumente auf die Vermeidung von CO₂. Der gegenwärtige ökonomische Rahmen für die Energiewende fördert die kostengünstige Erreichung der Klimaziele nur unzureichend. Die Debatte über die Bepreisung fossiler Energieträger sollten wir offen und zielorientiert führen.

Wirtschaft mit Zukunft

Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD heißt es: *„Wir wollen eine Gesellschaft, in der Dynamik und Innovation Fortschritt schafft. Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein.“*

Um die Zukunft in diesem Bereich zu gestalten, brauchen wir Mut, vielleicht sogar mehr Mut als bisher und wir brauchen wieder ein übergreifendes politisches Leitbild, das langfristige Orientierung gibt.

Das gewährleisten wir, wenn wir nachhaltiges Wirtschaften stärken. Dazu gehören verbindliche umweltpolitische Standards, ein positives Investitions- und Innovationsumfeld, eine faire und regelbasierte Handelspolitik, eine nachhaltige Finanzpolitik und die Energiewende. Wenn wir Klimaschutz als Fortschrittsprojekt ernst nehmen, können wir Innovationen als Wettbewerbsvorteil nutzen und damit langfristig als Industriestandort erfolgreich bleiben.

Unser gemeinsames Ziel ist nichts Geringeres als der Schutz unserer Lebensgrundlagen: ein stabiles Klima, saubere Luft, sauberes Wasser und eine intakte Natur. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies nur gelingen kann, wenn wir auch in der Wirtschaftspolitik, in der Finanz- und in der Haushaltspolitik die Hebel in Richtung Nachhaltigkeit umlegen. Dazu braucht es einen klaren sozialdemokratischen Kompass, der ökologische Verantwortung, ökonomische Vernunft und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit miteinander verbindet. ■

Europäische Industriepolitik – Notwendigkeit und Wirklichkeit

von Bernd Lange¹

I Ohne Industrie nix los

In vielen ihrer Industriezweige zählt die EU zu den Weltmarktführern (z. B. Automobile, Chemie, Maschinenbau). Insbesondere in Bereichen mit hoher Wertschöpfung, geringem CO₂-Ausstoß und hochentwickelten Produkten und Dienstleistungen hält die EU im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle inne. Der industrielle Sektor ist auch für den europäischen Außenhandel von großer Bedeutung: Der Anteil der Industrie an den EU-Exporten beträgt 68 Prozent (2017). Die europäische Industrie stützt sich auf den weltgrößten Binnenmarkt, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und robuste inner- und außereuropäische Wertschöpfungsketten. Allein im verarbeitenden Gewerbe ist die Wertschöpfung seit 2009 um 23 Prozent gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft erhöhte sich leicht von 14,7 Prozent auf 16,1 Prozent (EU28, 2017). Die Industrie der EU bietet über 30 Millionen direkte Arbeitsplätze. Jeder Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe generiert bis zu 2,5 weitere Arbeitsplätze. Während zwischen 2009 und 2013 die Beschäftigtenzahlen in der Industrie zurückgingen, wurden seit 2013 mehr als 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in dem Sektor geschaffen. Die hohe Bedeutung der Industrie für Europa ist also nicht zu bestreiten. Dank ihrer Schlüsselrolle für Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, ist die Industrie das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und des Wohlstands in der EU.

II Zentrale Herausforderungen

Die sehr gute Position der europäischen Industrie ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. Tiefgreifende Veränderungen stellen den industriellen Sektor vor große Herausforderungen:

a) Vernetzte Wertschöpfungsketten und nationalistischer Protektionismus

Wir leben in Zeiten von international hochgradig vernetzten Wertschöpfungsketten. Diese verändern den traditionellen Produktionsprozess, führen dazu, dass auch Importe immer wichtiger werden und steigern die Abhängigkeit zwischen den Ländern dieser Welt – bis zu 40 Prozent der europäischen Industrieprodukte werden heute aus eingeführten Vorerzeugnissen hergestellt. Gehandelt werden überwiegend nicht mehr Fertigwaren zwischen einzelnen Staaten. Produkte überschreiten im Fertigungsprozess mehrmals die Grenzen und Produktionsnetze legen sich über viele Staaten. 70 Prozent des Außenhandels sind heute Teil von globalen Fertigungsketten. Durch die Digitalisierung der industriellen Wertschöpfungskette werden Produktion, Maschinen, Beschäftigte und Kunden noch intensiver und grenzüberschreitend miteinander vernetzt. Angesichts dieser Entwicklung müssen Wertschöpfungsketten heute stärker multilateral gestaltet werden. Gemeinsame Standards, regulatorische Kooperation, Klima- und Verbraucherschutz, Umwelt- und Arbeitsbedingungen bilden wichtige neue Gestaltungsaufgaben. Leider sehen wir uns statt in einem Zeitalter des aufgeklärten Multilateralismus in einer Phase nationaler Alleingänge und Egoismen. Donald Trumps „America first“ und sein Durchbrechen der internationalen Handelsregeln der Welthandelsorganisation untergraben jedoch einen regelbasierten Welthandel. Für die exportorientierte europäische Industrie kann dies Investitions-Stopps, rückläufige Marktanteile und Arbeitsplatzverluste bedeuten. Allein innenpolitisch motiviert und aufbauend auf der Idee, durch Druck und Drohgebärden Zugeständnisse erzwingen zu können, schafft Trump zunehmend Unsicherheit und untergräbt eine regelbasierte Handelsordnung. Dies ist nicht akzeptabel und erfährt den klaren Widerstand von Sozialdemokrat_innen. Die Geltung des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren kann

¹ Bernd Lange, MdEP, ist Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel.

die internationale Zusammenarbeit erhalten. Es ist daher unerlässlich, dass die internationale Gemeinschaft geltendes Recht sicherstellt und die Welthandelsorganisation (WTO) stabilisiert und weiterentwickelt werden muss.

b) Globaler industriepolitischer Druck

Prognosen zufolge werden 90 Prozent des Wirtschaftswachstums ab 2020 außerhalb von Europa stattfinden (2016). Industriepolitische Weichenstellungen seitens Europas Konkurrenten setzen die europäische Industrie vermehrt in den Marktsegmenten unter Druck, in denen die EU führend ist. Insbesondere „Made in China 2025“, welches auf die technologische Unabhängigkeit Chinas abzielt, spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Mindestens in zehn Schlüsselsektoren soll der Durchbruch erfolgen: neue Informationstechnologien, High-End-numerische Maschinenwerkzeuge und Industrieroboter, Luft- und Raumfahrzeuge, Meerestechnik-Ausrüstung und High-End-Schiffe, High-End-Schienenverkehrstechnik, energiesparende Autos und neue Energie-Autos, elektrische Ausrüstung, Landwirtschaftsmaschinen, neue Werkstoffe, Bio-Medizin und High-End-medizinische Geräte. Es werden dabei klare Vorgaben für den Marktanteil chinesischer Firmen am Heimatmarkt gemacht. Für E-Autos heißt dies z.B. für 2020 70 Prozent und für 2025 80 Prozent. Entsprechend leiten sich konkrete Politikmaßnahmen ab, etwa in Forschung, Innovation und beim Automobil eine Quote.

Diese ehrgeizige industriepolitische Strategie stellt eine ernsthafte Konkurrenz für entwickelte Industriestaaten dar. Neben der systematischen Ausrichtung auf globales Wachstum und der Stärkung der eigenen industriellen Basis, investieren chinesische Firmen stark in der EU, um Technologielücken zu schließen. Ausländische Direktinvestitionen in der EU haben große Bedeutung für Wachstum, Beschäftigung und Innovation, können jedoch in manchen Fällen im Widerspruch mit den Interessen der EU stehen. Europäische Firmen hingegen sind in China häufig weiterhin benachteiligt. Als Antwort auf das chinesische Handeln wird oft eine harte Reaktion vorgeschlagen. Dabei werden die Ent-

wicklungsnotwendigkeiten in China und auch das eigene Defizit ausgeblendet: das Fehlen einer eigenen europäischen Industriestrategie.

c) Digitale Revolution

Der Kampf um die technologische Vorreiterrolle ist längst in vollem Gange. Auch wenn europäische Unternehmen bei der Digitalisierung und Automatisierung von Schlüsselbranchen oft Spitzenpositionen einnehmen (z.B. Weltmarktanteil von 33 Prozent in der Robotik-Branche (2017)), spielt in Europa die Daten- und Plattformwirtschaft bisher keine große Rolle. Kleine und mittlere Unternehmen, welche 99 Prozent der europäischen Unternehmen darstellen, hinken im Bereich der Digitalisierung stark hinterher. Insgesamt weist nur ein Fünftel der Unternehmen in der EU einen hohen Digitalisierungsgrad auf (2017). 35 Prozent der Arbeitskräfte fehlt es an digitalem Know-how. Im IKT-Bereich herrscht weiterhin Fachkräftemangel und während die Konkurrenten der EU verstärkt in die Modernisierung der Industrie investieren, vergrößert sich die Innovationslücke gegenüber Südkorea und Japan (2017).

d) Nachhaltigkeitserfordernisse

Jede und jeder kennt die Binsenweisheit der Notwendigkeit der Sicherung unserer ökologischen Lebensgrundlagen. Es geht aber darum, konsequent die 2015 international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Politik und Industrie zu integrieren und mit verbindlichen Durchsetzungsmechanismen zu versehen. Dies erfordert erhebliche Anstrengungen, z.B. in der Mobilitätswirtschaft oder im Energiesektor. Es liegen natürlich auch Chancen für Innovation und Wettbewerbsvorteile in diesem Ansatz. Die japanische Industrie geht hier z.B. mit einem klaren Bekenntnis und einer Selbstverpflichtung voran.

III Mängel beim industriepolitischen Handeln der Europäischen Kommission

Zur Stärkung der industriellen Basis und der Wertschöpfung der EU, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Schutz und Entwicklung der zahlreichen durch die Indus-

trie generierten Arbeitsplätze, ist eine koordinierte, kohärente und durch konkrete Maßnahmen geprägte Industriepolitik erforderlich. Das Europäische Parlament hat in der Vergangenheit wiederholt solch eine Industriestrategie eingefordert. (2011, 2016 und 2017).

Die jüngste industriepolitische Mitteilung der Europäischen Kommission „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie. Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ vom September 2017 hat zwar nun den Anspruch, alle bestehenden horizontalen und sektorspezifischen Initiativen zu ordnen, Schwerpunkte bei Schlüsseltechnologien zu setzen, sowie einen verstärkten Dialog mit relevanten Stakeholdern zu etablieren, bleibt jedoch weiterhin deutlich hinter den Möglichkeiten einer europäisch organisierten Industriepolitik zurück. Dabei lässt Artikel 173 (2) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) der EU-Kommission weit mehr Spielraum: Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle

Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind, insbesondere Initiativen, die darauf abzielen, Leitlinien und Indikatoren festzulegen, den Austausch bewährter Verfahren durchzuführen und die erforderlichen Elemente für eine regelmäßige Überwachung und Bewertung auszuarbeiten. Das Europäische Parlament wird in vollem Umfang unterrichtet.

Davon kann bisher bedauerlicherweise immer noch nicht die Rede sein. Die industriepolitische Mitteilung ist vermehrt beschreibenden Charakters und enthält eine Auflistung bestehender oder geplanter Initiativen ohne einen Rahmen zu setzen. Selbst der Ministerrat geht hier in seinen Schlussfolgerungen „Strategie für die Industriepolitik der EU“ vom März 2018 weiter. Die Mutlosigkeit der Europäischen Kommission ist alarmierend, benötigt die europäische Industrie doch insbesondere in Zeiten großer Veränderung stabile und kohärente Rahmenbedingungen und eine überzeugende Gestaltung notwendiger Transformationen. Vor allem muss es nun darum gehen, verstärkte Investitionen zu tätigen und die Innovationskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

Dietz Berlin

Rosa Luxemburg. Die Biografie als Comic.

Das perfekte Buch für Sozialistisch-Neugierige ... Was Rosa Luxemburg geschrieben und vorhergesagt hat, ist heute unheimlich relevant.
John Yohe, »Comics Bulletin«

Rosa
Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg
Kate Evans

Kate Evans: **Rosa**
Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg
228 Seiten | 20,00 €
ISBN 978-3-320-02355-3

Bestellen
info@dietzberlin.de
Karl Dietz Verlag Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

nehmer zu fördern. Deren breite Beteiligung, starke Gewerkschaften sowie eine ausgeweitete Mitbestimmung sind zentrale Elemente, um der Transformation unserer Arbeitswelt bestmöglich zu begegnen. Sicherlich gibt es richtige Ansätze, wie den EFSI², den Start für eine Innovationsoffensive. Er bleibt aber ohne klare strategische Ausrichtung und vom Volumen deutlich hinter den Notwendigkeiten zurück. Ökologisch und sozial notwendige und nachhaltige Projekte sind anzugehen, wie z.B. in der Energieinfrastruktur, Gebäudesanierung und Mobilitätsinfrastruktur.

Die Verknüpfung zwischen interner Industriepolitik und einer Handelspolitik mit industriepolitischer Ausrichtung bleibt rein beschreibend. Dabei unterstützt Handelspolitik eine gute Industriepolitik, Handel ist kein Selbstzweck. Eine stabile und faire Gestaltung der globalen Wertschöpfungsketten ist zentral. Leider zeichnet sich gegenwärtig kaum ab, dass man viele Fortschritte bei der Vereinbarung wichtiger Themen multilateral im Rahmen der WTO erzielen könnte. Bilaterale Handelsabkommen bleiben deshalb eine wichtige, zweitbeste Lösung, um mit Partnerländern hinsichtlich der für die industrielle Produktion wichtigen, über den aktuellen Stand der WTO hinausgehenden, Themen Vereinbarungen zu treffen. Dazu zählen Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz genauso wie die Anerkennung internationaler Standards, z.B. die der UNECE³, und eine freiwillige Kooperation in zukünftigen Regulierungsfragen, sowie hohe Verbraucherschutzstandards. Sozialdemokrat_innen haben Instrumente in Handelsverträgen erstritten, mit denen Schritt für Schritt Arbeitsbedingungen in Drittländern verbessert werden können. Dazu gehören u.a. die Anerkennung und Umsetzung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Ebenso steht für uns außer Frage, dass zu einem fairen Handel die Einhaltung grundlegender Umweltschutzstandards und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Handelsabkommen gehören. Dies fordern wir von allen Handelsabkommen.

Sie müssen nicht nur zentrale Prinzipien verankern, sondern tatsächlich durchgesetzt werden. Wir haben hierzu eine Debatte angestoßen und ein modernes Modellkapitel vorgelegt. Das Europäische Parlament hat 2017 zwei wichtige industriepolitische Gesetzgebungen zu den sog. Trade Defense Instruments (TDI) abgeschlossen. Es wurde eine Methode entwickelt, die aufdecken soll, wann Handelspartner durch künstliche Niedrigpreise unsere Industrie in einen ruinösen Wettbewerb zwingen wollen (Dumping). Zugleich wurden die Abläufe unserer Handelsschutzverfahren grundlegend modernisiert. In Zukunft können wir als EU schneller, effektiver und transparenter gegen Dumping und Subventionsmissbrauch vorgehen und für Fair Play sorgen. Besonders wichtig: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben weltweit erstmalig dafür gesorgt, dass die Nichteinhaltung von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards zukünftig auch als Dumpingkriterien gelten. Ein europäischer Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU ist zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat in der Verhandlung und die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen China und der EU werden konkreter. Hier geht es darum, reziproke Bedingungen zu schaffen und insbesondere Themenfelder wie Enteignung, Inländerbehandlung, faire und gerechte Behandlung und nachhaltige Entwicklung zu behandeln.

IV Kernindustrie in Zeiten des Wandels

Die Automobilindustrie im Transformationsprozess

Der Automobilsektor bildet mit über 12 Millionen Arbeitsplätzen den Kernwirtschaftszweig der EU. Dieser befindet sich in einer nie dagewesenen Transformation, welche sich in der verstärkten Infragestellung des globalen Handels und der wachsenden internationalen Konkurrenz, aber auch in der schnellen Verschärfung des regulatorischen Rahmens und dem grundlegenden Strukturwandel durch E-Mobilität, der Digitalisierung und neuen Mobilitätskonzepten begründet. Veränderung des Antriebstrangs und Steigerung der Produktivität können zu hohen Arbeitsplatzverlusten

2 Europäische Fonds für strategische Investitionen.

3 United Nations Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen).

bzw. Verlagerungen führen. Eine zukunftsorientierte Automobilindustrie ist für die EU, ihre Wertschöpfung und die zahlreichen, an den Sektor geknüpften, guten Arbeitsplätze aber unabdingbar. Hier liegen in vier Bereichen zentrale europäische Handlungsnotwendigkeiten, um Investitionen in eine nachhaltige Automobilindustrie in Europa zu sichern: Zum einen ist der Abschluss fairer bilateraler und plurilaterale Handelsabkommen von großer Bedeutung. Solche Abkommen sollten den Fokus auf den Abbau wettbewerbsverzerrender Regelungen, die Vereinbarung internationaler Standards (z.B. der UNECE) und zukunftsgerichtete Vereinbarungen (wie z.B. die gemeinsame Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und die SDGs) legen. Die Abkommen müssen sowohl die mit der Digitalisierung einhergehenden Erfordernisse (z.B. Dataflow und Datenschutz) als auch verbindliche und dursetzbare Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards beinhalten. Ein guter Ansatz findet sich in dem sich nun in der Ratifizierung befindenden Abkommen mit Japan, in dem viele dieser Anforderungen umgesetzt wurden. Die Sozialdemokrat_innen erwarten bei der Stärkung von Arbeitnehmerrechten und beim Datenschutz noch Ergänzungen. Hinsichtlich einer umweltgerechten Transformation sind klare, langfristige, anspruchsvolle und solide politische Rahmenbedingungen für die Automobilbranche und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerlässlich. Sie können als internationale Treiber fungieren und Investitionen in der EU ankurbeln. Des Weiteren bilden stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung eine Grundvoraussetzung für den Erhalt der technologischen Führungsrolle und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. In diesem Zusammenhang sind adäquate Rahmenbedingungen, die den Innovationen den Weg in den Markt ermöglichen, von wesentlicher Bedeutung. Ein weiteres zentrales Element- insbesondere in Zeiten des Wandels- stellen die Qualifizierung und Weiterbildung der europäischen Beschäftigten sowie die Einbindung der Gewerkschaften dar. Im Rahmen von veränderten Standorten und neuen Mobilitätsangeboten muss der engen Einbeziehung der Betriebsräte und Gewerkschaften höchste Priorität eingeräumt werden, um gute Arbeits-

bedingungen entlang alter und neuer Wertschöpfungsketten sicherzustellen.

Darüber hinaus ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilbranche die Entwicklung und Herstellung von Batterien eine Schlüsseltechnologie. Die EU hat bereits in der Vergangenheit Mittel für die Batterieentwicklung eingesetzt. Durch Initiativen im Bereich Forschung und Entwicklung konnten die Leistungsfähigkeit der Batterien verbessert und ihre Kosten gesenkt werden. Aber eine vollständige Batterie-Wertschöpfungskette steht noch aus. Die Zellproduktion wird derzeit vor allem durch Japan, Korea und China dominiert. Prognosen zufolge könnte der Batteriemarkt in Europa ab 2025 bis zu 250 Milliarden Euro schwer sein. Allein zur Deckung dieses Bedarfs würde die EU 10 bis 20 Giga-Firmen für die Batteriemassenerstellung benötigen. Der im Mai vorgestellte „Strategische Aktionsplan für Batterien“ ist daher zu begrüßen, darf jedoch keine Sammlung frommer Worte bleiben.

Digitalisierung und technologischer Wandel in der Industrie

Eine ungezügelter Digitalisierung kann zu großen Brüchen führen, die Gestaltung der Digitalisierung bietet hingegen viele Chancen. Im Zuge des digitalen Wandels muss für die europäische Industrie ein verlässlicher und stabiler politischer Rahmen geschaffen werden. Denn Investitionen, Aus- und Weiterbildungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie eine verstärkte Koordinierung zwischen allen relevanten Akteuren müssen stabil organisiert werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen verstärkt in den Prozess eingebunden werden. Klare Regelungen für den innereuropäischen und grenzüberschreitenden Datenfluss, das Recht der Datennutzung und den personenbezogenen Datenschutz sind von wesentlicher Bedeutung. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen verhindert nicht nur eine Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts. Die EU kann und muss auch technische Standards setzen.

Unser europäisches Sozialsystem ist geprägt von Mitbestimmung und tarifvertraglichen Re-

gelingen. Die industrielle Entwicklung in Europa zeichnet sich durch die Einbindung der Ideen und Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Gewerkschaften aus. Die Digitalisierung der Industrie, welche aufgrund all der mit ihr verknüpften Veränderungen starke Verunsicherungen bei den europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit sich bringt, kann nur gelingen, wenn eine enge Einbeziehung der Gewerkschaften gewährleistet ist. Der digitale Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt müssen bestmöglich antizipiert, Fachkompetenzen entwickelt und Bedingungen für Gute Arbeit in den neuen Produktionskontexten sichergestellt werden. Es gilt, die Europäische Säule sozialer Rechte weiterzuentwickeln und zu stärken – wir brauchen einen sicheren Rahmen für die soziale Sicherung für jede und jeden und eine bessere Kontrolle der Einhaltung dieser Rechte. Die im Zuge des digitalen Wandels aufgeworfenen Fragen in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse und Sozialschutz verlangen dringend nach Antworten.

Darüber hinaus müssen Steuerregelungen den Entwicklungen der digitalen Wirtschaft angepasst werden. Die Regeln dürfen nicht mehr nur auf die klassischen Unternehmensformen zugeschnitten sein, sondern müssen auch den Modellen der digitalen Wirtschaft Genüge tragen. Es ist gut, dass Europa bei diesem Thema vorangeht – Steuergerechtigkeit muss endlich auch bei Digitalunternehmen herrschen.

Aufgrund der Korrelation von Marktmacht und Datenbesitz (z.B. Facebook, Google) muss sichergestellt werden, dass genug offene Infrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen besteht. Eins ist klar: Das europäische Wettbewerbsrecht muss vor dem Hintergrund der veränderten wirtschaftlichen Strukturen angepasst werden und auch im digitalen Bereich konsequente Durchsetzung finden. Gut und richtig ist, dass die Europäische Kommission gegen Google wegen rechtswidriger Praktiken zur Stärkung seiner marktbeherrschenden Stellung vorgegangen ist. Es darf nicht sein, dass der Wettbewerb beeinträchtigt und Innovationstätigkeiten und Konkurrenzfähigkeit ausgebremst werden. Ein transparenter und

diskriminierungsfreier digitaler Binnenmarkt ist für die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher, kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups von immenser Bedeutung.

V Zum Schluss

Wir benötigen also dringend die richtigen Weichenstellungen. Ein koordiniertes und kohärentes industriepolitisches Vorgehen in der EU mit konkreten, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit verbindenden Maßnahmen sind unerlässlich. Dabei ist insbesondere im digitalen Zeitalter die Einbeziehung von Gewerkschaften zur Sicherung von Guter Arbeit und Qualifikationsentwicklungen unabdingbar. Zu einer europäischen Industriepolitik gehört die Entwicklung der sozialen Säule integral dazu. Weder in der Industriepolitik, noch in der EU-Politik insgesamt, ist ein Silodenken zeitgemäß. Insofern ist ein klarer Aktionsplan ganz im Sinne des Artikel 173 (2) AEUV zu fordern, der eine kohärente Industriepolitik beschreibt, Ziele bis 2030 setzt, Leitlinien formuliert, konkrete Maßnahmen vorsieht und Indikatoren zur Überprüfung einführt. So können Reindustrialisierung und Transformation angegangen werden, damit das 2012 festgeschriebene Ziel der EU, den Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP der EU bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen, der Wirklichkeit näherkommt. ■

Die Lehman-Pleite vor zehn Jahren

von Arne Heise¹

Vor zehn Jahren nahm mit der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers die größte weltwirtschaftliche Verwerfung nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ihren Ausgang. Es war dabei nicht die schiere Größe der Bank – Lehman-Brothers war keineswegs die größte Investmentbank der USA und im Vergleich zu den Universalbanken sogar eher klein –, die von Bedeutung war. Es war das Geschäftsmodell, welches mit Lehman Brothers Pleite ging und die Gefahr der Insolvenz vieler weiterer Banken implizierte, die ähnliche Geschäfte gemacht hatten: Sie alle hatten einen regen Handel mit milliarden-schweren Kreditpaketen betrieben (‘structured securitisation’), die sich im Zuge der Immobilienkrise in den USA nach 2007 als zunehmend ausfallgefährdet (‘toxisch’) erwiesen. Mit der Lehman-Pleite schwand nicht nur schlagartig das Vertrauen der Sparer und Anleger in ihre Bankeinlagen – es drohte also ein ‚Run‘ auf die Banken. Vielmehr litt auch das Vertrauen der Banken untereinander dramatisch. Damit aber brach die Kreditvergabe zwischen den Banken, unverzichtbar für die kurzfristige Liquidität des gesamten Bankensystems, fast vollständig zusammen. Nur das beherzte Eingreifen der Regierungen und Zentralbanken weltweit verhinderte den kompletten Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems. Ein starker Einbruch der weltweiten Realwirtschaft – aufgrund abnehmender Konsum- und Investitionstätigkeit und erlahmender Kreditvergabe-bereitschaft der Banken – und eine als Staatsschuldenkrise verortete Gefährdung des Zusammenhalts der Europäischen Währungsunion konnten aber nicht abgewendet werden.

Im unmittelbaren Erlebnis der Instabilität der internationalen Finanzmärkte wurde der Glaube an deren Effizienz massiv hinterfragt, die Deregulierungspolitik der vergangenen Dekade als Ursprung der krisenhaften Entwicklung ausgemacht und zahlreiche Re-

formen eingefordert:

Dies begann mit einer obligatorischen institutionellen Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, ging über die Hinterfragung des Nutzens von Finanzinnovationen (z.B. der Verbriefung von Krediten) bis hin zur Verstaatlichung des Bankensystems (damit nicht immer die Gewinne bei den Privaten, die Verluste aber bei der Gesellschaft verbleiben). Nachdem sich der erste Wirbel gelegt hatte, blieb recht wenig an tatsächlich verschärfter Regulierung übrig: Im Rahmen der ‚Europäischen Bankenunion‘ wurde die Finanzmarkt- und Bankenkontrolle in der EU vereinheitlicht und auch leicht verschärft. Mit den Basel-III- und IV-Bestimmungen wurde die Eigenkapitalausstattungspflicht der Banken erhöht. Die Boni-Zahlungen für Manager wurden begrenzt. Die Anforderungen an Einlagesicherungsfonds wurden verschärft. Insgesamt trat bei Politik und Wissenschaft verstärkt die Möglichkeit der Instabilität der Finanzmärkte ins Bewusstsein und eine vorbeugende Überwachung (‘makroprudentielle Regulierung‘ z.B. durch so genannte Banken-Stresstests und Bankenabwicklungsverfahren) wurde installiert. Weit(er)reichende Maßnahmen aber blieben bis heute aus und in den USA hat Präsident Trump längst wieder eine Deregulierungsphase eingeleitet (der so genannte Dodd-Frank Act, in dem ähnliche Regulierungsmaßnahmen wie in der EU zusammengefasst sind, steht zur Disposition).

Um auch nur ansatzweise beurteilen zu können, ob die äußerst maßvolle Finanzmarktregulierung zielführend und hinreichend war, müssen wir zunächst noch einmal die Ursachen der Weltfinanzkrise beleuchten: Sicher war es in erster Linie die übermäßige Vergabe an Immobilienkrediten im so genannten ‚subprime‘-Segment, also für Kreditnehmer, die weder die Verzinsung ihrer Kredite noch deren Tilgung leisten konnten, die mit dem Platzen der Immobilienpreis-Blase ab 2007 zu einem Reißen von Kreditketten führten. Für dieses unglaubliche Verhalten der Banken waren sicher auch



¹ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

die Anreizsysteme (Boni-Zahlungen nach Kreditumsatz) mitverantwortlich. Aber weder eine Begrenzung der Boni-Zahlungen, noch höhere Eigenkapitalquoten und eine verbesserte Bankenaufsicht hätte die Lehman-Pleite und die nachfolgende Weltfinanzkrise verhindert, denn der Kern des Problems lag anderswo: Einerseits konnten es sich die Banken nur erlauben, in derartig unverantwortlicher Weise auf weiteres Steigen der Immobilienpreise (als Sicherungsgrundlage ihrer Kreditvergabe) zu wetten, weil sie schlussendlich nicht mehr in der Verantwortung standen, als die Immobilienblase platzte. Dies war nur möglich, weil sie die eingegangenen Risiken in Finanzderivaten zu unübersichtlichen Finanzpaketen bündeln und dann scheinbar weiterverkaufen konnten. Erst die vollkommen ungeprüfte Zulassung von Finanzinnovationen – die angeblich die Liquidität des Marktes erhöhen und die Allokationseffizienz verbessern sollten – ermöglichte die Verschleierung von Risiken in ungeahnter Weise. Eine greifende Finanzmarktregulierung muss deshalb zwingend Finanzinnovationen unter Legitimierungsdruck setzen und erst nach dem Nachweis der Unbedenklichkeit genehmigungsfähig machen.

Aber auch die Finanzinnovationen allein hätten es den Banken noch nicht ermöglicht, ihre toxischen Kreditpakete profitabel am Markt zu platzieren. Bei unbekanntem Risiko hätten diese Papiere einen Preisabschlag akzeptieren müssen, der vermutlich das Eingehen der Risiken nicht gerechtfertigt hätte. Ein lukratives Geschäft wurde erst daraus, nachdem die privatwirtschaftlichen Rating-Agenturen, die von den Anbietern der Kreditpakete selbst beauftragt wurden, in völlig fahrlässiger (wenn nicht krimineller) Weise eine Unbedenklichkeitsbescheinigung (also eine vollkommen unangemessene Risikobewertung) ausgestellt hatten. Es bedarf also zwingend eines regulatorischen Eingriffs in den oligopolistischen, von wenigen US-Ratingagenturen beherrschten Rating-Markt. Dabei muss nicht nur eine größere Anzahl von Wettbewerbern zugelassen werden, sondern auch eine Haftungsübernahme der Ratingagenturen vorgesehen sein, wenn künftig Risikoverschleierungen von einem Ausmaß, die tatsächlich die internationalen Fi-

nanzmärkte systemisch bedrohen, unmöglich gemacht werden sollen.

Schließlich muss jene Betrachtung des kapitalistischen Wirtschaftssystems stärker in Wissenschaft und Politik an Gewicht gewinnen, die die systematische Instabilität eines Finanzkapitalismus unter Bedingungen fundamentaler Unsicherheit beschreibt: Hyman P. Minsky hatte bereits in den 1980er Jahren – als Famas ‚Hypothesen effizienter Finanzmärkte‘² eine Deregulierungswelle lostrat – darauf verwiesen, dass der finanzmarktbasierter Kapitalismus inhärent instabil ist und zu periodischen Finanzmarktkrisen führen muss, die auch größere Ausmaße annehmen können (der Minsky'sche Superzyklus) als die üblichen Konjunkturkrisen³. Minskys Antwort auf diese Herausforderung war nicht der schlanke Staat, der auf deregulierte Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte setzt, sondern der starke, intervenierende Staat („big government“), der durch eigene Nachfrage und Umverteilungsmaßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hochhält und damit die Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft stärkt. Damit können Finanzmarktinstabilitäten und -spekulationen angesichts unsicherer und divergierender Zukunftserwartungen zwar niemals vollständig eingedämmt, wohl aber deren Ausmaß beschränkt werden. Dies umso mehr, wenn die oben angesprochenen Maßnahmen (z.B. ergänzt um eine Finanzmarkttransaktionssteuer) die Anreize und Potentiale für spekulative Geschäfte weiter beschränkt. ■

2 Fama, E.; Efficient Capital Markets. A Review of Theory and Empirical Work; in: The Journal of Finance, No.2 1970, S. 383 -417.

3 Minsky, H.P.; Can ‚It‘ happen again?. Essays on Instability and Finance, New York 1982; Minsky, H.P.; Stabilizing an Unstable Economy, New Haven/London 1986.

Die aktuelle Zahl 12,3

von Michael Reschke¹

12,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung in Deutschland können als Prekariat verstanden werden. Das sind rund vier Millionen Menschen! Dies ermittelte jüngst eine vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellte Studie, die ihre Forschungsfrage im Titel trägt (September 2018): „Existiert ein verfestigtes ‚Pekariat‘?“

Die einfache Antwort lautet: Ja. Die spannendere Antwort gibt Auskunft über den Umfang: eben die genannten rund 12 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Die dritte und mindestens genauso spannende und in jedem Fall notwendige Antwort erläutert, was unter diesem schillernden Begriff Prekariat eigentlich zu verstehen ist. Es gibt kaum eine gewerkschaftliche Rede, sozial- und arbeitspolitisches Positionspapier oder gesellschaftliche Gegenwartsanalyse, die ohne ihn auskommt. Welcher analytische Gehalt verbirgt sich in der Kategorie Prekariat jenseits der aufgeladenen und vielfachen Nutzung als politischer Kampfbegriff?

Die Studie geht dieser Begriffsbestimmung anhand verschiedener Perspektiven nach. Die erste Klarstellung bezieht sich auf die Verortung des Prekariats: auf der einen Seite stehen die etablierten und abgesicherten Beschäftigten auf dem ersten Arbeitsmarkt, auf der anderen die Langzeitarbeitslosen und Exkludierten.

Die zweite Klarstellung geht der Dauer der Prekarität nach: mit prekär sind hier nicht zeitweise befristete Arbeitsverträge oder übergangsweise Niedriglohn- und Leiharbeitsphasen gemeint, sondern dauerhafte Zustände.

Die dritte Klarstellung geht wiederum dem Ausmaß der Prekarität nach: nicht allein die beispielhaft genannten Beschäftigungsindikatoren werden herangezogen sondern ebenso die

Haushaltslage, also Armut, beengte Wohnverhältnisse oder Überschuldung.

Und trotz dieser anspruchsvollen Definition kann im Ergebnis für den Untersuchungszeitraum 1993 – 2012 immer noch von rund vier Millionen Menschen gesprochen werden, die in einem Zehnjahreszeitraum in überwiegend prekären Umständen lebten!

Wer sind nun aber diese vier Millionen? Wie setzen sich die 12,3 Prozent der Erwerbstätigen zusammen? Hier bleiben die Überraschungen wiederum aus, die jeweiligen Anteile zeichnen aber ein eindrucksvolles Bild: 6,7 Prozent Frauen, in der Regel Mütter und häufig alleinerziehend und in schlechten oder keinen Jobs. 4,3 Prozent Väter, zwar in Dauerbeschäftigung aber im absoluten Niedriglohnbereich, die an der Familienversorgung scheitern. Und 1,3 Prozent Männer im jungen Alter ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Nochmal der Hinweis: diese insgesamt 12,3 Prozent sind streng gerechnet und beziehen sich allein auf das verfestigte Prekariat. Berücksichtigt man außerdem die zeitweise mit prekären Lebensumständen konfrontierten Menschen fällt die Anzahl dementsprechend höher aus.

Den Autorinnen und Autoren ist für die genaue Vermessung dieser schillernden, unscharfen Lebenslage zu danken. Gleichzeitig führen die Zahlen das leere Versprechen sozialer Stabilität, geschweige denn Aufstieg, durch Leistung vor Augen. Und sie verweisen schonungslos und klar auf die unzureichenden Marktinterventionen und Schutzmechanismen des deutschen Sozialstaats. ■

¹ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen

von Heinz-J. Bontrup¹

Mit meinem 2005 veröffentlichten Buch, *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*,² wollte ich eine neue Debatte hinsichtlich eines „angestaubten Relikts aus der Mottenkiste des Traditionssozialismus“ (Klaus Dörre) wiederbeleben. Der Haupttitel des Buches wurde sehr bewusst mit dem Dreiklang „Arbeit, Kapital und Staat“ gewählt, weil erstens das Fundament einer Wirtschaftsdemokratie auf der Arbeit der Menschen und dem aus der Arbeit entstehendem Kapital (der „toten Arbeit“ (Karl Marx)) sowie dem sich darüber erhebenden demokratisch verfassten Staat basiert. Zweitens sind „Arbeit, Kapital und Staat“ interdependent verknüpft. Und drittes ist entscheidend, dass eine dezentrale marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung aus einer völlig kontraproduktiven Dichotomie zwischen einem demokratisch verfassten staatlichen (politischen) Überbau und einer autokratisch, einseitig von Kapitaleigentümern beherrschten Wirtschaft, also aus einer Machtasymmetrie, besteht. Dabei „verträgt“ sich aber offensichtlich der Staat, in allen denkbaren gesellschaftlichen Herrschaftsformen, von einer Demokratie, über eine Monarchie bis zu einem faschistischen (verbrecherischen) Staat³ mit einer kapitalistischen Wirtschaft als Unterbau, in der das private Kapital von je her das alleinige Sagen beansprucht. Hier herrschen die Kapitaleigentümer durch das am Profitprinzip ausgerichtete „*Investitionsmonopol*“ (Erich Preiser) und durch die verfassungsrechtlich geschützte *unternehmerische Freiheit*. Aber auch, weil der abhängig Beschäftigte, der nur seine Arbeits-

kraft besitzt, darauf angewiesen ist, dass ihn ein Unternehmer am Arbeitsmarkt nachfragt.

Dennoch konnten die Gewerkschaften, zumindest in Deutschland, während einer kurzzeitigen Schwächephase des Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg – aufgrund der Verbandelung mit dem Hitler-Faschismus – aber 1951 immerhin eine qualifizierte unternehmensbezogene Mitbestimmung im *Montan-Mitbestimmungsgesetz* durchsetzen. Hier hat weder das Kapital noch die Arbeit das alleinige Sagen. Einigt man sich nicht, entscheidet eine von beiden Seiten in den Aufsichtsrat bestellte dritte (neutrale) Person. Diese wirkliche Mitbestimmung gilt aber nur noch für etwa 80.000 von insgesamt rund 40 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland. Sie ist also zu einer Marginalie geworden. Was nach dem *Montan-Mitbestimmungsgesetz* an Mitbestimmungsgesetzen⁴ zur Beschneidung der Kapitalmacht noch kam, war zwar wichtig, reichte aber nicht annähernd für eine gleichberechtigte Mitsprache, vor allen Dingen in wirtschaftlichen Fragen, in den Unternehmen aus. Dabei nannte schon 1979 der Ökonom Rudolf Hickel die *Demokratisierung der Wirtschaft* „die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart, aber vor allem auch der Zukunft. Denn erst mit der Demokratisierung der Wirtschaft werden die gesellschaftsstrukturierenden Machtzentren zurückgedrängt und einer direkten Planung und Kontrolle unterzogen. Gleichzeitig wird damit auch eine für die herrschende Staatsauffassung typische Dichotomie überwunden. Während das System der parlamentarischen Demokratie von der Idee lebt, es reiche aus, die politischen Strukturen eines Landes zu demokratisieren, fordert eine radikale – d.h. eine an den gesellschaftlichen Wurzeln ansetzende – Demokratisierung auch und eben die Einbeziehung der Wirtschaft.“⁵

1 Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Campus Recklinghausen und Gast-Professor an der Universität Siegen sowie Sprecher der 1975 gegründeten Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Am 21. März 2018 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande für sein wissenschaftliches Wirken und sein gesellschaftspolitisches Engagement für eine gerechtere Gesellschaft. Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung. Die vollständige Version des Artikels mit dem ungekürzten Abschnitt „Wirtschaftsdemokratie, Eigentum und Verfassung“ findet sich auf www.spw.de.

2 Vgl. Bontrup, Heinz-J., *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*, 5. Aufl., Köln 2013.

3 Vgl. Barkai, Avraham, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933 - 1936*, Köln 1977.

4 Das Betriebsverfassungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 und das Drittelbeteiligungsgesetz von 2004.

5 Hickel, Rudolf, *Die Demokratisierung des Unternehmens. Die Neo-marxistische Konzeption*, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.): *Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung*, Bonn 1979, S. 150.

Bis heute gibt es aber keine demokratische Unternehmensverfassung – der Mensch steht in den Unternehmen nicht im Mittelpunkt, sondern nach wie vor ausschließlich die Verwertung des Kapitaleinsatzes mit maximalem Profit bzw. Profitraten. Der Mensch ist hier fürs Kapital nur ein Mittel zum Zweck seiner Profitbefriedigung. Und dies: Obwohl nur der abhängig Beschäftigte im Produktionsprozess die notwendigen Werte schafft. Mehr als erwähnenswert ist dabei der Tatbestand, dass die gesamte Betriebswirtschafts- und auch die spezielle Personalwirtschaftslehre sich diesbezüglich einseitig dem Kapital verpflichtet fühlen und ernsthaft davon ausgehen, dass das „tote“ Kapital, dass Maschinen, Werte schaffen.⁶

Wirtschaftsdemokratie auf einzelwirtschaftlicher Ebene

Im Folgenden kann hier nicht ein holistisches Konzept einer Wirtschaftsdemokratie vorgestellt werden. Wirtschaftsdemokratie, zuerst von Fritz Naphtali 1928⁷ entwickelt und vor allen Dingen nach dem Zweiten Weltkrieg von Ota Šik konkret weiterentwickelt,⁸ umfasst nicht nur den Dreiklang aus Makro-, Meso(Markt)- und Mikroebene in der Wirtschaft,⁹ sondern auch eine dazu notwendige demokratische Staatstheorie als Überbau, und damit quasi die Entwicklung einer umfassenden Gesellschaftstheorie. Dies ist wissenschaftlich eine interdisziplinäre Herkulesaufgabe für Ökonomen, Politologen, Soziologen und Juristen, die bisher nach meinen Erkenntnissen noch nie angegangen wurde. Hier soll bescheiden nur auf die einzelwirtschaftliche Ebene eingegangen und dafür aber ein konkreter Versuch einer dringend benötigten *Wirtschaftsdemokratie* vorgestellt werden, die auch nach verfassungsrecht-

lichen Veränderungen verlangt. Dabei ist eine Erkenntnis unumstößlich: „Ohne Verschiebung ökonomischer *Machtstrukturen* in Richtung auf die Begrenzung der Macht des Kapital (auf einzelwirtschaftlicher Ebene) ist jede grundlegende Wirtschaftsreformpolitik zum Scheitern verurteilt. (...) Wirtschaftsdemokratische Reformen orientieren sich (daher) an den entscheidenden *Funktionsdefiziten* der gewinndeterminierten hochkonzentrierten Marktsteuerung,¹⁰ aber auch auf eine der gesellschaftlichen Mehrheit dienenden makroökonomischen Politik.

Auf der Marktebene muss es zu einer unanachgiebigen staatlichen Kontrolle von *Machtmissbrauch durch Unternehmen im Wettbewerb* kommen.¹¹ Wettbewerb, solange er auf Leistung aufbaut, ist zu schützen und durch eine nicht-wettbewerbliche Bereitstellung von öffentlichen Gütern der Daseinsvorsorge zu ergänzen. Auch ist eine Vergesellschaftung von Großkonzernen zu diskutieren; nicht immer ist dabei aber eine Zerschlagung ökonomisch aus Gründen von economics of scale sinnvoll. Und es muss auf der Marktebene dringend die neoliberal intendierte *Umverteilung* bei den primären Einkommen zugunsten einer kleinen vermeintlichen gesellschaftlichen Elite gestoppt werden. Auf der Makroebene ist durch eine entsprechende Steuerpolitik das bisher völlig ungleich verteilte Vermögen in Angriff zu nehmen.

Ohne eine gleichberechtigte *immaterielle und materielle* Partizipation zwischen Kapital und Arbeit in den Unternehmen, auf der einzelwirtschaftlichen Ebene, wird dies aber nicht möglich sein. „Will man eine wirkliche Selbstregierung des Volkes in allen wichtigen Angelegenheiten, dann geht es nicht an, große Teile des Wirtschaftslebens zur Privatsache zu erklären und für die Demokratie zur Sperrzone zu machen. Im Gegenteil: Wenn die Demokratie eine akzeptable und legitimierbare Form ist,

6 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Kritik der neoklassischen Theorie der Lohnfindung, in: Kleszczewski, Diethelm, Müller-Mezger, Steffi, Neuhaus (Hrsg.), Mindestlohn – (K)Ein gerechter Lohn?, Münster 2017, S. 74-76, Krell, Vergemeinschaftende Personalpolitik (Habil.), Mering 1994.

7 Vgl. Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Erstauflage 1928, wieder verlegt 1966 mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg (DGB-Vorsitzender) und einer Einführung von Otto Brenner (1. Vorsitzender der IG Metall), Frankfurt a.M. 1966.

8 Šik, Ota, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.

9 Vgl. dazu, wenn auch noch unvollkommen: Bontrup, Heinz-J., Arbeit, Kapital und Staat, a.a.O., des. Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus, in: UTOPIE kreativ, H. 186 (April 2006, S. 299ff, ders. Wirtschaftsdemokratie und sozialökologischer Fortschritt, in: WISO, Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Nr. 3/2012, S. 45ff.

10 Heseler, Heiner, Hinkel, Rudolf, Wirtschaftskrise, Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung, in: Heseler, Heiner, Hinkel, Rudolf, Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Über die Neuordnung ökonomischer Machtverhältnisse, Hamburg 1986, S. 30.

11 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Wo geht es hier bitte zur Marktwirtschaft?, a.a.O., S. 54ff, ders., Das Kartellrecht novellieren: Strafrechtliche Konsequenzen für Kartelltäter, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Geschäftspolitik, Ludwig-Erhard Stiftung Bonn, Heft 125, September 2010, S. 17ff.

um Staaten zu regieren, dann kann sie für die Führung von Unternehmen nicht von vornherein illegitim sein.¹² Otto Brenner, langjähriger Vorsitzender der IG Metall, konkretisierte und begründete 1961 noch einmal die Forderung nach mehr *Mitbestimmung in den Unternehmen*: „Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs- Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die *Demokratisierung der Wirtschaft*, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die *Verwendung ihrer Arbeitskraft* und der von *ihnen geschaffenen Werte*. Die Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine Demokratie im Wirtschaftsleben gibt. Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen.“¹³

Wirtschaftsdemokratische Umsetzungsnotwendigkeiten (Prämissen)

Um Wirtschaftsdemokratie auf der *einzelwirtschaftlichen Ebene* umzusetzen, bedarf es einer breiten und vertieften gesellschaftlichen Diskussion auf drei Ebenen:

- Erstens ist hier die subjektive Wertlehre zu nennen, die mit ihrer ökonomischen Mystifikation diametral zur *objektiven Arbeitstheorie* der klassischen Nationalökonomie steht.¹⁴
- Zweitens ist als Grundtatbestand der kapitalistisch systemimmanente Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit hinsichtlich der *Wertschöpfungsverteilung* zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen (Zins, Miete/Pacht und Gewinn) zu nennen.
- Und drittens das „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ (Erich Preiser).

Im Ergebnis dieser drei kapitalistischen Grundtatbestände und Widersprüche kommt es zu einer nicht akzeptablen systemimmanenten und -strukturellen Benachteiligung des „Faktors“ Arbeit. Schon 1516 schrieb der englische Lordkanzler, Sir Thomas Morus, in seinem Buch „Utopia“: „Vom Taglohn der Armen zwacken die Reichen täglich noch etwas ab – nicht nur durch private betrügerische Manipulationen, sondern auch aufgrund staatlicher Gesetze.“¹⁵ Daran hat sich vom Grundsatz bis heute nichts geändert. Den abhängig Beschäftigten steht immer noch nicht, trotz einer demokratischen Verfassung, der volle Gegenwert ihrer Arbeit zu. Die Abhängigen erhalten im Produktionsprozess nur einen Lohn für ihre Arbeitskraft, und selbst dieser ist häufig so niedrig, dass er weder zum Leben noch zum Sterben reicht. Der bekannte US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith spitzt den Ausbeutungsprozess der abhängig Beschäftigten zu und bezeichnet den kapitalistischen Vorgang als „plumpen Diebstahl“ an der Arbeiterschaft. Und der deutsche Jesuitenpater und Ökonom Oswald von Nell-Breuning machte dies noch einmal 1960 in seinem Buch „Kapitalismus und gerechter Lohn“ anhand der Verteilung der Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit deutlich, als er schrieb: „Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken

12 Krätke, Michael, Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie. Kritischen Interventionen 8, Hannover 2003, S. 58.

13 Brenner, Otto, Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a.M. 1972, S. 58.

14 Vgl. Fröhlich, Nils, Die Aktualität der Arbeitstheorie. Theoretische und empirische Aspekte, Marburg 2009.

15 Zitiert bei: Geißler, Heiner, Ou Topos. Suche nach dem Ort, den es geben müßte, 5. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2009.

den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozess denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“¹⁶

Wäre es anders, gäbe es keinen Gewinn, auch keine Zinsen, Mieten und Pachten, eben keine kapitalistischen Besitzeinkünfte und somit auch keine Ausbeutung. Die *Arbeitswerttheorie*, die Lehre von der Wertschöpfung durch produktive menschliche Arbeit, die dies zeigt, wurde von William Petty bereits im 17. Jahrhundert wissenschaftlich begründet, von Adam Smith und David Ricardo weiterentwickelt, und dann mit der Theorie des absoluten und relativen Mehrwerts von Karl Marx vollendet. Von Petty stammt der Satz: „Die Arbeit ist der Vater und das aktive Prinzip des Wohlstandes, so wie der Boden seine Mutter ist.“ Kapital entsteht erst aus der Kombination von Beiden. Das Kapital ist als vergegenständlichte („tote“) Arbeit zu seiner Verwertung auf die lebendige Arbeit des Menschen angewiesen. Dem steht die heute in der Wirtschaftswissenschaft herrschende *subjektive Wertlehre* der Neoklassik gegenüber, die gegen Ende des 19. Jahrhundert die Klassik ablöste. Hoben die klassischen Lehrmeinungen noch die wirtschaftliche Rolle der sozialen Klassen hervor, so waren jetzt Theorien, „die einen Konflikt anregten (...) unerwünscht. Theorien, die die Aufmerksamkeit vom Antagonismus der sozialen Klassen ablenkten, waren (dagegen) hoch willkommen.“¹⁷ Die Verteilung der arbeitsteilig produzierten Wertschöpfung wird dabei in der neoklassischen subjektiven Wertlehre unabhängig von der *Eigentumsfrage* (vgl. Kap. „Wirtschaftsdemokratie, Eigentum und Verfassung“) mit der *Grenzproduktivitätstheorie* aufgelöst, bei der jeder Produktionsfaktor (Arbeit, Boden und Kapital) gemäß seinem produktiven Beitrag für die jeweils letzte eingesetzte Einheit zum Gesamtprodukt entlohnt wird. Aus dem so entstehenden Einkommen Lohn,

Gewinn, Zins und Grundrente lässt sich dann immer die bestehende Einkommensverteilung – quasi durch einen Tautologieschluss – rechtfertigen. Jeder „Faktor“ schafft für sich einen eigenen Wert. Die menschliche Arbeitskraft wird damit den anderen Produktionsfaktoren Boden und Kapital gleichgestellt. Der Ökonom Otto Conrad hat diese Sicht als die „*Todsünde der Nationalökonomie*“¹⁸ bezeichnet und sich gegen eine solche Gleichstellung mit dem allein neuwertschaffenden Menschen verwahrt: Niemand käme auf die Idee, dass eine Geige „geigt“ oder ein Fernrohr „sieht“. Produktionsmitteln aber werde zur Verklärung (Mystifikation) der gesellschaftlichen Wertschöpfung eine eigenständige Leistung zugeordnet. Richtig ist dabei nur: Kapital und Boden geben zwar während des Produktionsprozesses einen Wert im Rahmen ihrer jeweiligen Nutzung ab, sie schaffen aber lediglich durch den Einsatz von menschlicher Arbeit einen entsprechenden Neuwert oder Mehrwert (Gewinn, Zins, Grundrente).

Außerdem gilt: In jedem Produktionsprozess kommen, neben einem Naturgebrauch, immer zwei Inputfaktoren zum Einsatz: Arbeit und Kapital. Mit nur einem Faktor ist kein Output, keine Wertschöpfung, möglich.

Arbeit und Kapital stehen in der Produktion interdependent zueinander und zur Hebung von ständig zu erhöhenden Arbeitsproduktivitäten wird Arbeit in einem laufenden *Rationalisierungsprozess* ständig durch Kapital substituiert, ohne dass letztlich ein vollständiger Ersatz gelingt. Und obwohl dies alles uneingeschränkt als ökonomisches Gesetz gilt, unterliegt im Kapitalismus der arbeitende vom Unternehmer abhängige Mensch dem entscheidenden „*Investitionsmonopol des Kapitals*“. Das heißt, nur das Kapital entscheidet *wann, wie und wo* investiert wird, womit dann ein Paradoxon vorliegt. Denn wenn mit nur einem Produktionsfaktor (dem Kapital) kein Output in der Produktion, also keine Wertschöpfung möglich ist, warum haben dann in den Unternehmen nur die *Kapitaleigner* über die Arbeitsnachfrage, den Ar-

16 von Nell-Breuning, Oswald, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg i.Br. 1960, S. 141.

17 Robinson, Joan, Eatwell, John, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, München 1974, S. 68.

18 Vgl. Conrad, Otto, Die Todsünde der Nationalökonomie, Leipzig/Wien 1934, S. 10.

beitseinsatz, Entlassungen, Investitionen und die Gewinnverwendung zu bestimmen?

Dies hat mehrere, aber in Demokratien, gesellschaftlich nicht akzeptable Gründe. Zunächst einmal *verfassungsrechtliche*. Die Verfassung schützt das Kapital (vgl. Kap. „Wirtschaftsdemokratie, Eigentum und Verfassung“) einseitig durch das *Privateigentum an den Produktionsmitteln* und durch die unternehmerische Freiheit zum ökonomischen Handeln nach maximalem Profit bezogen auf das eingesetzte Kapital. Im Ergebnis bedeutet dies: Die im Produktionsprozess eingesetzte Maschine zählt in der Verfassung mehr als der arbeitende Mensch, der diese Maschine erst geschaffen hat. Dadurch sind die abhängig Beschäftigten im Produktionsprozess den Kapitaleignern hoffnungslos unterlegen. Der Unternehmer (Kapitalist) darf dem Menschen sogar seine ökonomische *Existenzgrundlage*, seinen Arbeitsplatz, jederzeit durch Entlassung, auch nur zur Steigerung der Profitrate, nehmen. Um hier Abhilfe zu schaffen, müssen die deutschen unzureichenden betrieblichen und unternehmerischen „Mitbestimmungsgesetze“ zu einer wirklichen Parität zwischen Kapital und Arbeit, wie im *Montan-Mitbestimmungsgesetz*, mindestens ausgebaut werden.¹⁹

Hinzu kommt, dass die Unternehmer völlig frei sind, überhaupt die abhängig Beschäftigten an den Arbeitsmärkten nachzufragen. Nur durch die unternehmerische Nachfrage erhalten die Abhängigen und sogenannten „Unselbständigen“ aber einen ökonomischen Wert. Bleiben sie arbeitslos, können sie von den Kapitalisten und ihren Claqueuren gesellschaftlich ständig als „Sozialschmarrotzer“ und „Faule“ diffamiert werden. Dies führt letztlich zu Scham- und Schmachgefühlen bei den gesellschaftlich „Externalisierten“, wie Viviane Forrester in ihrem Buch „Der Terror der Ökonomie“ herausgearbeitet hat. „Die Scham“, so Forrester, „sollte an der Börse gehandelt werden: Sie ist ein wichtiger Grundstoff des Profits“.²⁰

Unternehmensbezogene wirtschaftsdemokratische Lösungsansätze

Um die aufgezeigten, nicht akzeptablen systemimmanenten und -strukturellen Benachteiligungen des „Faktors“ Arbeit zu beseitigen, bedarf es grundlegender (radikaler) Veränderungen. So muss dringend das bestehende, aber nur für noch wenige abhängig Beschäftigte gültige, *Montan-Mitbestimmungsgesetz* in allen Unternehmen (branchen- und rechtsformunabhängig) ab ständig 500 Beschäftigten zur Anwendung kommen. In den Unternehmen unter 500 Beschäftigten ist das *Betriebsverfassungsgesetz* dahingehend zu novellieren, dass auch hier die Betriebsräte an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt zum Kapital mitbestimmen dürfen. Nur dann können die beiden notwendigen ständig auftretenden einzelwirtschaftlichen Probleme auch demokratisch gelöst werden. Erstens ist dies der Umgang mit Beschäftigten bei unternehmensbezogenen *Krisenanpassungen* und zweitens eine *materielle Mehrwertpartizipation* durch abhängig Beschäftigte.

Krisenanpassungen

In einem fairen Leistungswettbewerb, der auch in einer Wirtschaftsdemokratie ein entscheidender Ordnungsfaktor ist und bleiben muss, können Unternehmen wegen mangelnder Leistungen oder auch durch gravierende (strukturelle) Nachfrageveränderungen in eine Krise geraten. Dies ist aber auch durch einen *Machtmissbrauch* von Marktteilnehmern auf den Märkten möglich. Hier können Unternehmen andere ausbeuten, was heute ständig der Fall ist. Bei einer durchgesetzten Wirtschaftsdemokratie auf der Marktebene kann dies aber ausgeschlossen werden. Dennoch bleiben die ersten beiden Fälle (mangelnde Leistungen und Strukturveränderungen), bei denen letztlich Beschäftigte von Lohnkürzungen und Entlassungen bedroht sind. Um hier die Menschen, im wertschaffenden Wirtschaftsprozess auf einzelwirtschaftlicher Ebene, zu schützen, und nicht den Profit von wegen, muss es in einer Wirtschaftsdemokratie durch entsprechende Gesetze verboten werden, Arbeitsentgelte so lange zu senken und Beschäftigte zu entlassen,

¹⁹ Vgl. dazu ausführlich Bontrup, Heinz-J., Arbeit, Kapital und Staat, a.a.O.

²⁰ Forrester, Viviane, Der Terror der Ökonomie, München 1998, S. 15.

wie die Unternehmen noch *Gewinne* erzielen. Dies gilt auch für womöglich intendierte Gewinn- und Profitratenerhöhungen. Außerdem dürfen Gewinne an die Kapitaleigner nur dann ausgeschüttet werden, wenn eine auskömmliche *Eigenkapitalquote* zur wirtschaftlichen Vorsorge eines Unternehmens erreicht ist.²¹ Heute ist es realiter dagegen üblich, Gewinne in hohem Maße an die Shareholder auszuschütten. So haben allein im Jahr 2017 die 30 DAX-Konzerne 36,5 Milliarden Euro an ihre Eigentümer weitergereicht. Und gleichzeitig wird von den Managern der DAX Konzerne ein enormer „Kostendruck“ behauptet.

Einen solchen „Kostendruck“ verspürt in einer Branche realiter und wahrhaft aber nur der *Grenzanbieter*, der aufgrund des vorherrschenden (gegebenen) Marktpreises und der Nachfrage gerade noch seine Stückkosten deckt, also weder einen Gewinn noch einen Verlust realisiert. Alle Konkurrenten bzw. Mitanbieter erzielen dagegen auf Grund niedriger Stückkosten Differenzialgewinne.²² Aber selbst der Grenzanbieter erzielt eine *Wertschöpfung* und auch einen *Mehrwert* in dem er

- Lieferanten (sämtliche Fremdleistungen),
- Beschäftigte (Arbeitsentgelte),
- Fremdkapital (Zinsen),
- Grundeigentümer (Miete/Pacht/Leasing) und den
- Staat (Steuern/Abgaben)

bezahlt bzw. befriedigt. Und ebenso gehen die *Shareholder* des Grenzanbieters nicht leer aus. Sie erhalten über die in den Preisen realisierten *Abschreibungen*, anteilig, gemäß Werteverzerr, ihr eingesetztes Eigenkapital zurück (Eigenkapitalamortisation). Daneben erhalten die Unternehmenseigentümer auch einen in der Regel hohen kalkulatorischen

Unternehmerlohn, wenn sie ihre Arbeitskraft als Manager in ihr Unternehmen einbringen. Und beschäftigen die Shareholder Vorstände oder Geschäftsführer, dann erhalten auch diese häufig völlig überzogene Einkommen und Tantiemen.²³ Die Kapitaleigentümer eines Grenzanbieters erzielen allerdings keine unternehmensbezogene *Verzinsung ihres Eigenkapitals* (Gewinn). Dies ist gesellschaftlich betrachtet aber ein volkswirtschaftliches Optimum und zeugt vom Funktionieren einer wettbewerblichen Ordnung. Gewinne sind hier ausschließlich nur den *innovativen Unternehmen* in einem *dynamischen Wettbewerbsprozess* vorbehalten.²⁴ Deshalb mutet die Sicht von Adam Smith und seine „unsichtbare Hand“ der Konkurrenz, die Unternehmen zum „Diener der Nachfrager“ macht, auch geradezu naiv an. Er schreibt: „Konsum ist der einzige Sinn und Zweck aller Produktion; und das Interesse des Produzenten sollte nur insoweit berücksichtigt werden, als es für die Förderung des Konsumenteninteresses nötig sein mag. Diese Maxime ist so selbstverständlich, daß es unsinnig wäre, sie beweisen zu wollen.“²⁵ Hätte er mal lieber eine Beweisführung versucht, dann wäre er zu der Erkenntnis gelangt, dass die Maxime der entscheidenden Triebfeder der kapitalistischen Ordnung massiv widerspricht. Hier geht es nicht um eine *Befriedigung von Konsumentenbedürfnissen*, oder um die *Schaffung von Arbeitsplätzen*, sondern ausschließlich darum, aus vorgeschossenem Geldkapital durch eine kapitalistische Ausbeutungsproduktion, in der der Mehrwert entsteht, mehr an Geldkapital zu machen. Die Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten ist dabei nur ein Nebenprodukt, weswegen auch Mangel und Überfluss stets gleichzeitig existieren. Das Kapital hat wegen seiner Vermehrungssucht nie genug. Es hat einen ständigen Wachstumsdrang.

21 Dies ist im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise den Banken auferlegt worden, die zukünftig ihre Eigenkapitalquote bis zu 18 % aufstücken müssen.

22 Vgl. Fehl, Ulrich, Oberender, Peter, Grundlagen der Mikroökonomie, München 1976, S. 19.

23 Vgl. Bontrup, Heinz-J., Vorstandsbezüge – eine ökonomische Bewertung, in: Arbeit, Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 3-4/2017, S. 365ff.

24 Vgl. Olten, Rainer, Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik, a.a.O., S. 57ff.

25 Smith, Adam, Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker. Übersetzt von Monika Streissler aus dem Englischen des 1776 in London erschienenen Werkes „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“, Düsseldorf 1999, S. 645.

Was ist aber, wenn kapitalistische Unternehmen trotzdem in *Verlustsituationen* kommen? Um dann einen Gewinn zu erzielen, ohne Lieferanten auszubeuten und Beschäftigte zu entlassen oder den Staat nicht zu bedienen sowie die Nachfrager über höhere Preise anzugreifen, müssen in einer *wirtschaftsdemokratischen Unternehmensverfassung* die für die Empfänger arbeitslosen Einkommen, die Zinsen der Fremdkapitalgeber und die Mieten und Pachten/Leasinggebühren der Grundeigentümer gesenkt und im Extremfall auf null gebracht werden. Beide, Zinsen und Grundrente, stellen, wie der Gewinn, Mehrwert dar, der durch die Beschäftigten geschaffen wurde. Auch in den *Fremdleistungen der Lieferanten* sind Arbeitsentgelte enthalten. Und der Staat benötigt Steuern und Abgaben zur öffentlichen Daseinsfürsorge, ohne die es überhaupt keine Unternehmen geben würde. Und sollte ein Unternehmen selbst bei Zinsen und Grundrenten von Null dann einen *tatsächlichen Verlust* erwirtschaften, so berechtigt dies auch noch nicht zur Kürzung von Arbeitsentgelten und zur Entlassung von Beschäftigten. Die auflaufenden Verluste sind dann solange gegen das *Eigenkapital* zu buchen, bis dieses aufgebraucht ist. Schließlich haben die Beschäftigten das Eigenkapital, bis auf den originären Kapitaleinsatz der Shareholder, in Form von vergangenen und thesaurierten Gewinnen erwirtschaftet. Ist am Ende das Eigenkapital verbraucht, weil es das Unternehmen (Management und Beschäftigte) zusammen nicht geschafft haben, die Krise zu überwinden, dann muss das gesamte Unternehmen aus dem Markt ausscheiden. Dann verlieren natürlich *alle Beschäftigten* ihre Arbeit. Im Gegensatz zu heute, wo es regelmäßig zu *Teil-Entlassungen* und damit zu einer *Entsolidarisierung* unter den Beschäftigten kommt. Ein Teil der Belegschaft (die „Verlierer“) muss gehen, damit andere (die „Gewinner“) bleiben können. Nicht selten aber auch nur vorläufig, weil das Unternehmen am Ende dann doch in die *Insolvenz* geht. Und auch die für die „Verlierer“ ausgehandelten *Sozialpläne*, bieten nicht annähernd einen Ersatz (einen rechtlich sogenannten „Nachteilsausgleich“) für den ökonomisch verlorenen Arbeitsplatz.

Mehrwertpartizipation

Neben der entscheidenden *Beschäftigungssicherung* von Menschen gehört zu einer wirtschaftsdemokratischen Unternehmensverfassung auch eine *Mehrwertpartizipation*. In kapitalistischen Ordnungen haben sich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften daran gewöhnt bzw. sich offensichtlich damit abgefunden, dass die Arbeitenden nicht den am Markt realisierten vollen „Wert ihrer Arbeit“, sondern nur ihren „Tauschwert der Arbeit“ als Lohn erhalten. Insofern ist und bleibt selbst der höchste Lohn ein Ausbeutungslohn. Daran ändern auch verteilungsneutrale Tarifabschlüsse nichts. Sie zementieren lediglich die Lohn- und Profitquote und damit die aufgezeigte starke Ungleichverteilung der *Vermögensbestände*.

Dennoch steht völlig außer Frage, dass in einem ersten Schritt durch *Tarifverträge* alle abhängig Beschäftigten in Form eines Äquivalenttausches mit einem Arbeitsentgelt abzusichern sind. Das Arbeitsentgelt stellt sozusagen eine *erste Auszahlung* auf den „Wert der Arbeit“ dar. Die Absicherung ist realiter aber nicht gegeben. Und auch die bestehenden Tarifverträge konnten, wie aufgezeigt, den *verteilungsneutralen Spielraum* nicht realisieren. Hier kam es zu einer massiven Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten und damit zu Gunsten des Mehrwerts. Mit Lohnerhöhungen *oberhalb* des verteilungsneutralen Spielraums, also mit einer Umverteilung zu Lasten des Mehrwerts, kann man dieses Problem aber nicht auflösen. Hierdurch kommt es vielmehr zu kontraproduktiven *Preissteigerungen*. Dies umso mehr die Wirtschaft hochkonzentriert und vermachtet ist. Durch die Inflation werden dann ex-post die nominalen Tarifabschlüsse zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden real wieder entwertet. Der Ökonom und Soziologe Werner Hofmann stellt dazu fest: „An den Märkten der Konsumgüter, wo den geschlossen operierenden taktischen Einheiten des verbündeten Kapitals nichts gegenübersteht als eine zersplitterte, unkundige und ohnmächtige Verbraucherschaft, kann jeder Erfolg der Lohnfront ohne viel Lärm zunichte gemacht werden. – Ohne daß es nötig wäre, mit den Gewerkschaften aufzuräumen, ohne spektakuläre Schritte gelangt das Kapital

heute an sein Ziel.²⁶ Außerdem ist bei Preissteigerungen damit zu rechnen, dass die *Notenbank* mit einer restriktiven Geldpolitik reagiert und es damit zu Wachstums- und Beschäftigungsverlusten kommt.

Will man diese negativen Wirkungen vermeiden, aber trotzdem zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilen, so geht dies letztlich nur durch eine *Gewinnpartizipation*.²⁷ Die Beschäftigten nehmen hier durch *Tarifverträge* zunächst einmal an der Produktivitäts- und Preisentwicklung teil. Dadurch kommt es zu einer Verteilungsneutralität. Um jetzt aber in den Mehrwert einzudringen, müssen die Beschäftigten am *Gewinn* partizipieren. Und zwar am *Gewinn nach Steuern*. Ausgehend von der Wertschöpfung eines Unternehmens, erhalten die Beschäftigten zunächst einmal ihr Arbeitsentgelt, sozusagen als „Vorschuss“ für ihre individuell bereitgestellte Arbeitskraft, und danach werden die *Fremdkapitalgeber* mit Zinsen und die *Grundeigentümer* mit einer Grundrente befriedigt. Der sich dann nach Abzug ergebende *Gewinn* wird danach zur Bedienung des *Staates* versteuert, so dass der *Gewinn nach Steuern* verbleibt.

Da bisher in der Rechnung als Einzige die *Eigenkapitalgeber* noch nichts bzw. keine Verzinsung ihres eingesetzten Eigenkapitals erhalten haben, wird jetzt eine *Eigenkapitalrendite* vom Gewinn nach Steuern in Abzug gebracht. Außerdem müssen von dem dann noch verbleibenden Gewinn notwendige *Investitionen* finanziert werden und es sollte auch eine *Kapitalrücklage zur Unternehmensvorsorge* erfolgen. Der danach final noch übrig bleibende Gewinn kann dann zwischen Shareholdern und Beschäftigten zur Aufteilung kommen.²⁸ Hier empfiehlt sich für die abhängig Beschäftigten keine Konsumierung ihrer Gewinnanteile, sondern eine Umwandlung in eine *Kapitalbeteiligung*. Warum? Darauf gibt John Maynard

Keynes die richtige Antwort: In kapitalistischen Ordnungen hängt die Realisierung der gesamtwirtschaftlichen Gewinnsumme letztlich immer nur von der Konsumtion und der Investition der Kapitaleigentümer ab. Das heißt, in Summe können die Unternehmer ihren Gewinn selbst bestimmen. Und der Ökonom Harald Mattfeldt ergänzt: „Dies gilt allerdings nur unter der klassischen Annahme, daß die abhängig Beschäftigten *nicht sparen* können (auch in der Gleichgewichtswelt eines statischen Modells einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat).“²⁹ Sparen können aber die meisten abhängig Beschäftigten nicht. Sie freuen sich, wenn der nächste Monatserste kommt. Für die Unternehmer gilt dagegen: „Welchen Teil ihrer Gewinne (sie) auch für den Konsum verwenden, der Vermögenszuwachs zugunsten der Unternehmer bleibt der gleiche wie zuvor. Somit sind die Gewinne, als eine Quelle der Kapitalakkumulation bei den Unternehmern, unerschöpflich wie der ‚Krug der Witwe‘, wie viel davon auch immer einer ausschweifenden Lebensführung dient.“³⁰

Soll dies auch für die abhängig Beschäftigten gelten, so benötigen sie Kapital und müssen in die Investitionsfunktion eindringen. An das Kapital kommen sie aber eben nur durch die oben abgeleitete *Gewinn- und Kapitalbeteiligung*. Durch *Sparen aus den Lohn Einkommen* bzw. Arbeitsentgelten ist dies dagegen in der Regel nicht möglich. Hier sei noch einmal Thomas Piketty zitiert,³¹ der, zur Aufregung vieler Kapitalapologeten und ihrer Claqueure feststellt: „Wenn das Kapitaleigentum nach streng *egalitären Gesichtspunkten* verteilt wäre und jeder Arbeitnehmer den gleichen Anteil an den Gewinnen *zusätzlich* zu seinem Lohn erhielte, würde die Frage des Verhältnisses zwischen Gewinnen und Löhnen (fast) niemanden interessieren. Wenn die Trennung zwischen Kapital und Arbeit so viele Konflikte verursacht, dann vor allem wegen der extrem hohen *Konzentration des Kapitaleigentums*.

26 Hofmann, Werner, *Industriesoziologie für Arbeiter*, Heilbronn 1988, S. 110.

27 Erhalten hier die abhängig Beschäftigten Gewinnanteile, so kommt es nicht zu inflationären Effekten, wie bei Arbeitsentgeltzahlungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums. Jedenfalls haben die Unternehmer keinen Grund über zu hohe Arbeitsentgelte zu klagen und diese über die Preise an die Nachfrager weiterzugeben.

28 Vgl. Bontrup, Heinz-J., *Arbeit, Kapital und Staat*, a.a.O., S. 148ff.

29 Mattfeldt, Harald, Auf der Suche nach dem „Krug der Witwe“ – Lohnquote und Sparverhalten, in: *Der Wohlstand der Personen*, a.a.O., S. 287.

30 Keynes, John Maynard, *A Treatise on Money*, London 1930, deutsche Übersetzung: Keynes, J. M., *Vom Gelde*, Berlin 1955, S. 113.

31 Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014. Vgl. dazu auch die Rezension von Bontrup, Heinz-J., *Piketys Kapitalismus-Analyse. Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden*, pad-Verlag Bergkamen 2014.

(...) Sie verstößt eklatant gegen die gängigen Vorstellungen von ‚gerecht‘ und ‚ungerecht‘, so dass es nicht verwunderlich ist, dass es manchmal zu physischer Gewalt kommt. Diejenigen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen und häufig in bescheidenen, ja armseligen Verhältnissen leben, (...) können nur schwer akzeptieren, dass die Kapitalbesitzer – die mitunter selber bloß *Erben* sind – sich einen beträchtlichen Teil der erwirtschafteten Werte aneignen können, *ohne selbst zu arbeiten*. Der den Kapitalbesitzern zufließende Anteil kann häufig ein Viertel oder die Hälfte der Produktion, in kapitalintensiven Wirtschaftszweigen wie dem Bergbau mitunter sogar mehr als die Hälfte ausmachen, und er ist noch höher, wenn *Monopole* es den Kapitalbesitzern erlauben, einen noch größeren Teil abzuschöpfen.³²

Wirtschaftsdemokratie, Eigentum und Verfassung

Die zuvor beschriebenen massiven Eingriffe in die heute autokratische einzelwirtschaftliche Herrschaftsstruktur des Kapitals machen eine *verfassungsrechtliche* Diskussion erforderlich. Dies verlangt insgesamt auch die Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie auf der Marktebene und der gesamtwirtschaftlichen Planungsebene für eine Makroökonomie, da es hier zu einer umfassenden Intervention in die Wirtschaftsordnung und damit in ein bestehendes morphologisches Gebilde kommt, dass abhängig vom Gefüge einzelner Subordnungsformen wie des Eigentums, der Planung, der Unternehmen, der betriebsinternen Willensbildung und Ergebnisrechnung, der Marktformen und Preisbildung sowie der Geldversorgung ist. Ein komplexes und kompliziertes Geflecht also, das zwar in der deutschen Verfassung (Grundgesetz) nicht explizit beschrieben wird, dennoch aber seine indirekte Ableitung findet, ohne dass sich dabei das Gesetz für eine *bestimmte Wirtschaftsordnung* mit entsprechenden Subordnungsformen ausspricht. „Das Grundgesetz“, heißt es im Mitbestimmungs-Urteil vom 1. März 1979, enthalte „keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten

Wirtschaftsordnung.“³³ Schon im ersten Urteil 1954 zur „wirtschaftspolitischen Neutralität“, hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, „daß das Grundgesetz weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde ‚soziale Marktwirtschaft‘ garantiere.“³⁴ Aber der „Grundrechtskatalog der Verfassung gewährt dem Einzelnen als Rechtsperson einen bestimmenden Anteil an der Sozial- und Wirtschaftsgestaltung. Der Einzelne soll am sozialen und wirtschaftlichen Leben nicht nur zur ‚Abstimmung der Feinproportionen‘ als ‚öffentlicher Planvollstrecker‘, sondern eigenverantwortlich, autonom und (auch) mit privatnütziger Zielsetzung an der Gestaltung der Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mitwirken.“³⁵ Aus diesen in der deutschen Verfassung „verbürgten Freiheiten für die wirtschaftliche Betätigung“, so der ehemalige Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, könne deshalb in Deutschland „eine Wirtschaftsordnung, die eine Koordination der Volkswirtschaft prinzipiell im Wege der Zentralverwaltung und in einem System imperativer und zentralisierter Staatsplanung bewerkstelligen wollte“, nicht umgesetzt werden.³⁶ „Das Grundgesetz ist also nicht in dem Sinne *neutral*, dass die vorgefundene und gewachsene Wirtschaftsordnung prinzipiell in eine *Zentralverwaltungs- oder Zentralplanwirtschaft* umstrukturiert werden könnte. Die individuellen Freiheitsrechte kennen zwar vielfältig abgestufte Regelungs- und Eingriffsvorbehalte zugunsten des einfachen Gesetzgebers. Für alle Grundrechte gilt aber zum einen die *allgemeine Eingriffsschranke* des Art. 19 Abs. 2 GG, nach der die Grundrechte in keinem Fall in ihrem Wesensgehalt angetastet werden dürfen, und zum anderen das *rechtstaatliche Übermaßverbot*. Darüber hinaus gewährt Art. 14 Abs. 1 GG nicht nur eine Rechtsstellungsgarantie zugunsten des individuellen Eigentümers, sondern garantiert auch das *Privateigentum* und das

33 BVerfGE 50, 290, S. 336f.

34 Vgl. Tuan Luong, Minh, *Wirtschaftsverfassungsrecht im Wandel*, (Diss.), Freiburg i. Br. 1998, S. 23.

35 Papier, Hans-J., *Wirtschaftsordnung und Grundgesetz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), 13/2007, S. 5.

36 Ebenda, S. 5.

32 Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 63.

Erbrecht als Institute der Rechts- und Wirtschaftsordnung.“³⁷

Diese von Papier vorgenommene Interpretation zeigt eine totale *Ausblendung der ökonomischen Realität*, und die Argumentation ist zudem geschichtslos. Die sogenannten *individuellen „Freiheitsrechte“* existieren realiter nicht gleichverteilt am Markt. Im Gegenteil, der Markt ist verantwortlich für die permanente Schaffung von Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen und Machtasymmetrien durch Konzentrations- und Zentralisationsprozesse. Und Papier hat auch nicht begriffen, dass jeder Unternehmer ebenso die freiheitlichen Grundrechte der abhängig Beschäftigten durch sein ausgeübtes *Direktionsrecht* einschränkt, wie durch die ihm gegebene Möglichkeit, die Beschäftigten jederzeit, trotz Kündigungsschutzgesetz, entlassen zu können. Dies gilt selbst für die betriebsbedingte Kündigung, wenn ein Unternehmer trotz gegebener Gewinne, nur zur Steigerung seiner Profitrate, einen Personalabbau betreibt. Hinzu kommt die einseitige Freiheit von Unternehmern darüber zu entscheiden, ob sie überhaupt einen abhängig Beschäftigten am Arbeitsmarkt nachfragen. Die im Art. 12 GG über die Berufsfreiheit abgeleitete und garantierte *„unternehmerische Freiheit“* wird damit verfassungsrechtlich höher bewertet als die Rechte der Beschäftigten auf eine notwendige Verwertung ihrer Arbeitskraft im Unternehmen. Die Verfassung und das gesamte nachgeordnete Arbeitsrecht sind völlig asymmetrisch. Hier dominiert einseitig das Kapital.³⁸

Dies alles ist mit einer Wirtschaftsdemokratie nicht zu vereinbaren. Hier wären also zur Umsetzung einige *Verfassungsänderungen* aus gutem Grund notwendig. In erster Linie geht es dabei um die *Eigentumsfrage*. Diese kann in der Ökonomie nicht von der Produktion des Überschussproduktes bzw. der Mehrwertproduktion beurteilt werden. Was Papier in seiner rein juristischen Bewertung der Verfassung aber macht.

Vor dem geschilderten Hintergrund einer im Vergleich zu heute radikal veränderten Krisenanpassung und Mehrwertpartizipation in den Unternehmen, würde es automatisch zu einer veränderten Eigentumssituation kommen. Dazu zählt auch die dargelegte Mitbestimmungsveränderung zur Einflussnahme auf die Verwendung des Eigenkapitals in Unternehmen. Ergänzt werden muss das Ganze aber noch durch eine staatliche Genossenschaftsförderung, durch mehr vergesellschaftete Unternehmen mit öffentlichem Einfluss in den Bereichen der Energie- und Verkehrsversorgung im Zuge einer Rekommunalisierung. Auch die Gesundheitswirtschaft gehört in öffentliche Hände und der Staat muss als Eigentümer von Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden. Nicht zuletzt muss der staatliche Sektor wesentlich mehr in die Infrastruktur investieren. Dazu ist die 2009 in die Verfassung geschriebene kontraproduktive Schuldenbremse zu streichen. Dafür sind aber zur Finanzierung der Investitionen die unerträglich hohe Steuerkriminalität zu bekämpfen und die Vermögensteuer und wesentliche höhere Erbschaftsteuersätze einzuführen bzw. eine völlig andere Steuerpolitik umzusetzen.³⁹ ■

³⁷ Ebenda, S. 5.

³⁸ Vgl. Bontrup, Heinz-J., Das Kapital dominiert. Das deutsche Arbeitsrecht ist asymmetrisch, in: Frankfurter Rundschau vom 05. November 2015, S. 18.

³⁹ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2015: 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln 2015, S. 87ff.

Die institutionelle Wende: Labours neue politische Ökonomie

von Joe Guinan und Martin O'Neill¹

Die Führung von Labour stellt die Elemente einer neuen, sozialistischen politischen Ökonomie des 21. Jahrhunderts vor. Labours Schattenfinanzminister McDonnell betonte dabei: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist in Reichweite“. Weitgehend unbemerkt von den Gegnern in- und außerhalb der Partei hat Corbyn ein kohärentes Programm für einen transformativen Wandel entwickelt, das die Grundlage für eine grundlegend andere Ausrichtung der Wirtschaft bilden könnte. Aufbauend auf den bewährten Elementen des Manifesto von 2017 „For the Many Not the Few“, und der Erkenntnisse aus dem Bericht „Alternative Models of Ownership“, stellte die Parteiführung die Instrumente und Strategien zusammen, die eine zukünftige Labour-Regierung in die Lage versetzen soll, eine ehrgeizige Transformation der britischen Wirtschaft um die Fragen nach Eigentum, Kontrolle, Demokratie und Beteiligung durchzusetzen. Flächendeckend angewandt, könnte dies die traditionelle Macht der Unternehmen und des Finanzsektors in Großbritannien brechen, die soziale und ökonomische Basis der neoliberalen Ordnung, so wie Thatcher einst die Kraft ihrer Gegner durch die Abwicklung weiter Teile des öffentlichen Sektors, der Schließung ganzer Industriezweige, die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Vernachlässigung der Interessen der Beschäftigten brach.

Die „institutionelle Wende“ im Denken ist die direkte Antwort auf die Herausforderungen, vor denen das Land steht. Die sich verschärfenden Probleme – Lohnstillstand, fehlende Investitionen, geringe Produktivität, zunehmende Einkommens- und Vermögensunterschiede, ganz zu schweigen von den sich abzeichnenden Auswirkungen des Klimawandels – sind nicht

zufällig entstanden, sondern die vorhersehbaren Ergebnisse der grundlegend falschen Organisation der Wirtschaft. Die institutionellen Arrangements im Zentrum des heutigen britischen Kapitalismus – hochkonzentriertes Privateigentum, Dominanz der Arbeitgeber und die überhebliche Macht des Finanzkapitals in der Londoner City – bilden einen mächtigen Motor für die Abschöpfung von Werten und deren Umverteilung nach oben. Es ist dieses institutionelle Design, das das Geschehen bestimmt: die zerfallende öffentliche Infrastruktur, die zunehmende soziale Spaltung, die Umweltzerstörung und ein weit verbreitetes Gefühl der Machtlosigkeit in der Bevölkerung. Das gegenwärtige System ist nicht darauf ausgerichtet, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern dient dazu, den Großteil der wirtschaftlichen Gewinne in den Händen einer kleinen Elite zu konzentrieren. Mehr als die Hälfte des gesamten Reichtums im Vereinigten Königreich gehört den obersten zehn Prozent, rund zwanzig Prozent allein dem obersten Prozent, und die Ungleichheit nimmt weiter zu. Wenn wir es ernst meinen mit der Lösung der realen wirtschaftlichen Herausforderungen, dann brauchen wir eine ganze Reihe anderer Institutionen und Regeln, die nachhaltige, dauerhafte und demokratische Ergebnisse erzielen, eine Wirtschaft „for the Many not the Few“.

Diesen grundlegenden Wandel verspricht Labour jetzt. Corbyn hat Raum für einen umfassenden Dialog über die Zukunft der Wirtschaft eröffnet, der jahrzehntelang unmöglich war. „Genossenschaften, gemeinsames Eigentum und Wirtschaftsdemokratie“, erklärte McDonnell, „müssen eine zentrale Rolle spielen“. Corbyn hat seinerseits entschiedene Maßnahmen versprochen, um den Finanzsektor vom „Herren aller zum Diener der produktiven Wirtschaft zu machen“. Er fordert, dass die Kommunen mehr Spielraum erhalten, um in der öffentlichen Daseinsvorsorge „den Strom der Zwangsprivatisierung zurückzudrängen“

¹ Joe Guinan leitet das Next System Project bei The Democracy Collaborative. Martin O'Neill ist Lehrbeauftragter an der University of York.

Dieser Text wurde erstmals in „Renewal: A Journal of Social Democracy“, Ausgabe 2/2018 veröffentlicht. Die Übersetzung fertigte Martin Ahrens an. Auf die Übertragung der Fußnoten wurde verzichtet.

und es ihnen ermöglicht wird, ihre wirtschaftliche Zukunft selbst zu gestalten. Erstmals seit den siebziger Jahren – als sich die Partei dazu verpflichtete, eine „grundlegende Veränderung der Macht- und Vermögensverhältnisse zugunsten der arbeitenden Menschen und ihrer Familien herbeizuführen“ – hat Labour einen ehrgeizigen Plan für die Umgestaltung Großbritanniens vorgelegt. Anstelle der ausbeuterischen Kräfte des Konzernkapitalismus soll die neue politische Ökonomie eine dezentralisierte und ortsbezogene Kreislaufwirtschaft sein, die vernachlässigte Regionen wieder aufbaut und lokale Gemeinschaften stabilisiert, die echte Demokratie und Teilhabe ermöglicht und die langfristige institutionelle und politische Unterstützung sichert und einen echten sozialen Wandel erlaubt.

Von der Vermeidung der Ungleichheit zum demokratischen Wohlstand

Es ist leicht zu übersehen, wie radikal das alles wirklich ist, im ursprünglichen Sinn, die Angelegenheit an der Wurzel zu packen. Wenn es um die Grundsätze geht, gibt es ein jahrzehntelanges Defizit an neuen Ideen im linken Lager. Wo sie nicht vollständig vor dem Neoliberalismus kapituliert haben, tummeln sich die meisten Sozialdemokraten weitab von den eigentlichen Bedarfen und suchen verzweifelt einen Weg um durch Steuer- und Ausgabenpolitik und bescheidene Umverteilung etwas Linderung zu erwirken. Dies gilt auch für einige der aktuell kreativsten Beiträge. Piketty zum Beispiel hat in seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ – einem Meisterwerk der statistischen Analyse der Kapitalakkumulation, das die „fundamentale Macht des Auseinanderdriftens“ des Kapitalismus demonstrierte – weitgehend vermieden, sich mit den strukturellen Grundlagen des Kapitalbesitzes auseinanderzusetzen und sich stattdessen auf die „Regulierung des Kapitals“ durch eine globale Vermögenssteuer konzentriert. Doch angesichts der Tatsache, dass die Kapitalerträge auf Kosten der Lohnquote steigen und die Automatisierung diesen Trend zu beschleunigen droht, ist es nur folgerichtig, dass wir uns mit der Ausweitung und Demokratisierung von Eigentum befassen. Nobelpreisträger Solow kommentierte Pikettys

Buch 2014 in Washington wie folgt: Unter den „Dingen, die wir tun können, ist die Demokratisierung des Eigentums am Vermögen vielleicht das Offensichtlichste“. Schlussendlich muss eine wirklich wirkungsvolle, alternative linke Strategie das Kapital selbst in den Fokus nehmen.

Labour hatte sich bereits unter der Führung von Miliband, der zumindest die Anfänge einer Neuerfindung der Sozialdemokratie anbot, bebogen, sich den Grenzen der „lediglich umverteilenden“ Wirtschaftsstrategien zu stellen. Milibands Bemühungen das Denken von Labour zu verändern, wurde durch den Widerstand der zaghaften Elemente in der Partei behindert und scheiterte dann am Mangel linker „intellektueller Infrastruktur“ außerhalb der Parteiführung. In diesem Sinne war Miliband seiner Zeit voraus – und es ist ermutigend zu sehen, dass nun weit ehrgeizigere Überlegungen entstehen, wie vom Institute for Public Policy Research die Idee zur Transformation der Unternehmensführung oder die Schaffung eines Bürgerfonds, der von der Kommission für wirtschaftliche Gerechtigkeit vorgeschlagen wird.

Heutzutage wird der Bedarf nach tiefgreifenden Lösungen für die drängenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten endlich auf breiter Basis erkannt. Aus der linken Mitte und dem Lager Corbys beginnen radikalere Ansätze des ökonomischen Denkens aufzusteigen, wie die Flugschrift „The Everyday Economy“ andeutet. Sie unterscheidet sich in ihrer Konzeptualisierung der Bedeutung von Arbeit und in ihrer auf die Communities zielende Ausrichtung vom linken Flügel, aber es gibt auffallende Ähnlichkeiten mit dem Ansatz von Corbyn in ihrer radikalen Kritik am Kapitalismus und der Beharrlichkeit darauf, dass Wachstum nicht die oberste Priorität sein darf, und in ihrer Unterstützung von „alternativen Eigentumsmodellen“. Diese sich abzeichnenden Elemente eines Konsenses herauszuarbeiten und darauf aufzubauen – und gleichzeitig offen und deutlich Unterschiede zu diskutieren – wird für die Linke überlebenswichtig sein.

Wer besitzt und kontrolliert das Kapital? Dies ist eine der grundlegendsten Fragen der politischen Ökonomie, die für das Verständnis der Funktionsweise jedes Wirtschaftssystems

von zentraler Bedeutung ist. Für Sozialisten sind die Antworten auf das kapitalistische Privateigentum der Wirtschaftsgüter traditionell zweigeteilt. Der Staatssozialismus hat in stark vereinfachter Form das Eigentum und die Kontrolle über das Kapital dem Staat übertragen, während die Sozialdemokratie es weitgehend in privater Hand beließ und versuchte, die Erträge durch Steuern und Transfers umzuverteilen. Eine vernachlässigte dritte Tradition, die lange weitgehend in den Hintergrund gedrängt wurde, findet sich im langjährigen sozialistischen Engagement für die Wirtschaftsdemokratie. Die zentrale Idee der Wirtschaftsdemokratie ist, dass die Prinzipien der Souveränität der Bevölkerung aus dem Bereich der Politik auf die Wirtschaftssphäre ausgedehnt werden. In „A Preface to Economic Democracy“ definierte Dahl Wirtschaftsdemokratie als „Beitrag zur Stärkung der politischen Gleichheit und Demokratie durch den Abbau von Ungleichheiten, die aus dem Eigentum und der Kontrolle von Unternehmen herrühren“. Die Frage von der anderen Seite ging Cole, sozialistischer Theoretiker und Verfechter der Wirtschaftsdemokratie, an. Er argumentierte, dass die Prinzipien der Demokratie „nicht nur für den speziellen Bereich des sozialen Handelns gelten sollten, der als ‚Politik‘ bekannt ist, sondern für jedwede Form sozialen Handelns, und insbesondere für wirtschaftliche Aktivitäten in gleichen Maße wie für politische Ämter“.

Eine lebendige Tradition

Labour sind diese Gedanken nicht fremd, da viele von ihnen ihren Ursprung in der europäischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts haben. Insbesondere in Großbritannien hat die Wirtschaftsdemokratie eine lange Tradition, die bis zu den Anfängen der industriellen Revolution zurückreicht. Die Entstehung der modernen Genossenschaftsbewegung – die heute weltweit eine Milliarde Mitglieder zählt – kann auf die Rochdale Pioneers zurückgeführt werden. Es gibt zahlreiche Beispiele weltweit, die jeweils wichtige Lehren für die Zukunft liefern. So in Italien und Spanien, beide an der Front der Kämpfe gegen die Austerität, Legacoop in der Emilia Romagna und Mondragón im Baskenland, die die Macht der Wirtschafts-

demokratie zeigen, wenn sie an die spezifischen Bedingungen vor Ort angepasst wird.

Hier geht es nicht darum, eine Utopie zu verkaufen. Beispiele aus der Praxis für demokratische, beteiligungsorientierte Alternativen gibt es viele. Selbstverwaltete, genossenschaftliche und kommunale Unternehmen, Treuhandgesellschaften, Stiftungen, öffentlich kontrollierte Banken und eine Vielzahl weiterer institutioneller Formen stellen Möglichkeiten dar, wie das Kapital von kleinen Gemeinschaften als auch der großen Öffentlichkeit kollektiv gehalten werden kann. Sie alle zeigen Wege und innovative Lösungen für tieferliegende Probleme. Sie verkörpern alternative Gestaltungsansätze, die sich nicht auf regulatorische Rahmenbedingungen oder „nachträgliche“ Umverteilung stützen, sondern auf grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und in der Art des Eigentums sowie der Kontrolle über den produktiven Wohlstand, die also direkt auf den Kern unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten zielen – und zu deutlich verbesserten sozialen und verteilungspolitischen Ergebnissen führen können.

Weitgehend allein unter den Parteien, die aus der Zweiten Internationalen stammen, durchbricht Labour unter Corbyn nun den neoliberalen Denkraum und belebt die Politik mit einer neuen Vision der Demokratisierung der Wirtschaft. Oft schlicht als sozialdemokratisches Wahlprogramm beschrieben, enthält „For the Many not the Few“ die Keimzelle einer radikalen Transformation. Forderungen wie die Wiederverstaatlichung der großen Versorgungsbetriebe, der Eisenbahnen und der Post, die Einrichtung eines nationalen Investitionsfonds zur Unterstützung des „Wiederaufbaus der durch die Globalisierung zerstörten Kommunen“, die Verknüpfung des öffentlichen Beschaffungswesens mit einer regional ausgerichteten, strategischen Industriepolitik, die Schaffung einer nationalen Investitionsbank und eines Netzes regionaler und öffentlicher Banken zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Demokratisierung des Eigentums durch die Unterstützung von Genossenschaften und Unternehmen im Besitz der Beschäftigten stellen einen klaren Bruch mit den neoliberalen Dogmen dar. In Verbin-

dung mit der Dezentralisierung von Macht und Übertragung von Entscheidungsspielräumen auf die lokale Ebene, sowie der Aufruf „die Ausweitung der Demokratie auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene unter Berücksichtigung der Option eines stärker föderalistischen Landes“ prüfen zu wollen, beginnen sich die Konturen eines völlig neuen Entwurfs einer politischen Ökonomie abzuzeichnen.

Über das Manifesto hinaus

Für Corbyn und seine Unterstützer ist das Manifesto ein Sprungbrett und nicht das letzte Wort zum wirtschaftlichen Wandel. Wenige Tage vor den Wahlen 2017 veröffentlichte Labour den Bericht „Alternative Models of Ownership“. Dieser Bericht stellt die Grundrisse des seit Jahrzehnten vielversprechendsten Wirtschaftsprogramms dar. Es beschreibt die Art und Weise, wie die britische Linke im weiteren Sinne nun an die Arbeit gehen sollte, wobei es um eine detaillierte institutionelle Ausgestaltung und Politikformulierung geht. Insbesondere fordern die Verfasser des Berichts, „Fragen der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse und der Unternehmenskontrolle an erster Stelle der politischen Agenda zu setzen“ und „die Arbeit an einer Strategie zur Stärkung der gesellschaftlichen Unterstützung“ aufzunehmen.

Es sind enorme Vorteile von einer massiven Ausweitung der demokratischen Besitzverhältnisse in Großbritannien zu erwarten. Die Gelegenheit, die sich durch die massenhaft in den Ruhestand tretenden Babyboomer ergibt und die damit verbundene Nachfolgefrage für eine große Anzahl von Unternehmen, die ansonsten durch Private Equity zerschlagen und verschlungen werden könnten, bedeutet, dass die Zeit für eine solche Ausweitung gekommen ist. Nach Schätzungen könnten 400.000 Unternehmen in den nächsten fünf Jahren geschlossen werden, wenn die ausscheidenden Eigentümer keinen Käufer finden, dies würde zwei bis vier Millionen Arbeitsplätze gefährden. Das Manifesto fordert ein „Recht auf Eigentum“, welches den Beschäftigten das Vorkaufsrecht einräumt, wenn ihr Unternehmen zum Verkauf steht. „Alternative Models of Ownership“ geht weiter und fordert unter anderem, dass die örtlichen

Behörden die Gründung und den Aufbau von Genossenschaften und anderen Sozialwirtschaftsunternehmen aktiv unterstützen und zum Bestandteil der lokalen Wirtschaftsförderung machen sollen. Der Bericht schlägt auch vor, die Vorteile und Nachteile von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen genauer zu betrachten, die die Eigentumsverhältnisse zugunsten der Beschäftigten bei geringen Risiken oder Kosten drastisch erhöhen könnten.

Ein großer in Mitarbeiterigentum befindlicher oder genossenschaftlich organisierter Sektor könnte eine wichtige institutionelle Grundlage für eine vor Ort verankerte Wirtschaft in Großbritannien bilden, die in der Lage ist, vereinfachte Auffassungen von „pro- oder anti-business“ Politiken zu überwinden. Eine neue Ausrichtung um demokratisch kontrollierte und lokal eingebettete Wirtschaftskreisläufe im Gegensatz zu den losgelösten, nur den Gewinn abschöpfenden multinationalen Konzernen würde entstehen. In einer durch den Brexit gespaltenen Gesellschaft könnte eine dezentrale öffentliche Kontrolle der Wirtschaft die Grundlage für demokratische Teilhabe neu begründen, indem sie den Menschen vor Ort echte Entscheidungsmacht über die Kräfte gibt, die ihr Leben prägen – eine Chance, tatsächlich „die Kontrolle zurückzuerlangen“. In der Zwischenzeit unterstreichen die Debatten um die Konzerne Capita und Carillion und der lange Schatten, den die Brandkatastrophe des Grenfell-Towers wirft, wie wichtig es ist, das todbringende neoliberale Modell zu ersetzen. Die Bewegung um Corbyn versucht, diese finanzialisierten Wirtschaftsformen durch demokratische Alternativen zu ersetzen, die der Bevölkerung einen wahren Nutzen bringen. Damit kann sofort begonnen werden, wo immer die Partei auf lokaler Ebene an der Macht ist, ohne auf einen Regierungswechsel auf nationaler Ebene warten zu müssen – eine „Community Wealth Building Unit“ wurde in der Parteizentrale für genau diesen Zweck eingerichtet.

Der neue Ansatz von Labour könnte beträchtliche neue Quellen der politischen Unterstützung mobilisieren. Das Kapital ist weit davon entfernt ein einheitlicher Block zu sein, und es sollte möglich sein, Strategien zu entwickeln, die geeignet sind, viele der wirklich

produktiven Teile der Geschäftswelt – die „Macher“ und nicht die „Ausbeuter“ – anzusprechen. Pragmatische Politiken, die darauf abzielen, kleine Unternehmen zu unterstützen und ihnen kostengünstiges Wachstumskapital zur Verfügung zu stellen, könnten klassenübergreifende Allianzen gegen die Dominanz der großen multinationalen Konzerne und der Monopole ermöglichen.

Gleichzeitig verspricht Labour durch die überfällige Abschaffung der von Thatcher eingeführten Beschränkungen gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Wiederherstellung der sozialen Machtbasis der Bevölkerung beizutragen. Die Partei unterzeichnete das „Manifesto for Labour Law“ des Institute of Employment Rights, eine Reihe von Maßnahmen, die den Rahmen, in dem die britischen Gewerkschaften agieren, grundlegend verändern würden. Erarbeitet von einem Kollektiv führender britischen Arbeitsrechtler, fordert dieses Manifest die Einführung eines Arbeitsministeriums, das die Interessen der Beschäftigten in der Regierung vertritt und ein System der Tarifverhandlungen auf Branchenebene unter der Federführung neuer sektoraler Beschäftigungskommissionen, wodurch die institutionelle Grundlage der Lohnfindung in vielen Bereichen der britischen Wirtschaft verbessert würde. Zudem soll ein System von Arbeitsgerichten mit sachkundigen Richtern geschaffen werden, ebenso wie – was für die breitere wirtschaftliche und politische Macht der Gewerkschaften von Bedeutung ist – ein neuer Rechtsanspruch auf Arbeitskampfmaßnahmen zur Unterstützung Beschäftigter in anderen Unternehmen eingeführt werden (Solidaritätsstreiks). Diese Agenda steht im Einklang mit den Vorschlägen von Atkinson in seinem letzten Buch „Inequality: what can be done?“ in dem er für Änderungen der gesetzlichen Regelung plädiert, die es den Gewerkschaften ermöglichen würden, wieder eine Gegenmacht auszuüben, die in den letzten vierzig Jahren untergraben wurde.

Raum für Entfaltung

Insgesamt besteht die institutionelle Wende von Labour darin, durch eine Neuordnung der wesentlichen Institutionen ein ausgewogeneres Kräftegleichgewicht in der Wirtschaft herbei-

zuführen. Die bereits in der Entwicklung befindlichen Elemente dieser neuen politischen Ökonomie werden hierzu einen großen Beitrag leisten. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Idee eines National Education Service (NES) passt zu diesem Ansatz und fordert einen Zugang zur Bildung, der es dem Einzelnen ermöglicht sich unabhängig von seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten sein gesamtes Leben zu entwickeln und zu bilden. Das NES könnte eine transformative Institution sein, die für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Großbritannien so wichtig ist, wie es der National Health Service (NHS) in den letzten sieben Jahren war. Diese Idee muss noch weiter ausgearbeitet werden, um eine institutionelle Struktur zu entwerfen, die ein so ehrgeiziges Versprechen einlösen könnte.

Der NES weist jedoch auf eine umfassendere Agenda hin, die danach fragt, welche Arten von sozialen Bedürfnissen außerhalb des Marktprinzips erbracht und befriedigt und als Bestandteile einer neuen Bürgerschaft definiert werden sollten. Die jüngsten Arbeiten zu universellen Basisdienstleistungen (Universal Basic Services) legen nahe, dass es Spielraum für die Bereitstellung einer Reihe von sozialen Diensten auf universeller Basis gibt – vom öffentlichen Nahverkehr bis zum Informationszugang über das Internet –, wodurch die Dimension der sozialen Sphäre und die Leistungen hinsichtlich der Bürger- in Abgrenzung zur Kundenrolle vergrößert werden und der Einzelne durch die Verringerung seiner Abhängigkeit von der Marktlage gestärkt wird. Ein solcher Schritt könnte viele der beabsichtigten Vorteile eines bedingungslosen Grundeinkommens mit sich bringen, aber in einer Weise, die besser zu den Zielen eines sozialistischen Programms des Aufbaus kollektiver Institutionen und nicht nur der Stärkung individueller Kaufkraft dient.

Schließlich sind in einer Reihe bedeutender Politikbereiche, von der Geldpolitik über Big Data bis hin zur Reglementierung des Wohnungsmarktes und bei der Altersversorgung, weitere Überlegungen erforderlich. So gibt es ungelöste Fragen zur Handelspolitik und zur Wirtschaftsplanung – beide dürften im Kontext von Brexit und Klimawandel an Bedeutung gewinnen. Im

Falle der Wirtschaftsplanung könnte der Ansatz der „Ankerinstitution“, die auf der massiven Kaufkraft großer öffentlicher und gemeinnütziger, lokaler Institutionen wie Krankenhäusern und Universitäten zur Unterstützung der lokalen Wirtschaftsentwicklung beruht, auf nationaler Ebene, auch über den NHS, umgesetzt werden. Aufgrund seiner enormen wirtschaftlichen Ausstrahlung hat der NHS das Potenzial, die „Mutter aller Ankerinstitutionen“ zu werden und das Rückgrat einer politischen Strategie rund um die Produktion von Waren und Dienstleistungen für Gesundheit und Gemeinwohl zu bilden. Dies würde das Gegenteil der neoliberalen Ausbeutung darstellen, öffentliche Mittel in Umlauf halten, Arbeitsplätze vor Ort sichern und Gemeinschaftsvermögen aufbauen, sowie den langfristigen wirtschaftlichen Rückgang in strukturschwachen Regionen umkehren.

Ein historischer Paradigmenwechsel

„Wir wollen die Attlee-Regierung bei der Radikalität der Reform übertreffen“, sagte McDonnell. „Die Situation erfordert nicht weniger als das“. Der historische Vergleich ist zutreffend. Zweimal im Laufe des letzten Jahrhunderts führten radikale Reformen britischer Regierungen, zuerst der Linken und dann der Rechten, zu grundlegenden Veränderungen in der politischen Ökonomie Großbritanniens auf der Grundlage bedeutender Veränderungen der Eigentumsverhältnisse. Die institutionelle Wende der Labour Party birgt nun das Versprechen eines dritten Epochenwechsels in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Im ersten Schritt brachte die Verstaatlichung der Bank of England, von Kohle, Stahl, Zivilluftfahrt, Eisenbahnen und aller wichtigen Versorgungsunternehmen (Strom, Wasser und Gas) unter der Labour 1945-51 diese in den Besitz der öffentlichen Hand. Bis 1951 hatte Labour weite Teile der britischen Industrie umstrukturiert und vier Millionen Menschen waren im öffentlichen Sektor angestellt, 18 Prozent aller Beschäftigten. Ein Fünftel der Wirtschaft befand sich in öffentlichem Besitz, ein Drittel der Investitionen entfielen auf die öffentliche Hand. Trotz anderslautender Märchen waren die verstaatlichten Industrien recht effizient und

übertrafen sowohl die vergleichbaren US-amerikanischen Privatunternehmen als auch die britische Industrie insgesamt in Bezug auf die Gesamtproduktivität. Trotz aller Mängel bleibt dies bis heute das radikalste und tiefgreifendste Wirtschaftsreformprogramm, das je in Großbritannien durchgeführt wurde.

Danach kam es zu einer Konterrevolution. Die konservativen Regierungen von Thatcher und Major haben die Umwandlungen der Besitzverhältnisse weitgehend rückgängig gemacht. Die führenden Bereiche der Wirtschaft wurden zur Versteigerung freigegeben. Zwischen 1980 und 1996 entfielen auf Großbritannien vierzig Prozent aller in der OECD privatisierten Vermögenswerte, eine gigantische Übertragung von Vermögen an private Eigentümer. Die meisten kleinen Privatanleger verkauften ihre Aktien innerhalb kurzer Zeit wieder und profitierten dabei von Gewinnen aus der Unterbewertung, strafen die Versprechen einer Aktionärsdemokratie damit aber Lügen. Die Privatisierungen ermöglichten nicht nur Angriffe auf Gewerkschaften und die Wiederherstellung der „Vorrechte“ des Kapitals, sondern waren – zusammen mit der Finanzmarkt deregulierung – entscheidend für den Aufbau des Londoner Kapitalmarktes. Der Verkauf der British Telecom mit Aktien im Wert von 3,9 Milliarden Pfund 1984 war sechsmal größer als jeder vorherige Börsengang. Die Privatisierungen unter Thatcher ermöglichten den Aufstieg des Finanzkapitals und den Machtzuwachs der Londoner City.

Am folgenreichsten war die „Right to Buy“-Politik, durch die die Kommunalverwaltungen gezwungen wurden, Sozialwohnungen an ihre Mieter zu verkaufen, wenn diese dazu in der Lage waren – mit einem Preisnachlass von bis zu fünfzig Prozent. Dies war bei weitem die größte Privatisierung, im Umfang von 40 Milliarden Pfund über 25 Jahre. Diese Maßnahme richtete sich ausdrücklich an Wechselwähler, um unter ihnen neue Unterstützung für die neoliberale Politik zu gewinnen. Wie Thatcher treffend sagte „ist Wirtschaft die Methode, das Ziel aber Herz und Seele zu verändern“. Sie verstand sehr gut, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse die Sichtweisen und Interessenlagen prä-

gen, die wiederum die Grenzen der politischen Möglichkeiten vorgeben. Diese Lektion sollte an erster Stelle des linken Denkprozesses um die Bemühungen stehen, eine systematische institutionelle Abschaffung des Neoliberalismus herbeizuführen.

Wie die Regierung Attlee, die mit den hartnäckigsten und reaktionärsten Teilen des britischen Kapitals konfrontiert war, steht auch Corbyn gegen die herrschenden sozialen Triebkräfte, die es abzuwickeln gilt, wenn das erklärte Ziel, eine gerechtere und demokratischere Wirtschaft zu schaffen, erreicht werden soll. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Einfluss der Londoner City auf die Realwirtschaft stetig erhöht, mit erheblichen Folgen für den Rest der Bevölkerung. Linke Ökonomen haben gezeigt, dass diese Finanzialisierung der Wirtschaft hinter vielen bedrohlichen Entwicklungen steckt, wie der zunehmenden Einkommensungleichheit und der Lohnstagnation, die durch die fortschreitende Übertragung von Einkommensanteilen auf den Finanzsektor verursacht wird. Die Hochfinanz ist auch eine wesentliche Quelle enormer Instabilität und die eigentlich Verantwortliche für ein Jahrzehnt der Krise und Sparpolitik.

Dank des neu gefundenen Wagemuts von Labour ist eine erneute Revolution der Eigentumsverhältnisse in Sichtweite. Aber die Ablösung des neoliberalen Kapitalismus bedeutet keinesfalls eine Rückkehr in die Vergangenheit. Klar ist, dass eine Regierung unter Corbyn nicht einfach das Nachkriegsmodell wiederaufleben lassen kann – das der großen, von oben geführten, zentral verwalteten Unternehmen. McDonnell hat die Begrenztheit solcher bürokratischen Lösungen betont, „weil hier zu viel Macht in zu wenigen Händen zentralisiert wurde“. Das damalige Vorgehen hat viel mit dem heutigen Modell der multinationalen Unternehmen gemeinsam, bei dem die Macht in wenigen Händen im Silicon Valley oder in der City of London liegt. Die Alternative, so argumentiert er, sind plurale Formen des demokratisierten und dezentralen gemeinsamen Eigentums in verschiedenen Ausprägungen: „Dezentralisierung und soziales Unternehmertum sind Bestandteil der Linken... Demokratie und Dezentralisierung sind die Schlagworte unseres Sozialismus“. Dieser

doppelte Schwerpunkt auf demokratisiertem Eigentum und politischer Dezentralisierung ist insofern bemerkenswert, als er von der nationalen Ebene kommt.

Corbyn und McDonnell haben eine vielversprechende Perspektive für die britische Linke geschaffen. Die institutionelle Wende der Labour Party ist die Zusammenführung der Elemente, die auf einen transformativen Wandel hinauslaufen würden: die Ausweitung des Eigentums, dessen demokratische Kontrolle und die Verheißung einer gerechteren Wirtschaft. Wie die vorangegangenen Reformprogramme von Attlee und Thatcher beinhaltet der Vorschlag von Corbyn auch Überlegungen für die Voraussetzungen des eigenen politischen Erfolgs und seine Konsolidierung. Er bietet allen Linken die Möglichkeit, die Entwicklung eines Programms grundlegender Veränderungen zu unterstützen, das Großbritannien so dringend braucht – und damit ein leistungsfähiges Modell für die Nachahmung weit über seine Grenzen hinaus zu erschaffen.

Überall auf der Welt treiben die Parteien der Linken und linken Mitte verunsichert durch die Krise, ihnen fehlt die intellektuelle Orientierung. In vielen Fällen hat sich die Linke in rivalisierende Lager gespalten, die in destruktiver gegenseitiger Abneigung gefangen sind. Großbritannien ist eine vielversprechende Ausnahme von diesem Missstand. Labour stellt als radikal demokratische und sozialistische Regierung im Wartestand eine historische Chance für die Schaffung eines neuen Wirtschaftsmodells dar, das die Unterstützung all jener finden sollte, die eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft wollen. Das Projekt von Corbyn verdient die Unterstützung der gesamten Linken, von Menschen mit den unterschiedlichsten ideologischen Hintergründen, ganz einfach weil es die beste Gelegenheit darstellt, tragfähige Lösungen zu entwickeln, die dem Ausmaß unserer Probleme gerecht werden. Es geht nun darum, die Grundlagen dieser transformativen Agenda angesichts der strukturellen Herausforderungen einer sich rasch verändernden politischen und wirtschaftlichen Landschaft zu konkretisieren und so eine Wirtschaft zu schaffen, die „For the Many not the Few“ funktioniert. ■

100 Jahre Matrosenaufstand

– Geschichte und Zukunft der SPD-Linken und der SPD

von Max Reinhardt¹

1. Matrosenaufstand

1.1. Aktualität des Themas Matrosenaufstand?

Jenseits von Jubiläen stellt sich die Frage, was aus der historischen Analyse z.B. des Matrosenaufstandes gelernt werden kann. Dabei soll Geschichte nicht mystisch aufgeladen und das Handeln von Menschen nicht überhöht als Geschichte von Königen dargestellt werden. Deshalb wird im Mittelpunkt der in diesem Artikel durchgeführten Aufarbeitung geschichtlicher Ereignisse eine kurze Kräftefeldanalyse der ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen stehen, die zum Matrosenaufstand führten. Erst so wird es möglich sein, das Handeln der Akteur*innen zu verstehen und mögliche Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf den ersten Blick finden sich im Vergleich mit der heutigen Situation zunächst einmal (zum Teil scheinbar) ähnliche Kräfteverhältnisse der parteipolitischen Linken:

- Die parteipolitische Linke war zum Zeitpunkt des Matrosenaufstandes gespalten in MSPD mit Friedrich Ebert, Gustav Noske u.a., USPD mit Hugo Haase, Eduard Bernstein u.a. und im Prinzip auch schon in die Strömung um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ab Ende Dezember 1918 Spartakusbund, Anfang Januar 1919 KPD (vgl. Grebing 2007, S. 56-76).
- Auch heute haben wir eine kaum überwindbare Spaltung der parteipolitischen Linken: in SPD, Grüne und Linkspartei.
- Die Spaltungslinie Krieg - Frieden ist zwar mit der heutigen vergleichbar. Sie ist aller-

dings hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen grundverschieden. Handelte es sich ab 1914 um die Bewilligung der Kriegskredite für die Finanzierung der deutschen Truppen im 1. Weltkrieg, so geht es heute um internationale Kriegseseinsätze und die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands.

- Die weitere zentrale Spaltungslinie war die zwischen der falschen Alternative von Reform und Revolution bzw. zwischen der vermeintlichen Wahl zwischen der parlamentarischen Demokratie und der Räteredemokratie, obwohl sie jeweils nicht zwangsläufig als alternativ (vgl. z.B. Luxemburg 1919), sondern vielmehr auch als sich ergänzend zu verstehen sind.
- Heute hingegen haben wir keine Spaltungslinien mehr zwischen Reform und Revolution, sondern zwischen einer exportwirtschaftsorientierten SPD mit einer Ideologie des Aufstiegs durch Bildung, einer Linken zwischen Postmoderne mit urbanen, jungen hochqualifizierten Milieus und sozialistischer, manchmal auch sektiererischer Tradition sowie den postmodernen, zivilgesellschaftlichen und ökologischen progressiven, aber auch wirtschaftsliberalen Grünen.

Die politische Linke war 1918 weitaus brüchiger. Es war nicht nur eine politische Konkurrenz, sondern zwischen der MSPD-Führung um Ebert und Noske und den Räteredemokraten sowie vor allem dem Spartakusbund war es zum Teil auch eine blutige Feindschaft. Die nun folgende historische Analyse zeigt erhebliche Unterschiede zur heutigen Situation.

1.2 Zum Matrosenaufstand November 1918

Im Winter und Frühjahr 1918/19 kam es immer wieder zu standesrechtlichen Erschießungen von Aufständischen durch Regierungs-

¹ Max Reinhardt ist Experte der SPD-Strömungsgeschichte. Im spw-Verlag/Nomos Verlag ist 2014 von ihm erschienen: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus. Bei dem Artikel handelt es sich um das überarbeitete und gekürzte Redemanuskript für eine Veranstaltung von dem „Projekt Moderner Sozialismus Norddeutschland e.V.“ (ProMS Nord e.V.) am 04.02.2018 in Lübeck.

truppen oder Freikorps, aber auch „die revolutionären Seeleute und Soldaten“ (Jones 2017, S. 56) erschossen zum Beispiel am 05.11.1918 in Kiel vor der Sparkasse Menschen, weil sie „sich im Kampf auf Leben und Tod gegen antirevolutionäre Offiziere“ (ebd., S. 57) wählten.

Ist also auch der Matrosenaufstand als eindeutig gewalttätig zu bezeichnen? Der Matrosenaufstand war „eine weitestgehend gewaltlose Revolution, getrieben von dem Verlangen, das Blutbad des Ersten Weltkriegs unverzüglich zu beenden und eine deutsche Republik zu erschaffen“ (Jones 2017, S. 77 f.), was „fast über Nacht“ (ebd., S. 77) gelang. Genau deshalb hat der Matrosenaufstand auch heute noch viele Sympathisanten im linken Lager. Gleichzeitig ist er aber vielen nicht bekannt oder sie erinnern nur Bruchstücke aus dem Schulunterricht. Ihm gedacht wird jedenfalls bislang viel zu wenig - trotz der Jubilarveranstaltungen in diesem Jahr. Zu bedauern ist auch, dass der 9. November kein Nationalfeiertag geworden ist. Er bote zudem auch noch die Möglichkeit, den grausamen Taten und Morden während der Reichsprogromnacht 1938 und ebenso der Maueröffnung 1989 und damit der samtenen Revolution in der DDR zu gedenken.

Was aber war der Anlass für den Matrosenaufstand und die nachfolgenden Aufstände Ende Oktober bis zum 9. November 1918, also noch vor der Eskalation der Gewalt 1919? Und wer beteiligte sich wie an den Aufständen? Wer waren die Gegner und welche politischen Programme haben die Aufständischen vertreten?

Die Matrosen wollten sich nicht für den Plan der kaiserlichen Marineführung verheizen lassen, um eine kaum noch zu erreichende Wende der unvermeidlichen Niederlage im 1. Weltkrieg herbeizuführen. Erst waren es Matrosen in Wilhelmshaven die sich widersetzten, woraufhin insbesondere „das III. Geschwader“ mit fünf Schiffen und 5000 Matrosen nach Kiel auslief, darunter auch 47 Matrosen, die sich bereits in Wilhelmshaven geweiert hatten und „die der Geschwaderchef als „Hauptträdelsführer“ hatte festnehmen lassen“ (Ulrich 2016, S. 27). Im Prinzip war dies eine militärisch-strategische Fehlleistung, denn „in keinem weiteren

Ort waren die Bedingungen für die Entstehung einer revolutionären Situation so günstig wie gerade in der Ostseestadt. Hier waren Anfang November 1918 nicht nur 50.000 Militärangehörige stationiert. Hier gab es auf den Großwerften und den Zuliefererbetrieben eine viertausendköpfige radikalisierte Arbeiterschaft, die in den großen Streikbewegungen des Ersten Weltkrieges ihre Kampfbereitschaft erprobt hatte“ (ebd., S. 28). An Land gekommen nahmen die Matrosen mit MSPD und USPD Kontakt auf und es folgte eine Demonstration am 3. November mit 6000 Menschen („Matrosen, Werftarbeiter und deren Frauen“ (ebd., S. 28)) mit „Hochrufen auf die Republik und die Internationale“ (ebd.) mit 9 Toten und 29 Verwundeten durch Schüsse einer Militärpatrouille. Am 5. November folgte ein Generalstreik, die Gründung eines Soldaten- und eines Arbeiterrates. Zunächst einmal forderten Arbeiter und Matrosen in den Kieler 14 Punkten vor allem bürgerliche Rechte wie Presse- und Redefreiheit und mehr Rechte als Soldaten gegenüber ihrer Obrigkeit ein (vgl. ebd.).

Vor allem Gustav Noske, wehrpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Reichstag, versuchte, die Revolution aufzuhalten und die alte Ordnung wiederherzustellen. Er ließ sich am 5. November „auf dem Wilhelmplatz per Akklamation zum Vorsitzenden des Soldatenrats wählen“ (Ulrich 2016, S. 28) und wurde am 7. November „als Nachfolger Admiral Souchons“ (ebd., S. 29) Gouverneur. Noske konnte aber den Aufstand nicht aufhalten. Er breitete sich „über Lübeck, Wismar, Schwerin, Rostock, Warnemünde, Brunsbüttel, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bremen“ (ebd.) aus.

Der Aufstand verlief nach einem ähnlichen Muster wie z.B. in Hamburg „in der Nacht vom 5. auf den 6. November“ (Ulrich 2016, S. 28), wo sich „die Matrosen unter Führung des Maats Friedrich Zeller (...) der im Hafen liegenden Torpedoboote“ bemächtigten, den Elbtunnel besetzten und „in den Morgenstunden zum Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof“ (ebd., S. 29) führen. In Hamburg wurde nach dem Kieler Vorbild ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Zur „Massenversammlung auf dem Heilgengeistfeld“ (ebd., S. 29) am 6. No-

vember erschienen „über 40.000 Arbeiter, Matrosen und Soldaten“ (ebd., S. 30). Aufstände folgten bis zum 8. November auch in Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Bielefeld, Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig, Frankfurt am Main“ (ebd., S. 30) und in „viele(n) andere(n) mittel- und süddeutsche(n) Städten“ (ebd.), in denen auch Arbeiter- und Soldatenräte gegründet wurden. „In den meisten Fällen war die Zusammensetzung Ergebnis eines Kompromisses zwischen MSPD und USPD, der von den örtlichen Politikern ausgehandelt und erst nachträglich von Delegiertenversammlungen bestätigt wurde“ (ebd.). In München war maßgeblich Kurt Eisner, Vorsitzender der USPD, für die Initiative zur Friedensdemonstration verantwortlich (vgl. ebd.).

Ebert verhandelte am 6. November im Reichskanzlerpalais mit Wilhelm Groener, dem Ersten Generalquartiermeister und damit Leiter der Obersten Heeresleitung über die Abdankung des Kaisers mit dem Ziel die Revolution zu verhindern. Am 7.11. sagte Ebert zum Reichskanzler Prinz Max von Baden:

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie, wie die Sünde.“ (zit. nach Ulrich 2016, S. 31).

Am 9.11. war es dann nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung soweit. Ebert wurde nach dem Rücktritt von Max von Baden Reichskanzler und Philipp Scheidemann rief gegen den Willen von Ebert die Republik aus. Ebert entgegnete:

„Du hast kein Recht, die Republik auszurufen: Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante“ (zit. nach Ulrich 2016, S. 32), also eine verfassungsgebende Nationalversammlung.

Ebert war für Ruhe und Ordnung, die Spartakisten um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hingegen waren für eine „freie sozialistische Republik“ und die „Vollendung der Weltrevolution“ (zit. nach Ulrich 2016, S. 33).

Im Rat der Volksbeauftragten teilten sich MSPD mit Ebert, Scheidemann und Otto Landsberg und USPD mit Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth ebenso wie Ebert und Haase mit dem Vorsitz des Kabinetts noch die Macht, aber die Kräfteverhältnisse waren schon zu Gunsten der MSPD verschoben, die die alte Ordnung mit dem alten Beamtenapparat erhalten wollte. Viele Aufständische aber wollten eine Einigkeit der beiden Parteien. Diese spiegelte sich auch in den von der Versammlung gewählten paritätisch besetzten, 14-köpfigen Aktionskomitees des Arbeiter- und des Soldatenrates wider. Der Rat der Volksbeauftragten setzte vor allem bürgerliche Rechte in Kraft: die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts wurde ebenso wie der Belagerungszustand aufgehoben, die Meinungs- und Religionsfreiheit gewährt, „politische Gefangene amnestiert und das Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ außer Kraft gesetzt. Darüber hinaus versprach die Regierung allerdings, vom 1. Januar 1919 an den Achtstundentag einzuführen und künftig alle Wahlen nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht für alle, auch für Frauen, ab dem 20. Lebensjahr stattfinden zu lassen“ (Ulrich 2016, S. 33).

War die Revolution von 1918, der Aufstand der Matrosen, Soldaten, Arbeiter und Frauen also nur eine bürgerliche und wurde die soziale Revolution im Sinne Sebastian Haffners (1969) verraten? Aus Sicht des marxistischen Historikers Arthur Rosenberg wollten die Arbeitermassen eine parlamentarische Demokratie mit grundlegenden bürgerlichen Rechten und ihre Revolution war eine bürgerliche, ohne dass sie eine sozialistische Revolution im Sinn gehabt hätten (vgl. Rosenberg 1928, S. 201, 242; vgl. von Oertzen 1976, S. 55-58). Der Historiker und SPD-Linke Peter von Oertzen hebt aber mehr als Rosenberg die aufständische Dimension der „revoltierenden Arbeiter und Soldaten des November 1918“ (von Oertzen 1976, S. 58) hervor. Sie waren zwar „keineswegs grundsätzlich gegen Ruhe, Ordnung und geregelte Wirtschaft, und ihrer großen Mehrheit nach auch keine Gegner der SPD, geschweige denn Linksradikele. Aber sie wurden doch beherrscht von einer stark gefühlsbetonten Abneigung gegen die Kastenprivilegien der Offiziere, gegen die starre militärische

Disziplin, gegen die überkommene autoritär-bürokratische Verwaltung, gegen die Vorrechte der Unternehmer und gegen jede Unterdrückung oder Entrechtung der Arbeiter, d.h. sie waren zwar nicht gegen Ordnung schlechthin, aber doch sehr entschieden gegen die bestehende Ordnung und ihren Machtapparat. Die Form, in der diese Rebellion ihren Ausdruck fand, war die der Räte: Soldatenräte zur Kontrolle der Offiziere, Arbeiterräte zur Kontrolle der Regierung und Verwaltung, Betriebsräte zur Kontrolle der Unternehmer. In den Räten verwirklichte sich - spontan, ungeordnet, nicht durchdacht, aber für kurze Zeit unwiderstehlich - der Wunsch großer Teile des Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, nicht mehr kommandiert zu werden, sondern die Dinge irgendwie selbst in die Hand zu nehmen“ (ebd.).

Die Räte demokraten, die der USPD nahestanden, wollten eine soziale Demokratie, die sie als ersten Schritt auf dem Weg in eine sozialistische Republik mit weitgehenden bürgerlichen und sozialen Rechten verstanden (vgl. von Oertzen 1976, S. 60).

Die Rätebewegung war ebenso wie die Shop Steward Bewegung in England vor allem „in den technisch ökonomisch bedeutsamsten bzw. fortgeschrittensten Industrien am tiefsten verwurzelt und „drückte ein neues soziales Bewusstsein der Arbeiter aus“ (von Oertzen 1976, S. 321), das in Teilen über das auf Ordnung und Wohlstand beschränkte der MSPD hinausging.

Zwar können die Ergebnisse der Rätebewegung auch als „Wegmarke zur Etablierung moderner sozialer und wirtschaftlicher Bürgerrechte wie Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Mitbestimmung“ (Mittag 2013, S. 43) gewertet werden.

2. Kurze Geschichte der SPD-Linken

2.1 Weimarer Republik, nationalsozialistische Diktatur und Nachkriegszeit

Die Weimarer Republik aber blieb weit hinter diesen Forderungen zurück und ihre Geschichte ist eine Geschichte von Jahren, gerichtlich nicht verfolgter oder nur mit geringen

Strafen verfolgter politischer Morde vor allem der Rechtsradikalen, wie u.a. Emil Gumbel bereits 1927 in seiner Arbeit „Vier Jahre politischer Mord“ verdeutlicht hatte.

Mit der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 und ihrer Diktatur blieb nichts mehr von der deutschen Revolution 1918 übrig. Bürgerliche und soziale Rechte wurden zurückerlangt. Die SPD und ihre Vorkampfordorganisationen wurden zerschlagen. Viele Sozialdemokraten flüchteten ins Exil oder wurden verhaftet. Manche gingen in die innere Emigration. Der letzte Versuch des ADGB² sich den Nationalsozialisten noch anzupassen schlug fehl. Auch Gewerkschafter wurden verfolgt und verhaftet (vgl. Grebing 2007, S. 105 f.).

Die Nachkriegs-SPD war in weiten Teilen von der Hoffnung einer einheitlichen Arbeiterbewegung geprägt. Gleichzeitig gingen viele wie der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher auf Distanz zu einer erzwungenen Einheit, die sie vor allem in der sowjetischen Besatzungszone zu Recht befürchteten. Das Ergebnis dieses Zwangs war die SED (vgl. Grebing 2007, S. 135-138).

Die SPD war unter Kurt Schumacher vergleichsweise radikal: in Sozialisierungsfragen, im Anspruch auf Führung, in seinem Antibolschewismus und auch in seiner positiven Haltung zur Einheit Deutschlands. Er war, auch aufgrund seines Widerstands gegen die Nationalsozialisten, unumstritten ein geistiger Führer der SPD. Er war aber auch autoritär und wenig teilhabeorientiert. Dennoch hatte schon er die SPD über die engen Grenzen der Weimarer Republik für Christen und konservativere Milieus geöffnet und damit die spätere Öffnung zur Volkspartei mit dem Godesberger Programm 1959 vorweggenommen (vgl. Grebing 2007, S. 131-134).

2.2 Institutionelle Entstehung der SPD-Linken nach 1945

Die SPD-Linke existierte nach 1945 kaum noch und wenn organisierte sie sich in kleinen Zirkeln z.B. um die Zeitschrift Sozialistische Politik, z.T. auch über die SPD hinaus. Es stimm-

2 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

ten nur 16 Delegierte gegen das Godesberger Programm 1959, darunter Peter von Oertzen. Die SPD-Linke begann sich erst ab 1959 bis 1962 im Elzer Kreis zu organisieren, benannt nach dem Ort Elze südlich von Hannover. 1961 erfolgte der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Fördergesellschaft des SDS, faktisch dem Ausschluss der SDS-Mitglieder und seiner Förderer wie Ossip K. Flechtheim und Otto Stammer. Wehner, Erler und Schmidt wollten den SDS deshalb loswerden, weil sie eine Revision des Godesberger Programms fürchteten (vgl. Reinhardt 2014, S. 34-36, 41-44, 50).

Vor allem durch den Zustrom der jungen Linken in die SPD ließ sich aber eine zunehmende Stärkung der SPD-Linken nicht aufhalten. So entwickelte sich später der Sozialistische Hochschulbund, der als Godesberger Alternative gegründet worden war, auch nach links (vgl. Reinhardt 2014, S. 44).

Anfang der 1960er hatte sich neben dem Elzer Kreis auch schon eine kleine Gruppe linker Sozialdemokraten in Frankfurt am Main „Arbeitskreis IV der Gesellschaft für Forschung unter internationaler Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e. V. (GfP)“ getroffen. Die GfP gab die Zeitschrift „express international“ heraus, in der Alt-Linken, Jusos, Jungsozialisten und Gewerkschafter z.B. zum Vietnamkrieg, zu linken Bewegungen in Südafrika, den USA und anderen Staaten, zur Stärkung einer innerparteilichen Opposition gegen die autoritäre Führung der SPD und für mehr Arbeitnehmerrechte Stellung bezogen (vgl. Reinhardt 2014, S. 50 f.).

Weitere Einladungen aus SPD-linken Kreisen nach Bildung der Großen Koalition führten zu einer Organisation der SPD-Linken, vor allem der jüngeren Generation, die die Anpassungsbereitschaft der SPD und ihre Regierungslogik, aber auch die Abkehr vom Sozialismus zu Gunsten einer marktwirtschaftlichen Sozialdemokratie kritisierte (vgl. Reinhardt 2014, S. 53-55).

Der SPD-Linken gelangen auf den Parteitag 1970 einige Erfolge: z.B. setzten sie sich auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 mit Forderungen nach mehr Mitbestimmung, eine bessere soziale Absicherung von Arbeitnehmern und

die Ausarbeitung eines Langzeitprogramms mit dem Ziel Grundsatzdiskussionen zu beleben, durch (vgl. Reinhardt 2014, S. 52).

Auch „die SPD-Linke in der Bundestagsfraktion organisierte sich auf Anregung des IG Metalllers Hans Matthöfer“ (Reinhardt 2014, S. 52; vgl. Müller-Rommel 1982, S. 134) (Stichwort seiner späteren Arbeit „Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft“ (Matthöfer 1977)) ab 1969 als „Gruppe der 16. Etage“ und ab 1972 im „Leverkusener Kreis“, darunter die jungen Bundestagsabgeordneten Björn Engholm, Karl-Heinz Walkhoff und Günter Wichert, die keine Erfüllungsgehilfen der Exekutive mehr sein wollten. Etwa 43 Prozent der linken Abgeordneten kamen aus sozialen Berufen, die zunehmend SPD wählten (vgl. Müller-Rommel 1982, S. 149 f.).

Die Fraktionslinken waren zum Beispiel „gegen den USA-Krieg in Kambodscha und Vietnam, gegen den konservativen „Bund Freiheit der Wissenschaft“, gegen die Blockwahl der Berliner SPD, die die freie Wahl der Kandidaten verhinderte“ (Reinhardt 2014, S. 53; vgl. Müller-Rommel 1982, S. 151), und nach einem Bestechungsskandal für einen „Ehrenkodex für das Parlament“ (ebd.).

Die SPD-Linken beteiligten sich an Gesetzesvorhaben insbesondere „zur Mitbestimmung, zur Steuerreform, zur Berufsausbildung, zum gesellschaftlichen Wachstum und zur Rechtsprechung“ (Müller-Rommel 1982, S. 152). Auf dem Parteitag in Hannover gelangen ihr auch personalpolitische Erfolge mit den Wahlen des linken IG Chemie-Vorstandsmitglieds Werner Vitt von Matthöfer in den SPD-Vorstand. Jochen Steffen erhielt zu wenig Stimmen für seine Kandidatur in das SPD-Präsidium und Peter von Oertzen nahm deshalb seine Wahl nicht an, wurde aber Vorsitzender der Kommission für den Orientierungsrahmen '85 zur Erarbeitung eines neuen Entwurfs eines Langzeitprogramms. Zudem beschlossen die Delegierten eine Abmilderung des Radikalenerlasses und eine Sozialisierung des Bodenrechts. Die SPD-Linke war für staatliche Eingriffe in die Marktwirtschaft wie die direkte Investitionslenkung, während die SPD-Rechte das Prinzip der Sozi-

alen Marktwirtschaft mit einem Mindestgrad an staatlichen Rahmenbedingungen und, falls notwendig, an Planung verteidigte (vgl. Reinhardt 2014, S. 54 f.; aus Sicht des rechten SPD-Flügels vgl. Gebauer 2005).

Letztlich aber war Willy Brandts Regierungs-erklärungsformel „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ 1969 maßgeblich durch die SPD-Linke beeinflusst worden. Ihre Hochphase jedoch hatte sie vor allem in den 1980er Jahren, beginnend Ende der 1970er mit ihrem Einstehen gegen Kernenergie, gegen den NATO-Doppelbeschluss und für eine Friedenspolitik in und mit den Sozialen Bewegungen. So stark wie in den 1980er Jahren nach der Abwahl Helmut Schmidts als Bundeskanzler 1982 ist sie nie mehr geworden. Durch die Integration der Sozial Bewegten blieben die Ende der 1970er Jahre gegründeten Grünen vergleichsweise schwach, auch wenn sie die Fünfprozent-Hürde überspringen konnten (vgl. Reinhardt 2014, S. 45-76).

Rätedemokratische Einflüsse waren nicht nur bei Peter von Oertzen, sondern auch bei den Antirevisionisten, einer linken Strömung der Jusos mit Schwerpunkt im Bezirk Hannover festzustellen. Die Antirevis waren für die Systemüberwindung im Bündnis mit der APO, d.h. sie waren für eine entschiedene Basismobilisierung zur Überwindung des Kapitalismus (vgl. Schonauer, S. 316; Stephan, S. 39-41; Reinhardt 2011, S. 76 f.). Die Stamokaps waren ihnen zu technokratisch, da diese nur den Staat erobern wollten. Zu den Antirevis zählten zum Beispiel der niedersächsische SPD-Politiker Wolfgang Jüttner (vgl. DER SPIEGEL 1977, S. 72 f.), aber auch Thomas Oppermann (vgl. Reinhardt 2011, S. 425 f.).

Auch die Grünen waren rätedemokratisch bewegt, was sich zum Beispiel in ihrer radikalen basisdemokratischen Auffassung von Politik mit dem Rotationsprinzip und der Trennung von Amt und Mandat zeigte.

3. Wirtschaftsliberale Wende der SPD seit den 1990er Jahren

Wo aber ist heute diese Strömung in der SPD, aber auch bei den Grünen geblieben? Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Die SPD hat sich verändert. Die wirtschaftsliberale und kriegspolitische Wende wurde schon in den 1990er Jahren eingeleitet, maßgeblich durch die Seeheimer wie Scharping und andere. Die SPD-Rechte war u.a. auch durch die Ost-SPD erstarkt, die vor allem bürgerrechtsbewegt war und mit sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen nichts anfangen konnte, ja sie diese aufgrund ihrer Erfahrungen in der DDR mit DDR-Propaganda gleichsetzte und bekämpfte (vgl. Reinhardt 2014, S. 78-89).

Erst mit dem Vorsitz Lafontaines ab 1995 mit Unterstützung der Jungsozialisten unter Andrea Nahles gelang eine Rückbesinnung auf sozialpolitische Reformen im Sinne eines Ausbaus sozialer Rechte (vgl. Reinhardt 2014, S. 90 f.). Lafontaine fuhr zudem einen harten Oppositionskurs gegen die christlich-liberale Koalition und blockierte die Regierung im Bundesrat z.B. bei der Steuergesetzgebung.

Der 1998 gewonnene Bundestagswahlkampf wurde durch eine massive Mobilisierung der gewerkschaftsorientierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch durch die Gewerkschaften gewonnen. Gleichzeitig hatte Schröder einen Wirtschaftsmodernisierungswahlkampf nach dem Vorbild von Clinton und Blair geführt und damit auch einen kleinen Teil eher wirtschaftsliberaler Wähler für die SPD mobilisieren können, die die SPD aber natürlich nicht halten konnte, weil es keine Stammwähler waren. Zwar nahm die rot-grüne Regierung bis 1999 einige Kohlsche Reformen zurück. Lafontaine aber war europaweit und auch in Deutschland durch seine finanzpolitischen Vorstellungen einer Finanzmarktregulierung massiv unter Druck geraten und von der Sun zum gefährlichsten Mann Europas erklärt worden. Zudem intrigierte der Kanzleramtsminister Bodo Hombach, der Mitverfasser des Schröder-Blair-Papiers, gegen Lafontaine, der dann 1999 als SPD-Vorsitzender und Finanzminister zurücktrat, nachdem Schröder selbst mit Rücktritt gedroht hatte (vgl. Reinhardt 2014, S. 91-95).

Danach folgte eine Orgie wirtschaftsliberaler Gesetze: Arbeitsmarkt- und Finanzmarktderegulierung, ebenso wie massive Steuersenkungen zu Gunsten der Unternehmen; alles um die

Arbeitslosenzahlen zu senken. Damit wurde der Niedriglohnsektor weiter stabilisiert, ein Leiharbeiter- und Werkvertragsarbeitsmarkt geschaffen und die Stammebelegschaft gespalten. Ebenso wurden die Arbeitslosen mit Hartz IV einem Sanktionsregiment und einem Zwang, jede Art der Arbeit anzunehmen, ausgeliefert und die Leistung der Arbeitslosenhilfe gestrichen und durch das niedrigere Arbeitslosengeld II ersetzt. Das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften war zu dem Zeitpunkt bis 2005 katastrophal (vgl. Reinhardt 2014, S. 95-113; vgl. auch Denia/Reinhardt 2014 154-156).

Im Grunde haben dieselben Leute (Oppermann und Scholz) bis heute die SPD im Griff. Eine ernsthafte Abkehr dieser Politik erfolgte trotz Einführung eines Mindestlohns und gradueller Rücknahmen bei der Leiharbeit nicht oder wurde verhindert, als zum Beispiel Kurt Beck für eine partielle Rücknahme eintrat. Der SPD-Rechte Kurt Beck wurde regelrecht weggemobbt und durch Steinmeier und Müntefering ersetzt, die dann das bis dahin schlechteste Bundestagswahlergebnis einfuhren. Beide standen für die Rente mit 67 und die Agenda 2010. Auch Gabriel, Steinbrück und Schulz, alle drei Seeheimer, konnten den Niedergang der SPD nicht verhindern. Die Gründung der Linkspartei aus der von vielen linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gegründeten WASG und PDS war eine logische Konsequenz der Entfremdung vieler linker Gewerkschafter und Sozialdemokraten (vgl. Reinhardt 2014, S. 111-125).

Die Einigelung in den Apparategiken jedenfalls jenseits der Alltagsmilieus mit ihren Sorgen der Prekarität, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der schlechten Bezahlung usw. ist fatal. Die Rechten haben den Druck auf der Straße mit „Pegida“ und der AfD erhöht, aktuell sogar sozialpolitische Themen zur Spaltung gegen Flüchtlinge besetzt und bei Wahlen zunehmend auch Arbeiter und Arbeitslose mobilisiert (vgl. Reinhardt 2018, S. 62). Die Gegenbewegungen für die Erhaltung des „Hambacher Forstes“ und für eine solidarische Gesellschaft (#unteilbar) mobilisieren aber weitaus mehr Demonstrant*innen und führen derzeit den Grünen neue Wähler*innen zu, werden aber

von der Medienöffentlichkeit weitaus weniger wahrgenommen, weil ihnen der Tabubruch zu fehlen scheint. Ihre Einstellungen finden sich vor allem in den modernisierten sozialen Milieus wieder und repräsentieren damit einen wesentlichen Teil der Bevölkerung, jedenfalls mehr als die autoritären Milieus, die auf etwa 20 Prozent geschätzt werden (vgl. Vester 2017). Der Matrosenaufstand zeigt, dass der Mut der vielen etwas verändern kann, so wie es die Protestgeneration in den 1970er Jahren auch geschafft hat. Immerhin werden die Atomkraftwerke nach und nach abgeschaltet. In diesem Sinne müssten Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten vor allem in Form von Derivaten oder Spekulationen auf Lebensmittel begrenzt oder verboten werden. Eine erste Revolution in der SPD könnte es sein, sich als echte Opposition zum Mainstream neu aufzustellen und danach weitere Schritte zu wagen. Ansonsten wird die SPD bald keine Rolle mehr spielen. Die SPD-Führung ist derzeit, auch nicht nach der Bayernwahl, zu keiner Selbstkritik fähig. Es fehlt ihr eine geeignete Gesellschaftsanalyse, mit der sie ihre eigenen Niederlagen erklären könnte. Sie übersieht die schwerwiegenden Verletzungen alltagsmoralischer Vorstellungen durch ihre Deregulierungspolitik (Hartz IV, Rente mit 67 usw.), die trotz Mindestlohn und Rente mit 63 nicht geheilt wurden. So steht das Parteiensystem vor einer schleichenden Revolution hin zu einem neuen Parteiensystem mit geringerer Bindungskraft, weil die SPD angestammte Wähler*innen nicht ernst nimmt. Revolutionen entstehen häufig durch die Verletzung alltagsmoralischer Vorstellungen (vgl. z.B. Thompson 1977). In Demokratien können Proteste anders ausgelebt werden, so dass Revolutionen nicht gleich zu einem vollständigem Systemwandel, wohl aber zu einem gesellschaftspolitischen oder wirtschaftspolitischen Wandel führen können, wie sich dies derzeit im Parteiensystem vollzieht. „Der Gewerkschaftsstaat“ (Brandt 1981, S. 1066) war zum Beispiel ein ideologischer Kampfbegriff der Arbeitgeberverbände in den 1970er und 1980er Jahren und in der Tat waren die 1970er Jahre ein kleiner Pfadwechsel hin zu einem eher skandinavischen Wohlfahrtsstaatspfad (vgl. Esping-Andersen 1989). Dieser Pfadwechsel aber steht noch aus, weil die SPD sich scheut, sich politisch klar zu verorten. Eine

CDU light der Mittewähler*innen hat jedenfalls keine Zukunft. Die SPD-Führung hat sich in Marketing- und Kampagnenlogiken der adhoc-Mobilisierung zu Wahlen verrannt und scheint zu demokratischen, innerparteilichen und gesellschaftspolitischen Innovationen nicht mehr sprach- und handlungsfähig zu sein. Der SPD-Führung wäre der Mut der Matrosen zu wünschen, sich gegen die Niederlage zu stemmen und den Weg des Zauderns und Versteckens in der Großen Koalition zu verlassen und sich stattdessen zu einer sozialdemokratischen Politik und einem Teilhabestaat als klares Gegenmodell zum unsozialen und unökologischen Arbeitgeberstaat zu bekennen. ■

4. Literaturverzeichnis

- Brandt, Willy 1981: Sozialdemokratische Identität, In: Die Neue Gesellschaft 12/1981, 1065-1069.
- Denia/Wolfgang/Reinhardt, Max 2014: Ein geschichtsbewusster Gewerkschafter aus dem sozialdemokratischen, kirchlich linken Arbeiterviertel Hannover. Max Reinhardt im Gespräch mit Wolfgang Denia, In: Max Reinhardt/Stefan Stache/Stephan Meise (Hg.): Progressive Mehrheiten mit der SPD. Für eine Politik jenseits der Neuen Mitte, Berlin, S. 143-212.
- DER SPIEGEL 7/1977: Jungsozialisten. Um Jahre zurück, S. 72 f.
- Esping-Andersen, Gösta 1998 [1989]: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, In: Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt a. M./New York, S. 19-56.
- Gebauer, Annkatrin 2005: Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden.
- Gumbel, Emil 1927: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau.
- Haffner, Sebastian 1969: Die verratene Revolution – Deutschland 1918/1919, Bern/München/Wien.
- Jones, Mark 2017: Am Anfang war Gewalt: Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin (eBook-Ausgabe 452 Seiten).
- Luxemburg, Rosa 1919: Sozialreform oder Revolution?, Leipzig.
- Matthöfer, Hans 1977: Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft, Köln.
- Mittag, Jürgen 2013: Von der verratenen zur vergessenen Revolution: Einleitende Anmerkungen zum Kontext von Arbeiterbewegung und Ruhrgebiet in der Revolution 1918 bis 1920, In: Karl Christian Führer/Jürgen Mittag/Axel Schildt/Klaus Tenfelde (Hg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920, Essen, S. 19-43.
- Müller-Rommel, Ferdinand 1982: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980, Opladen.
- von Oertzen, Peter 1976: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. erw. Auflage, Berlin/Bonn-Bad Godesberg.
- Reinhardt, Max 2018: Vergleichende, multidimensionale Sozialgeschichte. Naturgegebener Niedergang der SPD oder politischer Repräsentationsverlust von Arbeitnehmern?, In: Perspektiven ds 1/2018, S. 55-67.
- Reinhardt, Max 2014: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus, Dortmund/Baden-Baden.
- Reinhardt, Max 2011: Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden.
- Rosenberg, Arthur 1928: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871-1918, Berlin.
- Ulrich, Volker 2016: Die Revolution von 1918/19, München (eBook-Ausgabe 116 Seiten).
- Schonauer, Karlheinz 1982: Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn.
- Stephan, Dieter 1979: Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krisen? Theorie und Politik 1969-1979. Eine Bilanz, Bonn.
- Thompson, Edward Palmer 1977 [1963]: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Band 1 und 2, Frankfurt a. M.
- Vester, Michael 2017: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit, online: http://www.spw.de/data/michael_vester.pdf (18.10.2018).

Kuba: wie geht es mit dem sozialistischen Weg weiter?

Aktuelle Herausforderungen und Gestaltungsansätze

von Edgar Göll¹

Kuba ist mit tiefgreifenden und sehr unterschiedlichen internen und externen Herausforderungen konfrontiert, die große Chancen aber auch hohe Risiken mit sich bringen. Dazu gehören z.B. die widersprüchliche Annäherung an die USA, der politische Rechtsruck in befreundeten Staaten Lateinamerikas, ökonomische Probleme und Modernisierungsbedarfe, wachsende soziale Ungleichheiten, demografischer Wandel sowie Klimawandel. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wurde von Raúl Castro begonnen und sie wird vom neuen Staatspräsidenten Miguel Diaz-Canel mit Vehemenz weiter betrieben. Basis hierfür sind die inzwischen parlamentarisch ratifizierten Basisdokumente Kubas, und die anstehenden Veränderungen der Verfassung dürften dies ergänzen. Die Dokumente und die Diskussionen darüber sind auf einen Zeithorizont bis zum Jahr 2030 ausgerichtet, wie dies auch für die „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen und bei anderen modernen Zukunftsstrategien der Fall ist. Der Führungswechsel brachte eine weitere personelle Verjüngung. Nun gilt es, die schwierige Gratwanderung zwischen Aktualisierung des Sozialismus einerseits, und den Zwängen bzw. Verlockungen eines westlichen, nichtnachhaltigen Lebensstils andererseits zu bewältigen.

Kontext und Herausforderungen

Aufgrund der schwierigen Ausgangsbedingungen in Form von jahrhundertlangem Kolonialismus, der geostrategischen Situation (Kalter Krieg) und speziell der Nachbarschaft zur kapitalistischen Supermacht USA waren die Entwicklungsmöglichkeiten für das befreite Kuba ab 1959 nicht einfach. Eine große Zahl an externen und internen Problemen war zu meistern. Dennoch hat sich die kubanische Gesellschaft bis heute als sehr „resilient“ erwie-

sen. Selbst der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, der Wegfall der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partner, wurde überstanden, doch die Wirtschaftstätigkeit nach 1991 sank um mehr als ein Drittel. Wohl kaum eine andere Gesellschaft hätte eine derartige Wirtschafts- und Systemkrise so gut zu überstehen vermocht wie die kubanische.

Die zentrale Herausforderung, die seit den 1990er Jahren, und besonders seit dem Amtsantritt von Raúl Castro seit 2008 mit besonderem Nachdruck verfolgt wird, ist die ökonomische Entwicklung, hierbei vor allem eine Steigerung der Effizienz und Effektivität, die Mobilisierung der eigenen Potenziale. Dies wird teilweise durch Genossenschaften (vorerst in der Landwirtschaft) sowie kleine selbständige Unternehmen speziell im Dienstleistungsbereich versucht („Arbeit auf eigene Rechnung“), sowie durch den Rekordbesuche erzielenden Tourismus und medizinische Dienstleistungen im Ausland. Eine Erhöhung der Produktion, eine bescheidene Verbesserung der Versorgungslage und erhöhte Einnahmen von Devisen sind die Folge. Allerdings zeitigen diese Maßnahmen auch unintendierte, wengleich erwartete Negativeffekte, wie vor allem eine Zunahme der sozio-ökonomischen Ungleichheiten. So entsteht eine Mittelschicht, die häufig die typischen ideologischen Merkmale und Interessen aufweist (Besitzindividualismus und Egoismus, Aversion gegen staatliche Regulierung, Fixierung auf den „American way of life“, Rücksichtslosigkeit gegenüber den kollektiven Voraussetzungen der Lebensweise). Zugleich verbessert sich die allgemeine Versorgungslage der breiten Bevölkerung nur punktuell, zumal Preissteigerungen das steigende Warenangebot nicht für alle erschwinglich gemacht haben.

Zementiert wird diese wachsende Kluft der Lebensbedingungen durch die Existenz einer Dualen Währung, dem kubanischen Peso und

¹ Dr. Edgar Göll ist Sozialwissenschaftler, seit 1995 als Zukunftsforscher in Berlin tätig, seit 1993 mit Kuba befasst. Er publiziert im Online-Portal amerika21.de.

dem CUC,² dem konvertiblen Peso, der von Devisenbesitzern genutzt wird und verbreitetes Zahlungsmittel für westliche Produkte ist. Der CUC kommt vor allem durch den Tourismus aber auch durch die Überweisungen von Exilkubanern an ihre auf der Insel lebenden Familieneingehöri-gen in Umlauf.

Eine weitere große Herausforderung ist der Klimawandel, der nach Prognosen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change der UN) und anderen Klimaforschern die kubanische Inselgruppe besonders treffen wird, denn sie liegt auf der „Straße der Hurrikane“ des Nordatlantik. Zu erwarten sind starke Wirbelstürme, extreme Niederschlagsschwankungen und Dürreperioden – wie es in den letzten Jahren bereits geschehen ist. Des Weiteren werden große Küstengebiete inklusive Havanna vom Anstieg des Meeresspiegels, sowie von der Versalzung küstennaher Süßwasserreservoirs und der Böden negativ betroffen sein. Die Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sind äußerst aufwändig und kostspielig. Voraussichtlich müssen mittelfristig hunderte Kommunen umgesiedelt werden. Hierfür hat die Regierung vor einem Jahr einen sehr fortschrittlichen Klimaschutzplan („Tarea Vida“: Lebensaufgabe) aufgestellt, der umfangreiche Investitionen vorsieht, und zwar differenziert nach kurzfristigen (2020), mittelfristigen (2030), langfristigen (2050) und sehr langfristigen (2100) Maßnahmen: Sicherung der Verfügbarkeit und der effizienten Nutzung des Wassers, Wiederaufforstung für besseren Schutz des Bodens und des Wassers, Schutz der Korallenriffe und Sanierung. Erneuerbare Energie, energetische Effizienz, Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit, Tourismus.

Auch der demografische Wandel in Kuba stellt eine Herausforderung dar. Das Land ist in dieser Hinsicht wie hoch entwickelte OECD-Staaten mit einer starken Alterung der Gesellschaft konfrontiert, mit davon ausgehenden immensen wirtschaftlichen Folgen. Zugleich wird die junge Generation in Kuba bereits seit Jahren besonders gefördert und in die gesellschaftliche Entwicklung einbezogen. Sie übernimmt schrittweise entscheidende Positionen in der

Gesellschaft, Massenorganisationen, Verbänden, Medien, Kultur, Bildung und in der Politik. In den Provinzregierungen und in der Nationalversammlung ist der Anteil junger Generationen bereits vergleichsweise hoch. Auch der Frauenanteil ist, zumal für lateinamerikanische Verhältnisse, extrem hoch: über 50 Prozent der Abgeordneten sind Frauen – die weltweit zweithöchste Quote.

Kubas Jugend als Kontinuität und Herausforderung der Revolution

Wie in anderen Gesellschaften spielt auch in Kuba die junge Generation eine potenziell besondere Rolle, indem sie als nachfolgende Altersgruppe die Reproduktion der Gesellschaft und deren Anpassung an neue Entwicklungen praktizieren wird – so oder so.

Maßgebliche gesellschaftliche Bedeutung hat der Kommunistische Jugendverband (UJC), der 1962 gegründet wurde und derzeit über 300.000 Mitglieder in etwa 33.000 Basiskomitees hat. Die Mitgliederzahl des UJC ist gewachsen und er ist seit je bemüht, Jugendliche dazu zu motivieren, nützlich für die Gesellschaft zu sein. Susely Morfa González, Erste Sekretärin des Nationalkomitees des UJC meint, dass von den fast drei Millionen Jugendlichen des Landes „die übergroße Mehrheit revolutionär ist“. Viele setzen sich täglich dafür ein, dass die Gesellschaft vorankommt, und „die Organisation findet dies täglich bestätigt. Es gibt eine breite Vertretung von Jugendlichen in allen Bereichen unserer Wirtschaft, von wo aus sie einen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes leisten“.³ Doch gibt es auch in Kuba Jugendszenen, die abseits von gesellschaftlichem Engagement und Politik leben, meist in der Musik- und Kunstszene, und z. B. westliche Kultur- und Verhaltensmuster verfolgen. Nicht zuletzt deshalb organisiert der UJC neben vielen politischen und Bildungsaktivitäten auch Konzerte, Sportveranstaltungen und inzwischen auch »Drag-queen-partys«, zumal die Regierung zunehmend eine progressive LGBT-Politik fördert und die Queerszene

2 CUC ist die konvertible kubanische Währung.

3 <http://de.granma.cu/cuba/2017-04-04/die-jugend-soll-nicht-die-ablosung-sondern-die-kontinuitat-der-revolution-sein>

wächst.⁴ Zwar besteht bei vielen Teilen der Gesellschaft noch ein konservatives Geschlechterbild inkl. „Machismo“, doch an der Durchsetzung der gleichgeschlechtlichen Ehe wird bereits gearbeitet. Hiergegen agieren allerdings die vom Ausland unterstützten konservativen Kreise der katholischen Kirche.

Die Nutzung des Internet speziell für Jugendliche wird in Kuba seit 1987 gezielt gefördert. Die „Joven Club de Computación y Electrónica“ (JCC, Jugendcomputerklubs) sollten zu einer gleichmäßigen Verbreitung von PC- und Internetkenntnissen in der Gesellschaft führen. Derzeit gibt es über 600 solcher Klubs. Bis Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich Kuba zu einer der „führenden Kräfte des Netzwerkes in der Karibik“, doch aufgrund der damals verschärften US-Blockade wurde dem Land der Anschluss an die Unterseekabel in der Karibik verweigert. Der Ausbau des Zugangs zum weltweiten Netz stagnierte, und die hohen Preise machten das Internet für die meisten Kubaner unerschwinglich und damit unattraktiv. Mittlerweile gibt es landesweit mehrere Hundert öffentliche WiFi-Hotspots. Über das staatliche WiFi-Netz lässt sich auf praktisch jede – auch oppositionelle – Website zugreifen. Auch Facebook, Twitter und YouTube sowie die ausländischen Websites von BBC, New York Times, Economist, El País und Wikipedia sind erreichbar. Selbst ausländische Websites, die sich mit kontroversen Themen in Kuba befassen, sind fast durchweg abrufbar. Blockiert wird hingegen von US-Seite: Produkte US-amerikanischer Softwarehersteller sind nicht zugänglich, Onlinehandel über PayPal oder E-Bay unmöglich. Während die kubanische Regierung bemüht ist, das Internet günstiger und breit verfügbar zu machen, blockieren die USA noch immer dessen Entwicklung.⁵

Gleichwohl ist gerade für junge Generationen die weltweit wirkende Attraktivität der westlich-kapitalistischen Lebensweise, die Individualismus, Bequemlichkeit und materiellen Überfluss verspricht, nicht zu unterschätzen.

⁴ LGBT: Abkürzung aus dem Englischen für (L)esbian, (G)ay, (B)isexual and (T)ransgender). Dazu siehe z.B.: Lorenz Küstner, Kjell Hlawaty, in: Hermsdorf et al. 2017: Kuba im Wandel, S. 123f.

⁵ Siehe z.B.: Marcel Kunzmann in: Hermsdorf et al. (Hrsg.): Kuba im Wandel. Berlin: Verlag Wiljo Heinen 2017, S. 129f.

PapyRossa Verlag



Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2018

Preis der »schwarzen«
Null: Verteilungsdefizite
und Versorgungslücken

Paperback
978-3-89438-665-8
273 Seiten | € 17,90

Im Zentrum der kritischen Analyse der Wirtschaftspolitik stehen der eklatante Wohnungsmangel in Ballungsräumen, der Pflegenotstand sowie Versäumnisse in der Bildungspolitik. Weitere Themen sind die (Finanz-)Krise der EU und das Regime der Schuldenbremse.



Klaus Müller

LOHNARBEIT UND ARBEITSLOHN

Basiswissen Politik /
Geschichte / Ökonomie

Pocketformat
978-3-89438-667-2
127 Seiten | € 9,90

Angesichts großer Unterschiede fragen sich viele, ob die Löhne gerecht sind. Was ist aber ein gerechter Lohn? Was ist das Wesen des Lohnes, was der Inhalt seiner vielen Formen? Wie wirken sich Lohnänderungen auf die Verteilung des Volkseinkommens, das Preisniveau und Arbeitslosigkeit aus?

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Landflucht und Auswanderung von gut ausgebildeten Jugendlichen aus Kuba sind keine Ausnahmen. Die kubanische Philosophin Isabel Monal meinte kürzlich: „Die Gefahr, dass kubanische Jugendliche bei subversiven Plänen gegen ihr Land mitmachen wollen, ist nicht so groß, sehr wohl aber besteht die Gefahr, dass sie sie nicht kommen sehen. Dafür braucht es nicht nur Bewusstsein, sondern man darf auch nicht naiv sein. Und das ist die kubanische Jugend oft, zwar nicht in Bezug auf Kuba, aber darauf, was im Rest der Welt passiert. Sie sehen manchmal nicht die böse Absicht, die hinter etwas steht.“⁶ Tatsächlich sind in den letzten Jahren mehrere Subversionskampagnen der USA aufgedeckt worden, mit denen insbesondere junge Menschen in Kuba beeinflusst werden sollten.⁷ Hinzu kommen gutdotierte Workshop- und Besuchsreisen in die USA, die von Regierungsstellen in Washington finanziert sind.

Internationale und außenpolitische Rahmenbedingungen

Zu den externen Rahmenbedingungen und Herausforderungen für Kuba gehört der seit Jahren anhaltende politische Rechtsruck bzw. die Staatsstrieche in befreundeten Staaten Lateinamerikas. Dadurch drohen die guten Beziehungen mit diesen Staaten von ALBA (Bolivarische Allianz der Völker unseres Amerika) oder CELAC (Lateinamerikanische und Karibische Staatengemeinschaft) wegzubrechen. Die von den USA dominierte OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) hingegen ist ein Vehikel für die imperialen Einmischungsversuche der US-Administration vor allem gegenüber Venezuela und Nicaragua, sowie der damit einhergehenden Militarisierung und gewaltsamen Bewegungen, was in den 1980er Jahren als „low intensity warfare“ bezeichnet worden ist

(Michael T. Klare). Dadurch werden dringend gebotene friedliche und einvernehmliche Problemlösungen sehr erschwert.

Die von US-Präsident Obama und dem kubanischen Staatspräsidenten Raúl Castro im Dezember 2014 begonnenen Veränderungen der bilateralen Beziehungen sind bemerkenswert, aber das strategische Ziel der US-Administration bleibt dasselbe wie seit der Revolution in Kuba 1959: „regime change“, also die Veränderung des kubanischen Regierungssystems nach dem Gusto der USA.⁸ Vor allem wird die seit 1961 bestehende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba aufrechterhalten und in den letzten Jahren sogar noch verschärft. Zahlreiche Unternehmen aus Drittländern aber auch aus den USA selbst wurden von der einflussreichen Kontrollbehörde OFAC (Office of Foreign Assets Control) innerhalb des US-Finanzministeriums zu teilweise horrenden Strafzahlungen in Milliardenhöhe verurteilt.⁹

Die weiterhin bestehende US-Blockade gegen Kuba

Zwei Beispiele für diese Strafen und sogenannten „exterritorialen Effekte“ der US-Blockade gegen Kuba seien hier dargestellt. Am selben Tag, als die Präsidenten Castro und Obama eine Annäherung proklamierten (17.12.2014), forderte das OFAC die deutsche Commerzbank zur Zahlung von 650 Millionen US-Dollar auf, u.a. wegen Handel mit Kuba. Zwei Jahre zuvor wurde die französische Großbank PNB Paribas aus demselben Grund zur Zahlung von fast 9 Milliarden US-Dollar aufgefordert. Diese imperiale US-Politik betrifft auch kleine Unternehmen in Deutschland und sogar zivilgesellschaftliche Organisationen. Diese „Politik der Angst“ der USA hält Unternehmen und Banken von Investitionen und Handelsbeziehungen mit kubanischen Partnern ab. Und das geschieht weiter, obwohl die UN-Generalversammlungen

6 Junge Welt, 1.04.2017 [Online: <https://www.jungewelt.de/artikel/308246.was-sich-im-gestr%C3%BCpp-der-ideen-verbirgt.html>]

7 Die Entwicklungshilfeeagentur der USA (USAID) warb z. B. im Jahr 2009 indirekt Rapper in Kuba an, damit sich diese gegen die revolutionäre Regierung aussprechen sollten, wie Associated Press meldete. Ziel war es die Hip Hop Bewegung der Insel zu infiltrieren und zur Destabilisierung des Landes zu nutzen. Parallel dazu startete USAID „ZunZuneco“, eine kostenlose Twitterplattform, über die Hunderte von Botschaften an bis zu 40.000 Jugendliche des Landes gesandt wurden, die letztlich zur Mobilisierung gegen die Regierung aufriefen. Siehe: <http://de.granma.cu/mundo/2018-04-12/programm-von-yabts-und-oas-eine-neoliberaler-spritze-fur-die-jugendlichen-der-amerikas> oder auch <http://www.neues-deutschland.de/artikel/995436.nachholbedarf-beim-internet.html>

8 Siehe Jane Franklin (2016): Cuba and the U.S. Empire. A Chronological History, Monthly Review Press; Schäfer, Horst (2004): „Im Fadenkreuz: KUBA. Der lange Krieg gegen die Perle der Antillen.“ Berlin: Kai Homilius Verlag oder auch Lars Schoultz (2011): That Infernal Little Cuban Republic: The United States and the Cuban Revolution“ Chapel Hill: The University of North Carolina Press.

9 Siehe hierzu: <http://www.netzwerkkuuba.de/projekte-kampagnen/us-blockade/> oder auch www.cubavbloqueo.cu

seit 1992 alljährlich Resolutionen gegen die US-Blockade verabschieden, fast immer einstimmig. Doch gegen die völkerrechtswidrige Politik der USA wird bislang weder von der EU noch von der Bundesregierung etwas Spürbares unternommen, obwohl es seit 1996 eine „Blocking Regulation“ gibt. Von kubanischer Seite wird der Schaden durch die US-Blockadepolitik auf 124 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Kuba verfügt seit vielen Jahren über gute, und sich verbessernde Beziehungen zu unzähligen Ländern, darunter zu Staaten wie China, Indien, Südafrika und Kanada. Zudem hat Kuba sich in der UN und anderen internationalen Organisationen aufgrund seines Engagements im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie der Katastrophenhilfe hohes Ansehen erworben. Diese Auslandsbeziehungen werden nun ergänzt durch punktuell verbesserte Beziehungen zu den USA und der EU, die beide die Beziehungen einseitig blockiert hatten. Durch diese aktuellen Annäherungsprozesse ergeben sich auch für Kuba neue Handlungsoptionen, neue Chancen – insb. ökonomische: Investitionen in wichtigen Bereichen, Technologie- und Know-How-Transfer sowie Marktzugänge. Es gibt aber auch Risiken. Hierzu gehören die weiterhin praktizierten subversiven Aktivitäten und Unterstützung systemfeindlicher Gruppen wie sogenannter „unabhängiger Journalisten“. Das US-Außenministerium hat im Januar 2018 eine Internet-Taskforce für Kuba eingerichtet. Diese neue Einsatzgruppe solle den „freien und unregulierten Informationsfluss“ in Kuba vorantreiben. Sie ist Teil der von US-Präsident Trump vor einem Jahr angekündigten verschärften Maßnahmen gegenüber dem sozialistischen Karibikstaat. Sie werde unter anderem „die technischen Voraussetzungen und die Möglichkeiten prüfen“, den Zugang zum Internet und „zu den Medien der unabhängigen Presse in Kuba“ zu verbessern, hieß es. Die Tageszeitung *Nuevo Herald* aus Florida erinnerte daran, dass der jährlich mit rund 28 Millionen US-Dollar geförderte US-Propagandasender Radio und TV Martí einen ähnlichen Auftrag hätte. Hinzu kommt der Ansatz der US- und anderer westlicher Regierungen, deren Mittel nicht staatlichen kubanischen Institutionen zu Gute kommen zu lassen, sondern ausschließlich pri-

vatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen. Dadurch wird offenbar versucht, die zentrale ökonomische Funktion des kubanischen Staates zu unterminieren, wie diverse Äußerungen von Obama und Trump nahelegen.¹⁰

Neben diesen unmittelbaren Einflussversuchen ist der Einfluss des „American way of life“ für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Kuba, nicht nur für die junge Generation, wirkungsmächtig. Gerade bei Jugendlichen setzen auch viele der US-Programme für Kirchen und NGOs an.¹¹ Angesichts der bisherigen Grundmuster der US-Politik wird sich die grundlegende Strategie der US-Administration gegenüber Kuba nicht radikal wandeln. Vielmehr wird von den USA gegenüber Kuba angestrebt, „Kapitalismus und Materialismus wie einen Krankheitserreger hineinkriechen zu lassen“ (*Newsweek* 09.03.1992).

Derartige Machenschaften scheinen tagtäglich abzulaufen, so dass kubanische Journalisten und Intellektuelle vor Einflussversuchen insbesondere von Seiten der benachbarten Superpower warnen. Exemplarisch analysierte dies jüngst der Publizist Prof. Raúl Antonio Capote. Demnach wird nun eine „dritte Option“ der Subversion maßgeblich durch US-Akteure praktiziert, in der es weniger um offene Konfrontation gegen das kubanische System gehe, sondern um sogenannte „Modernisierung des Systems“, „offene Debatten“, „ausgewogene Medien“ und ähnliche ideologische Schlagworte, mit denen gezielt in innerkubanische Diskurse eingegriffen wird, um westlich-kapitalistische – und inzwischen teilweise obsolete bzw. unzureichende – Formen von Politik, Parteien, Wahlen, Märkten, Medien und Wirtschaftsprozessen als Maßstab einzuführen, und damit das kubanische System zu zerstören bzw. dessen Weiterentwicklung zu unterminieren.¹²

10 Verbot wirtschaftlicher, Handels- und Finanztransaktionen von US-Firmen und Einrichtungen mit kubanischen Betrieben und Einrichtungen, die mit den Revolutionären Streitkräften und dem Innenministerium verbunden sind. Siehe: <https://amerika21.de/analyse/190814/regierung-trump-gegen-kuba>

11 Hierzu gehören kostenlose Besuchsprogramme in die USA z.B. für „young leaders“, AkademikerInnen oder „Journalisten“. Auch die Panter-Stiftung der deutschen TAZ (Tageszeitung) hat ein solches Programm für junge KubanerInnen zweimal durchgeführt.

12 Finanziert wird dies u.a. von der George Soros Stiftung sowie der Ford

Diese Einmischungen starker Akteure von außen stören und erschweren den umfassenden Diskussions- und Klärungsprozess in Kuba für eine angemessene, selbstbestimmte und souveräne Entwicklung.

Aktuelle politische Entwicklungen und Konzeptionen

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen, Probleme und Herausforderungen finden kontinuierlich Diskussionen in Kuba statt.¹³ Und so hat die kommunistische Partei Kubas schon vor fast einem Jahrzehnt mit einem öffentlichen Dialogprozess für eine umfassende Strategieentwicklung mit Zeithorizont bis zum Jahr 2030 begonnen. Dies startete offiziell mit der Vorlage der „Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution“, einem 35 Seiten umfassenden Entwurf Ende 2010. Darin wurden zahlreiche angestrebte Einzelmaßnahmen aufgeführt, mit denen die Wirtschaft stabilisiert werden soll, sowie die sozialistischen Grundlagen benannt, von denen Kuba nicht abrücken will.¹⁴ Das Dokument enthielt zudem eine schonungslose Auswertung selbstverursachter und noch ungelöster Probleme (unzureichende Leistungen, unflexible Betriebsleitungen, Bürokratismus, Vetternwirtschaft und Korruption). In diesem Kontext wird auch wiederholt auf oftmals noch schablonenhafte Beiträge in Medien verwiesen, und Raúl Castro sowie auch Diaz-Canel fordern mehr kritische Stimmen von Journalisten, denn nur so könnten Missstände ausgeräumt und Verbesserungen unterstützt werden.

Die Leitlinien wurden in den Parteigremien und Konferenzen diskutiert, aber auch in 163.000 Versammlungen in allen Gemeinden und Organisationen, so dass etwa 780.000 An-

derungsvorschläge eingebracht und dadurch rund 60 Prozent der ursprünglichen Passagen verändert worden sind. Sowohl der 6. Parteitag der PCC¹⁵ im April 2011 als auch der 7. Parteitag im April 2016 widmeten sich den Leitlinien in teilweise heftigen Diskussionen. Darüber hinaus fanden wiederum umfangreiche und rege Debatten in der Gesellschaft statt, denn es geht dabei um nichts Geringeres als die Weiterentwicklung und Aktualisierung des kubanischen Sozialismus. In Partei, Wissenschaft und Gesellschaft gibt es offenbar weitgehendes Einvernehmen über die erforderlichen Neuerungen. Unterschiede bestehen vor allem in der Geschwindigkeit und der Tiefe der Veränderungen. Diese betreffen vor allem Fragen der Zulassung weiterer Privatunternehmen, Ausweitung des Genossenschaftswesens, Steuersystem, Einführung weiterer Marktmechanismen und zahlreiche Regulierungsfragen – letztlich die angemessene Balance zwischen unterschiedlichen Steuerungsmechanismen von Staat und Wirtschaftsakteuren sowie Auslandsinvestitionen. Generell sind die jüngere Generation und städtische Kader gegenüber Veränderungen aufgeschlossener als die älteren Generationen.

Von zentraler Bedeutung ist für Alle die Begrenzung der wachsenden sozialen Kluft. Das wird auch in den Dokumenten und öffentlichen Debatten deutlich. Daher wird großer Wert auf Beteiligung der Bevölkerung bei der derzeitigen Verfassungsdebatte, bei Wahlen und öffentlichen Belangen gelegt. Mit der neuen Verfassung, deren Entwurf im Februar 2019 per Volksentscheid nach Überarbeitung abgestimmt werden wird, werden einerseits Veränderungen der letzten Jahre verbrieft, andererseits weitere neue Akzente gesetzt. Hierzu gehören die Definition Kubas als „sozialistischer Rechtsstaat“. Die Stärkung der kommunalen Ebene und des Nationalparlaments, eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Perioden (wobei die Person bei ihrer ersten Wahl jünger als 60 Jahre sein muss), Umwelt- und Klimaschutz sowie Antiimperialismus sind im Entwurf enthalten. Aufsehen in westlichen Medien erlangt der neue Artikel 68: „Die Ehe

Stiftung. „Angesichts des Scheiterns der alten Formeln und (...) Pläne, die ausgearbeitet wurden in den Labors der Subversion des Feindes, setzen sie darauf, die Veränderung der Inhalte der revolutionären Ideologie ins Zentrum zu stellen, sie mit ideologischer, bequemer und opportunistischer Ambivalenz zu versehen und von einer Position der scheinbaren Neutralität die Säulen der Revolution zu unterspülen.“ Siehe Raúl Antonio Capote: Die dritte Option: Das Drama der Equilibristen. In: Cubadebate am 26.6.2017 [Online: <http://www.netzwerk-cuba.de/2017/07/die-dritte-option-das-drama-der-equilibristen/>]

13 Einen sehr guten Überblick über die Entwicklung des politischen Systems von Kuba im Vergleich mit mehreren anderen Staaten bietet Arnold August: Cuba and Its Neighbors: Democracy in Motion (Zed Books Ltd., London).

14 Siehe hierzu: <http://www.jungewelt.de/2011/01-13/020.php?print=1>

15 Partido Comunista de Cuba (Kommunistische Partei Kubas)

ist der freiwillig geschlossene Bund zwischen zwei Personen mit der rechtlichen Befähigung dazu, ein gemeinsames Leben zu führen.“ Desweiteren werden private Wirtschaftsaktivitäten und verschiedene Eigentumsformen legitimiert sowie in mehreren Artikeln „individuelle Rechte“ definiert.

In den Ministerien, Behörden, Verwaltungen sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen wird nun mit Nachdruck daran gearbeitet, diese perspektivischen Maßgaben zu verwirklichen, wofür große Motivation, Offenheit und Lernbereitschaft festzustellen sind, denn den meisten KubanerInnen ist klar, dass es „so nicht weitergehen kann“. Der Problemdruck und die Erwartungen, die Lebensumstände spürbar zu verbessern und die dazu erforderlichen Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, sind hoch. Es ist eine bemerkenswerte Zukunftszugewandtheit zu spüren, sowie die verbreitete Haltung, die in Raúl Castros Motto „Ohne Hast, aber ohne Pause“ zum Ausdruck kommt.

Perspektiven

Die in den genannten Basisdokumenten und dem Verfassungsentwurf formulierten Ziele sind den Herausforderungen weitgehend angemessen, zwar ambitioniert aber zugleich realistisch. Sie zielen auf eine wohlhabende und nachhaltige Gesellschaft, womit Kuba unmittelbar die Zielstellung der UN („Agenda 2030“) verfolgt und damit zur Avantgarde des zivilisatorischen Prozesses gehört.¹⁶

Allerdings sind manche Fortschritte noch unzureichend, wie auch der neue Staatspräsident Diaz-Canel feststellte. Der Übergang in die Post-Castro-Zeit dürfte relativ konfliktfrei verlaufen, denn er ist ein organisch und breit vorbereiteter und abgestimmter Prozess. Voraussichtlich wird eine „kollektive Führung“ noch stärker als bisher die Geschicke des

Landes steuern, denn die heutigen und absehbaren Herausforderungen der kubanischen Gesellschaft sind nicht mehr mit primär „charismatischer Führung“ zu meistern. Präsident Diaz-Canel praktiziert seit seiner Wahl eine intensive Verbindung mit den Bürgerinnen und Bürgern, befindet sich häufig auf Rundreisen um unmittelbar zu erfahren, welche Probleme oder auch Erfolge, welche Sorgen und Nöte die Menschen beschäftigen. Er hat darüber hinaus vorgegeben, dass Besuche von Mitgliedern des Staats- und des Ministerrats in den Provinzen so organisiert werden, „dass wir in einem Jahr mindestens zweimal dieselbe Provinz besuchen. Dazu kommt, dass die Nationalversammlung ebenfalls ein System hat, um im Kontakt zu sein mit der Realität im Land.“

Die politische und wirtschaftliche Zukunft Kubas hängt allerdings nicht zuletzt von dem Ende des 58 Jahre andauernden „Zermürbungskrieges gegen die kubanische Revolution“ durch die USA ab¹⁷. Linke Parteien und Organisationen in Deutschland und der EU sollten dazu beitragen, dass das sozialistische Kuba seinen selbstgewählten Weg gehen kann. Dazu gehört, dass die subversiven und destruktiven Einflussversuche insb. der USA beendet werden müssen. Die Liste der Interventionen der USA gerade in lateinamerikanischen Staaten und die Installation und Unterstützung von Diktaturen ist lang. Und die US-Regierungen praktizieren dies auch heute noch, obwohl sie selbst sich jegliche Einmischung von außen verbitten. Angesichts dieser Situation muss vor allem härter als bisher gegen die extraterritorialen Effekte der US-Blockade vorgegangen werden, sowohl aus wirtschaftlichem Eigeninteresse in Deutschland und der EU, aber auch zum Schutz des Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegen imperiale Politik. In Bezug auf die jüngst verschärften unilateralen Sanktionen der US-Regierung gegen den Iran scheint die EU zu Schutzmaßnahmen bereit. Dies muss auch für Kuba erweitert werden. ■

¹⁶ Siehe hierzu Global Footprint Network/ WWF/ IUCN (Hrsg.) (2005): „Europe 2005 – The Ecological Footprint“ (Oakland/California-USA) [<http://www.footprintnetwork.org/>] sowie Edgar Göll und Dieter Seifried (2015): „Nachhaltige Entwicklung und Energiewende in Kuba. Überblick, kritische Einschätzung und Perspektiven“, Reihe HORIZONTE21 Umwelt – Energie – Sicherheit, Band 8. Potsdam: Potsdamer Wissenschaftsverlag [<http://weltrends.de/horizonte-21-band-8/>]

¹⁷ Vgl. William M. LeoGrande, Kuba: Das Ende des Zermürbungskriegs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2015, S. 21 ff.

Rezension: Aufrecht gehen – Wie Beschäftigte durch Organizing zu ihrem Recht kommen

von Thilo Scholle¹

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg (Hrsg.)

aufrecht gehen

Wie Beschäftigte durch Organizing zu ihrem Recht kommen

VSA-Verlag, Hamburg 2018
155 Seiten, 16,80 €



Eine solidarische Gestaltung von Gesellschaft ist ohne die Bildung von Gegenmacht durch die Beschäftigten nicht möglich. Mehr noch – Erfahrungen von persönlicher Ohnmacht und das Gefühl, den Entwicklungen am Arbeitsplatz schutzlos ausgeliefert zu sein, sind beispielsweise der aktuellen Studie von Kohlrausch u.a. für die Hans-Böckler-Stiftung zufolge mit auslösende Momente für rechtspopulistische Wahlentscheidungen. Das mit dem vorliegenden Band von den Akteuren selbst mit vorgestellte Organizing-Projekt der IG Metall Baden-Württemberg hat neben dem gewerkschaftsinternen Auftrag so auch gleichzeitig eine darüber hinausgehende gesellschaftliche Bedeutung.

In ihrem Vorwort nennen Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und Projektleiter Andreas Flach u.a. die Gewinnung neuer Mitglieder, aber auch die Gewinnung neuer Beschäftigtengruppen (bspw. im Bereich der Ingenieure und sonstigen „White Collar“-Belegschaften), als gewerkschaftliche Herausforderungen. In einem anschließenden Doppelinterview ergänzt Zitzelsberger dies insbesondere um das Ziel der Steigerung gewerkschaftlicher Handlungsmacht. Aus den im Band enthaltenen Einzelbeispielen wird ersichtlich, dass dieser Ansatz

durchgehalten wird – also nicht einfach nur die Mitgliederwerbung intensiviert wird. Vielmehr wird umgekehrt versucht, die Sinnhaftigkeit gewerkschaftlicher Organisation und damit mittelfristig auch die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Gewerkschaft durch auf den jeweiligen Betrieb und die Interessen seiner Belegschaft bezogene Projekte zu steigern.

Gestartet wurde das „Gemeinsame Erschließungsprojekt“ (GEP) der IG Metall BW im Herbst 2015. Mit neun Jahren ist die Laufzeit langfristig ausgelegt, die Organizing-SekretärInnen wurden zudem unbefristet bei der Gewerkschaft angestellt. Die Projektleitung erfolgt zentral, die konkrete Ausgestaltung des Handelns der Organizer jeweils in Absprache mit der örtlichen Geschäftsstelle. Die erste Zwischenbilanz fällt positiv aus: Insgesamt seien durch das GEP 8.776 neue Mitglieder gewonnen worden.

Teil der allgemeinen Einleitung sind auch zwei weitere Interviews: eines mit zwei Organizern aus dem Projekt, eines mit drei GeschäftsstellenleiterInnen aus dem Bezirk. Unterstrichen wird die Richtigkeit der langen Laufzeit des Projekts als Grundbedingung, auch tatsächliche Erfolge zu erzielen, wie auch die Notwendigkeit, sich mit dem Projekt in die (jeweils unterschiedlichen) Anforderungen der örtlichen Strukturen einzufügen. Die Möglichkeit, landesweite Ressourcen für einzelne Aktionen mobilisieren zu können, scheint ebenfalls relevant zu sein. Sehr aufschlussreich sind die zehn Fallstudien, die insbesondere zeigen, dass der in Einleitung und Interviews betonte Aspekt der breiten Einbindung der Beschäftigten bei der Entwicklung und Durchführung des jeweils konkreten örtlichen Projekts entscheidend ist. Abgeschlossen wird der Band mit sieben Thesen zu „Organizing-Erfahrungen aus den Betrieben“. Unterstrichen wird u.a., dass hohe Mitgliedszahlen allein nicht ausreichend für eine starke Position der Gewerkschaft seien – entscheidend sei die tatsächliche Mobilisie-

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

rung der Beschäftigten. Nötig sei zudem die „kollektive Aneignung praktischer Erfahrung“ der jeweiligen Belegschaften. Und: „Organizing bedeutet Mut zum Konflikt“.

Als Leitfaden mit Beispielen und Checklisten aufbereitet finden sich zudem als Anhang

amerikanische Erfahrungen im Organizing. So bietet der Band nicht nur einen guten Überblick über den aktuellen Entwicklungsstand eines beachtenswerten gewerkschaftlichen Projekts, sondern kann zugleich Anregung und Fundgrube für weitere Organizing-Projekte an anderen Orten bieten. ■

Sammelrezension: Marx in seinen eigenen Worten

von Thilo Scholle

Die Stadt Trier und das Land Rheinland-Pfalz haben das Marx-Jubiläumsjahr 2018 mit sehr sehenswerten Ausstellungen im Rheinischen Landesmuseum, im Stadtmuseum Simeonstift sowie mit einer neuen Dauerausstellung im Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung gewürdigt.

Dem vorliegenden Begleitband ist die Verbindung von Nachzeichnung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung des Marxschen Werks sowie der Skizzierung der Lebensumstände ausgezeichnet gelungen. Er geht damit über die schlichte Reproduktion der Inhalte der Ausstellungen deutlich hinaus. Vorangestellt sind lesenswerte Vorworte u.a. von Frank-Walter Steinmeier und Malu Dreyer. In ihrer Einleitung hält die Ausstellungsplanerin Beatrix Bouvier fest, Ziel der Ausstellungen sei es dabei zu helfen, Marx von den „Mythen und Belastungen des 20. Jahrhunderts zu lösen, auch von den Folgen der ideologischen Vereinnahmung und politischen Verdammung“. Zu Fragen sei, was an Marx noch aktuell ist: „Sein Werk ist ein Stachel im Fleisch der Gesellschaft, der zur Wahrnehmung ungeklärter Probleme nötigen kann.“ Pepijn Brandon würdigt in seinem Beitrag die „riesengroße wissenschaftliche Leistung von Engels“, ohne die das Verständnis von Marx' ökonomischen Theorien für mindestens eine Generation beträchtlich erschwert worden wäre. Auch Eberhard Illner betont das „intellektuelle Compagniegeschäft“ beider Denker. Interessant ist zudem der Beitrag von Hauke Brunkhorst, der ausgehend vom „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ „Marx' Einsicht in das revolutionäre Potenzial des parlamentarischen Regimes“ entwickelt. Dieses sei für Marx

kein politisch neutralisiertes Forum interessensloser Diskussion in einer homogenen Gruppe von gleichgesinnten Besitz- und Bildungsbürgern, sondern die zentrale Bühne des Kampfes einer Vielzahl heterogener sozialer Klassen und Gruppen gewesen, die um die Verallgemeinerung materieller und ideeller Interessen und um die gesetzgeberische Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Eigentums- und Produktionsverhältnisse gestritten hätten. Anlass zur Kontroverse bietet der Beitrag von Malte Faber zu „Die politische Ökonomie bei Marx“, der die Marxsche Arbeitswertlehre als weitgehend überholt einordnet – zugleich aber Marx als großen Ökonomen und Anreger vielfältiger Debatten lobt.

Dass eine Beschäftigung mit Marxens Texten selbst nicht nur inhaltlich lohnenswert, sondern oft auch ein Lesevergnügen ist, ist offensichtlich. Eine lesenswerte Zusammenstellung von Textauszügen haben Florian Butollo und Oliver Nachtwey mit ihrem Band „Kritik des Kapitalismus“ vorgelegt. In ihrer Einleitung stellen die beiden Herausgeber dar, dass Marx eine Perspektive auf die Gesamtheit gesellschaftlicher Entwicklung biete. Eine zeitgemäße Rezeption könne sich heute mit weniger historischem Ballast und mit weniger weltanschaulichen Konflikten auf dessen Gehalt beziehen, ohne die Augen vor Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen zu verschließen. Ein solcher Zugang werde dem fragmentarischen Charakter des Werkes auch viel eher gerecht als die Versuche, es zu einem einheitlichen Gedankengebäude zu kanonisieren. Gegliedert ist der Band in sechs Textblöcke, denen jeweils kurze pointierte Einleitungen vorangestellt sind. Zum Abschnitt „Modernisierung

Beatrix Bouvier/Rainer Auts (Hg.)

Karl Marx 1818 – 1883

Leben. Werk. Zeit.

Große Landesausstellung

Theiss Verlag,
Wiesbaden 2018
384 Seiten, 35,95 €



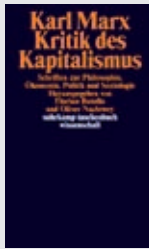
**Florian Butollo/
Oliver Nachtwey (Hrsg.)**

Karl Marx

Kritik des Kapitalismus

Schriften zur Philosophie,
Ökonomie, Politik und Soziologie

Suhrkamp-Verlag,
Berlin 2018
666 Seiten, 30,90 €



Klaus Körner (Hrsg.)
**Es kommt darauf an, die Welt
zu verändern**

Ein Karl-Marx-Lesebuch

dtv Verlagsgesellschaft,
München 2018
463 Seiten, 20 €



**Karl Marx
Weltgericht**

Dichtungen
aus dem Jahre 1837

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn 2018
369 Seiten, 36 €



**Karl Marx
Gesammelte Volkslieder**

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn 2018
192 Seiten, 12 €



**Karl Marx/ Friedrich Engels
Werke (MEW) Band 44**

Karl Dietz Verlag, Berlin 2018
532 Seiten, 24,90 €



und Globalisierung“ geben die Herausgeber den wichtigen Hinweis, Marx habe keine „rohe Fortschrittsgläubigkeit“ verfolgt, sondern sei sich der Ambivalenzen des Fortschritts bewusst gewesen – eine gerade in Bezug auf die Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Frage wichtige Feststellung.

Eine schöne Zusammenstellung von Marx-Texten ist auch Klaus Körner gelungen, der bereits vor einigen Jahren mit der lesenswerten Doppelbiographie von Marx und Engels „Wir zwei betreiben ein Compagniegeschäft“ in Erscheinung getreten ist. Anders als Butollo/Nachtwey konzentriert er sich auf eine Auswahl aus den bekanntesten Texten, die dann aber teilweise in längeren Fassungen als im anderen Band erscheinen. Aus dem „Kapital“ wird beispielsweise das 24. Kapitel zur ursprünglichen Akkumulation abgedruckt. Den einzelnen Texten vorangestellt sind kurze Hinweise zum jeweiligen Hintergrund und der inhaltlichen Bedeutung. Die allgemeine Einleitung zum Band fällt ebenfalls deutlich knapper aus. Auch Körner hält fest, Marx und Engels hätten kein geschlossenes System entwickelt, und gerade nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation könne man sich ihnen auch unbefangen nähern. Zugleich scheint die Einleitung dazu zu tendieren, Marx als großen Denker seiner Zeit mit eher wenig aktuellem Erklärungswert einzuordnen.

Nicht nur die MEGA, auch die „klassische“ blaue MEW mit dem im Frühjahr 2018 erschienenen Band 44 wächst weiter an. Enthalten sind das – fragmentarische – „Ökonomische[...] Manuskript 1861 – 1863. Teil II“ und weitere Vorarbeiten zum „Kapital“. Gewissermaßen kann man damit Marx bei der Ausarbeitung und Überarbeitung seiner Theorien über die Schulter schauen. Inhaltlich finden sich viele interessante Einsichten, so u.a. die Feststellung, dass allgemeine ökonomische Gesetze nie einfach und unmittelbar Anwendung finden, und das auch Wissenschaft zu einem eigenständigen Faktor des Produktionsprozesses werden kann.

Ein Marx-Leserlebnis eher ungewohnter Art bieten zwei Bände aus dem Bonner Dietz-Verlag. Der auch bibliophil schön gemachte Band „Weltgericht. Dichtungen aus dem Jahre 1837“ enthält eine Gedichtsammlung, die Marx seinem Vater

Heinrich in diesem Jahr zugewandt hatte. Aufgenommen sind u.a. Liebesgedichte sowie ein Theaterstück- und ein Romanfragment. Etwas fehlend erscheint eine Einführung in den Band, lediglich ein kurzes Nachwort des Philosophie-Professors Michael Quante würdigt Marx als Dichter und fordert dazu auf, die Spuren von Marxens Dichtung in den späteren Texten zu suchen. Damit schließt die Würdigung an die Feststellung verschiedener Biographen an, den jungen Marx als politischen Dichter nicht zu unterschätzen, bietet aber wenig weitere Einordnung zu den Gedichten selbst. So kann sich der Leser vielleicht auch ohne

den Ballast späterer Werke und ihrer Interpretationen auf die Gedichte einlassen – und an diesen durchaus Gefallen finden. Erstmals veröffentlicht wurde nun zudem die Sammlung „Gesammelte Volkslieder“ – eine von Marx vorgenommene Zusammenstellung von Liedtexten vor allem von Liebesliedern und humoristischen Liedern aus verschiedenen deutschen Mundarten sowie von Übersetzungen aus anderen Sprachen. Eine Einordnung fehlt hier ganz, die Auswahl der Lieder lässt aber einen sehr humorvollen Marx erahnen. ■

Sammelrezension: Revolutionen in Deutschland und Österreich

von Thilo Scholle

Am 29. Oktober 1918 verweigerten die Heizer und Matrosen des I. und III. Geschwaders der deutschen Marine in Wilhelmshafen die Befehle zum Auslaufen ihrer Schiffe. Den von der Seekriegsleitung angestrebten „heldenhaften“ Untergang in einer Schlacht gegen England wollten sie jedenfalls nicht erleben. Die Marineführung reagierte mit Verhaftungen und der Verlegung der Schiffe nach Kiel. Ziel war die Beruhigung der Situation – erreicht wurde das glatte Gegenteil: Der Matrosenaufstand in Wilhelmshafen und Kiel im Oktober/November 1918 sollte den Auftakt für revolutionäre Ereignisse im gesamten deutschen Reich bilden.

Einen gut geschriebenen Überblick über den Gang der Ereignisse bietet der Band von Martin Rackwitz, der zudem interessantes Quellenmaterial und eine Reihe von Bildern und Dokumenten zur Illustration enthält. Dabei behält er auch den reichsweiten Kontext – die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Gründung der Freikorps und die sonstigen Bemühungen der Gegen-Revolution mit im Blick. Die Darstellung endet mit den örtlichen Auswirkungen des Kapp-Putsches in Kiel, dessen Niederschlagung zahlreiche Tote forderte. Der Autor arbeitet überzeugend heraus, wie komplex die Lage in Kiel insbesondere während der ersten Tage des Aufstandes war. Nach dem Zusammenbruch des

Kapp-Putsches sei die Chance zur Demokratisierung der Reichswehr vertan worden. Der Band schließt mit einem wichtigen Kapitel über den lange schwierigen Umgang nicht nur der Bundeswehr und von Veteranenverbänden, sondern auch der Stadt Kiel mit dem Matrosenaufstand: „Lange Zeit wurden die Kieler Matrosen völlig zu Unrecht sogar als Meuterer und Verräter verunglimpft, die ihren tapfer kämpfenden Kameraden an der Front in den Rücken gefallen seien. Das Gegenteil war der Fall. Im November 1918 waren die Matrosen, Arbeiter und Frauen, die sich erhoben hatten, um einen verlorenen Krieg zu beenden und eine bessere Gesellschaft zu schaffen, die wahren Helden (...)“

Der Matrosenaufstand wurde in Kiel im Jahr 2018 auch mit einer Ausstellung gewürdigt. Der von Sonja Kinzler und Doris Tillmann herausgegebene Begleitband ist ausgesprochen lesenswert. Die thematische Reichweite geht weit über die Darstellung der Kieler Ereignisse hinaus, und gibt einen pointierten Überblick über das politische und gesellschaftliche Geschehen in Deutschland zwischen 1918 und 19 insgesamt. Enthalten sind umfangreiches Bildmaterial, aber auch Reproduktionen von Alltags- und Militärgegenständen und Plakaten. Die meisten Beiträge widmen sich ihrem Thema pointiert und auf der Höhe des aktuellen Forschungsstands, die gelungene Kom-

bination aus Bild- und Textmaterial lässt viele Aspekte buchstäblich plastisch werden. Geboten wird so ein überzeugendes Panorama der revolutionären Umbrüche weit über Kiel hinaus.

Entwicklungen seit 1914

Einen Blick zurück auf die Umstände des Kriegsausbruchs, die Entwicklungen zum Kriegsende und die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung gibt der von Axel Weipert und Anderen herausgegebene Sammelband „Maschine zur Brutalisierung der Welt“. Enthalten sind 18 Beiträge, die zum Teil sehr spezielle Ausschnitte ansprechen, insgesamt aber eine Reihe interessanter Einblicke enthalten. So wird aus verschiedenen Blickwinkeln der Frage nach den Auswirkungen der Kriegserfahrungen auf die Brutalität der politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik nachgegangen. Wenig weiterführend ist lediglich der Beitrag von Malte Meyer, der simplifizierend festhält, die Spitzen von SPD und Militär seien sich einig gewesen, „die sozialistische Revolution um jeden Preis zu unterdrücken“. Wichtig ist der Beitrag von Michael Pesek, der an das Leid der vielen hunderttausend afrikanischen Träger im Dienste der in Afrika kriegsführenden Parteien erinnert.

Ein schöner Sammelband ist auch Frank Jacob und Riccardo Altieri gelungen. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis verschiedener Akteure der Arbeiterbewegung zur Kriegsfrage und damit verbunden auch zu den Umwälzungen in den Jahren nach 1918. Vorgestellt werden u.a. „Linke“ wie Curt Geyer und „Rechte“ wie Carlo Mierendorff, der ethische Sozialist Kurt Eisner und der anarchistische Publizist Franz Pfemfert, sowie Sozialistinnen wie Lore Agnes, Minna Specht und das Umfeld Clara Zetkins. Interessant ist der Beitrag zum Netzwerk rund um Angelica Balabanoff und die „Zimmerwalder Bewegung“ der Kriegsgegner innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung. Gelungen ist auch die Einbeziehung internationaler Perspektiven, so zur Entwicklung der zeitgenössischen Sozialdemokratie in Großbritannien und innerhalb der sozialistisch-zionistischen Bewegung. Bemerkenswert ist der abschließende Beitrag zur Erinnerungskultur zum Ersten Weltkrieg im Umfeld der Kommunistischen Partei. Der Autor hält fest, dass der Kampf

„gegen Versailles“ auch zum Standardrepertoire der KPD gehört: Verantwortlich für den Krieg wurden die Imperialisten aller Länder gemacht, Verantwortung nur beim deutschen Reich zu verorten wurde ausdrücklich abgelehnt.

Revolution in Deutschland

Die monarchische Ordnung in Deutschland brach im Herbst 1918 binnen weniger Wochen zusammen. Vom Eintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung bis zur Wahl der Nationalversammlung verging gerade einmal ein Vierteljahr – für die damals politisch Handelnden eine hoch angespannte und intensive Zeit.

Ein grandioses Buch zur Revolution hat der Historiker und Publizist Joachim Käppner vorgelegt. Sein „1918“ zeichnet den Weg der Revolution mit dem Schwerpunkt auf die Interaktionen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien nach. Käppners persönliche Sympathie gehört dabei unverkennbar dem „zentristischen“ Teil der USPD um Hugo Haase. Zugleich bemüht er sich auch um ein abgewogenes Urteil zum Handeln der Mehrheitssozialdemokratie um Friedrich Ebert. Im Kern habe Ebert die Revolution nie als „seine“ wahrgenommen – mit den vielschichtigen Umwälzungen im November 1918 habe er wenig anfangen können, da seine Vorstellung auf einen schrittweise sich entwickelnden parlamentarischen Weg ausgerichtet gewesen sei. Zudem sei die Reichweite des spartakistischen Einflusses gleich doppelt überschätzt worden – von der Mehrheitssozialdemokratie, aber auch von den Spartakisten selbst.

Käppner bedauert, dass es für den „erstaunlichen Triumph der ersten Novembertage 1918, als die Freiheit plötzlich zu siegen schien“ keine mit anderen historischen Revolutionen vergleichbare kollektive Erzählung gebe. Das Buch verstehe sich daher auch als „Beitrag zur Ehrenrettung der Revolutionäre“. Hätte die Sozialdemokratie die Massenbewegung genutzt, das alte Militär zum Teufel gejagt statt sich mit ihm zu verbünden, wäre die Republik vielleicht 1933 nicht untergegangen. Anspruch des Autors ist denn auch, die realen Handlungsspielräume der Akteure auszuloten. Herausgearbeitet wird dabei immer wieder, dass ein Großteil der Akteure an der Basis keineswegs

Linksradikale, sondern zu überwiegenen Teilen der MSPD oder dem zentristischen Teil der USPD gegenüber offen waren – ob es die Matrosen in Kiel, die Mehrzahl der Arbeiter- und Soldatenräte oder auch militärische Akteure wie die Volksmarinedivision in Berlin waren. Käppner hält den Aufbau von der Republik gegenüber loyalen Militärformationen daher auch keineswegs für so aussichtslos, wie dies Ebert und andere wohl einschätzten. Geburtsfehler der Republik sei zudem die „Revolution von Oben“ gewesen. Die MSPD habe die in Kiel beginnende Rebellion nicht als Chance für sich begreifen können, dabei sei der Charakter der Aufstände um den 8. November 1918 ausgesprochen friedlich gewesen – die im Untertitel des Bandes benannte „Revolution der Besonnenen“. Auch die USPD habe keine Konzeption für den Verlauf und vor allem das danach eines möglichen Umsturzes gehabt. Eine der Fehleinschätzungen insbesondere der radikalen Teile sei es gewesen zu verkennen, dass die revolutionären Soldaten die eigentlichen Träger der Revolution gewesen seien. Die „Im-Felde-Unbesiegt“-Rede Eberts dürfe man daher nicht in den Kontext der Dolchstoßlegende stellen – Eberts Ziel sei die Wertschätzung der einfachen Soldaten gewesen, die den Krieg nicht verursacht hatten.

Eine Ehrenrettung der Umbrüche 1918/19 unternimmt auch Wolfgang Niess, wie schon der Untertitel „Der wahre Beginn unserer Demokratie“ deutlich macht. Auch Niess wehrt sich gegen zu einfache Lesarten. Wertschätzung erfährt beim Autor vor allem der „rechte Flügel“ der USPD um Haase – dem er ein hohes Maß an Übereinstimmung mit dem politischen Willen der Revolutionsbewegung attestiert. Die geringe Rolle des Spartakusbundes während der Revolution und bis weit in die Zeit nach der Gründung der KPD hinein wird deutlich – ebenso wie die Einschätzung des Autors, dass die größte Gefahr für die junge Republik von rechts drohte. Die Revolution von 1918/19 müsse zum festen Bestandteil unserer demokratischen Tradition gemacht werden. Schauen solle man dabei nicht nur auf die verpassten Chancen, sondern auch auf die Ergebnisse und Errungenschaften. Die Revolution sei zudem dringend notwendig gewesen, seien die Oktoberreformen zur Parlamentarisierung des Reiches doch das Papier nicht wert gewesen, auf das sie geschrieben wurden. Auch die Verrats-

these in Bezug auf die Mehrheitssozialdemokratie (im Band etwas eigenwillig immer schlicht „SPD“ genannt) weist der Autor zurück – man könne niemandem Verrat an Zielen vorwerfen, die er selbst nicht teile. Es sei nie Vorstellung der Sozialdemokratie gewesen, den Weg zum Sozialismus notwendigerweise mit einem Rätssystem und einer Phase der Diktatur des Proletariats zu verbinden: „Für sie war eine in allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahl zustande gekommene Volksvertretung die elementare Grundlage jeder Demokratie, auch einer sozialistischen.“ Die Darstellung der Akteure erfolgt denn auch durchaus differenziert – während beispielsweise Otto Wels durch seine Agitationsgänge in die Kasernen am 9. November das Verdienst zugebilligt wird, ein Blutbad verhindert zu haben, ist das Bild über ihn während der Weihnachtskämpfe Ende des Jahres deutlich weniger positiv. Etwas schief ist auch hier der Blick auf die programmatischen Debatten der Vorkriegssozialdemokratie – etwa wenn Bernstein nicht ganz zutreffend zugeschrieben wird, er habe im Kern dafür plädiert, „eine reformorientierte politische Praxis in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik zu rücken und sich vom Gedanken einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft weitgehend zu verabschieden“.

Das Verhältnis von Friedrich Ebert zur Obersten Heeresleitung (OHL) um Wilhelm Groener sei nicht wirklich ein Bündnis gewesen, eher der Versuch Eberts, sich taktisch auch diese Seite gewogen zu halten. Sehr interessant sind die Bezüge des Autors zur Militärpolitik. Der Autor erklärt, sämtliche führende Personen des Militärs hätten von Beginn der Parlamentarisierung des Reiches über die Republikgründung hinweg stets die Restauration der alten Ordnung ggf. auch mit den Mitteln eines Militärputsches angestrebt. Wenn überhaupt haben sie sich als Partner der Politik aufgestellt – mit permanent restriktiveren Bedingungen – aber nie das Primat der Politik anerkannt. Die SPD habe das Potential der Rätebewegung nicht erkannt. Eigentlicher Beginn der dann zu katastrophalen Folgen führenden Polarisierung sei der etwas merkwürdige Putschversuch am 6. Dezember gewesen. Mit dem Gewaltausbruch der Truppen beim Versuch, die Volksmarinedivision zu besiegen, habe sich Ebert endgültig in die Abhängigkeit von der OHL begeben, und zumindest in Kauf genommen, dass

die Unabhängigen die Zusammenarbeit im Rat der Volksbeauftragten aufkündigen. Die Januar-kämpfe 1919 sieht der Autor vor allem als durch verschiedene Ereignisse entstandene Bewegung – nicht als „Spartakusaufstand“ zu dem ihn Freund und Feind später machen wollten. Zudem sieht er hier eine weitere verpasste militärpolitische Chance – seien die bei der Niederschlagung eingesetzten Truppen doch weitgehend keine Freikorps gewesen, sondern hätten die Basis einer demokratischen Armee sein können. Die dann folgenden Monate mit Gustav Noske als Reichswehrminister beschreibt der Autor als „das dunkelste Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Als Errungenschaften der Revolution nennt der Autor u.a. die Tarifpartnerschaft, das Frauenwahlrecht, die Mitbestimmung, sowie „eine Gesellschaft, die enorme kulturelle Kräfte“ freisetze, und „in der Untertanengeist immer weniger Platz hat“.

Als Quellensammlung ist der Band „1918“ von Hirschfeld, Krumeich und Renz konzipiert. Im Mittelpunkt stehen Betrachtungen rund um das Kriegsgeschehen, meist durch die Korrespondenz von Soldaten mit ihren Familienangehörigen oder durch Tagebucheintragen von Soldaten. Ergänzt wird dies um offizielle Verlautbarungen und Beschlüsse politischer Parteien und Organe. Dabei überwiegen deutlich die Stimmen, die sich ein Außerhalb der kaiserlichen Monarchie gar nicht vorstellen können – sprich die sich u.a. gegen die zunehmenden Streikbewegungen aussprachen und die nach wie vor auf ein siegreiches Ende des Krieges für das deutsche Reich hofften. Quellen von aktiven Angehörigen der Arbeiterbewegung finden demgegenüber nur vereinzelt Aufnahme in den Band. Vorangestellt ist eine kundige Einleitung, die den Gang des Jahres 1918 mit Bezug auf die im Band versammelten Quellen skizziert. Ziel sei es, ein „Kaleidoskop des Jahres 1918“ zu zeichnen. Die Präsentation erfolgt in vier Blöcken. Jeweils vorangestellt ist eine kurze kalendarische Übersicht über den Gang der Ereignisse in diesem Monat. Im Anhang beigefügt ist auch ein kurzer Text von Sebastian Haffner, der im Rückblick betont, die Revolution sei nicht das Ziel geplanter Arbeit, sondern ein Nebenprodukt des militärischen Zusammenbruchs gewesen.

Insgesamt gelingt das von den Herausgebern angestrebte „Kaleidoskop“ durchaus – insbesondere mit Blick auf die Wahrnehmung der Ereignisse aus der Perspektive unterschiedlicher Dienstgrade des Militärs.

Die politischen Geschehnisse in Deutschland vom Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen bis zum Versailler Vertrag zeichnet auch Andreas Platthaus nach. Deutlich wird, wie gezielt sich die Armeeführung aus allem heraushielt, aber auch, wie gering das Interesse der Siegerstaaten an einer Belohnung der Demokratisierung in Deutschland war. In Bezug auf die deutsche Innenpolitik beklagt der Autor das Abwürgen weiterer Umwälzungen, allerdings bleibt er hier etwas holzschnittartig, insbesondere wenn er beim Handeln einzelner Führungspersonen immer von „der“ SPD spricht – eine mit Blick auf die Vielschichtigkeit innerparteilicher Debatten und Konfliktlagen nicht angemessene Vereinfachung. Etwas unklar ist, warum jeweils längere Kapitel zu Albert Einstein und Theodor Wolff zwischengeschaltet sind, auch wenn diese Passagen durchaus lesenswert sind. Etwas knapp bleiben die Erläuterungen zu den Debatten in der Weimarer Nationalversammlung um die Unterzeichnung des Friedensvertrags. Insgesamt handelt es sich dennoch eine interessante Darstellung des Wegs nach Versailles.

Robert Gerwarth, vor einem Jahr erst mit „Die Besiegten“ zum Ersten Weltkrieg in Europa bis in die 1920er Jahre hinein präsent, hat nun einen Band zu den Ereignissen rund um den November 1918 vorgelegt. Dabei handelt es sich nicht um neue Forschungsarbeit, sondern einen „synthetisierenden Debattenbeitrag“. Gerwarth möchte eine Würdigung einer Revolution vorlegen, die bedeutende Fortschritte wie etwa das Frauenwahlrecht gebracht habe, und letztlich ein viel zu wenig beachteter fundamentaler Umsturz gewesen sei. Die Illusion der MSPD sei gewesen zu glauben, bei einer friedlichen Demobilisierung und Demokratisierung ohne Widerstand der alten Eliten mildere Friedensbedingungen erwarten zu können. Einnehmen möchte Gerwarth eine transnationale Perspektive – die Novemberrevolution sei Teil einer Epoche von Revolutionen in Europa. Oberflächlich ist Gerwarths kurzer Schwenk zu Marx – demzufolge angeblich zwangsläufig

mit einer spontanen Erhebung des Volkes zu rechnen gewesen sei. Auch die Einordnung der Mehrheitssozialdemokratie ist zu einfach: Diese sei schon lange keine revolutionäre Partei mehr gewesen, sondern habe das Ziel des Aufbaus des Sozialstaats verfolgt. Besonders stiefmütterlich behandelt der Autor die gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Jahreswechsel 1918/19. So nehmen die Weihnachtskämpfe 1918 gerade zwei Druckseiten ein, wirklich viel über Ursachen und weitere Konsequenzen erfährt der Leser nicht. Etwas eigenwillig ist auch die Interpretation, die KPD habe an den Wahlen zu Nationalversammlung auch deshalb nicht teilgenommen, um die eigene Schwäche nicht zu offenbaren. Durch den Versailler Vertrag habe Deutschland besser abgeschnitten als andere ehemalige Mittelmächte. Durchaus zuzustimmen ist der Feststellung, mit Perspektive aus dem Jahr 1923 sei das Scheitern der Republik unwahrscheinlicher gewesen als seine Konsolidierung.

Vernichtende Kritik am Handeln der Mehrheitssozialdemokratie formuliert Klaus Gietinger, der das Jahr 1918 als den „verpassten Frühling des 20. Jahrhunderts“ einordnen möchte. Was mit diesem „Frühling“ gemeint ist, wird allerdings mehr zwischen den Zeilen deutlich – vermutlich ein Sieg der (wie auch immer definierten) Basis der Arbeiterbewegung zugunsten einer kompletten Umwälzung der Wirtschafts- und Sozialordnung. Der Band selbst arbeitet sich vor allem am Verhalten von Friedrich Ebert und Gustav Noske ab. Weitere Akteure im sozialdemokratischen Kontext scheinen kaum zu existieren, gesellschaftliche und ökonomische Umstände der Zeit werden kaum erwähnt. So entsteht eher der Eindruck eines Kammerspiels mit den führenden Sozialdemokraten als Schurken, das letzten Endes unvollständig bleibt. Offensichtlich wird diese Richtung bereits im Vorwort von Karl Heinz Roth, der festhält, das Buch setze sich mit der „spezifischen Dynamik der deutschen Konterrevolution“ auseinander: „Die politischen Entscheidungsträger und Koordinatoren der Konterrevolution waren Spitzenvertreter der Sozialdemokratie“. Die „Bündniskonstellation Generalität-Arbeiterbürokratie“ habe auf die „Anwendung exzessiver Gewaltmethoden und systematischen Terror“ gesetzt – gedeckt durch die Führungsgremien der SPD. Begonnen habe

Archiv der Arbeiterjugendbewegung (Hrsg.)

Mitteilungen, Heft 1/2018

Oer-Erkenschwick, 48 Seiten

Robert Gerwarth

Die größte aller Revolutionen

November 1918 und der

Aufbruch in eine neue Zeit

Siedler Verlag, München 2018, 384 Seiten, 28 €

Klaus Gietinger

November 1918

Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts

Nautilus Verlag, Hamburg 2018, 270 Seiten, 18 €

Edgard Haider

Wien 1918

Agonie der Kaiserstadt

Böhlau Verlag, Wien 2018, 418 Seiten, 29 €

Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/

Irina Renz (Hrsg.)

1918. Die Deutschen zwischen

Weltkrieg und Revolution

Ch. Links Verlag, Berlin 2018, 312 Seiten, 25 €

Unda Hörner

1919. Das Jahr der Frauen

ebersbach & simon, Berlin 2018, 249 Seiten, 22 €

Frank Jacob/Riccardo Altieri (Hrsg.)

Krieg und Frieden

im Spiegel des Sozialismus 1914 – 1918

Metropol Verlag, Berlin 2018, 449 Seiten, 29 €

Joachim Käppner

1918. Aufstand für die Freiheit

Die Revolution der Besonnenen

Piper Verlag, München 2017, 524 Seiten, 28 €

Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff

Lob der Revolution

Die Geburt der deutschen Demokratie

Wissenschaftliche Buchgesellschaft,

Darmstadt 2018, 288 Seiten, 24 €

Sonja Kinzler/Doris Tillmann (Hg.)

1918. Die Stunde der Matrosen

Kiel und die deutsche Revolution 1918

Wissenschaftliche Buchgesellschaft,

Darmstadt 2018, 304 Seiten, 24,95 €

das uneingeschränkte Paktieren der Sozialdemokratie mit der Konterrevolution bereits 1914. Die heutige SPD solle die Adressen der Nachfahren der Opfer 1918/19 recherchieren und sich entschuldigen.

Die Ergebnisse der Revolution zählen für Gietinger nicht, es sei eine „verkorkte Verfassung“ gewesen, und die Bolschewismus-Furcht ein Mythos. Nicht gut weg kommt auch der zentristische Flügel der USPD, so wird Hugo Haase als politisch „weich“ beschrieben – eine Formulierung die eher Interpretation ist und die ein deutlich sorgfältigeres Ausleuchten tatsächlicher Handlungsspielräume und Motivationen der Akteure voraussetzen würde als es der Autor tatsächlich tut. So hat man es letztlich mit einem Buch zu tun, dass zwar spannend und pointiert geschrieben ist, aber doch eher im Sinne einer Kampfschrift eine – sehr fragwürdige These – zu untermauern sucht, und kein vollständiges Bild der Ereignisse zeichnet.

Eine klar gegenteilige inhaltliche Stoßrichtung hat der Band „Lob der Revolution“ der beiden „Welt“-Journalisten Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff. Bei der Revolution von 1918/19 handele es sich „um den wohl am meisten unterschätzten Erfolg der jüngeren deutschen Geschichte“. Die SPD schäme sich allerdings dieses Erfolges. Grundmelodie des Bandes ist die Erzählung, die (mehrheits-)sozialdemokratische Führung um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann habe von Beginn an umsichtig agiert, und durch kluges politisches Handeln die Erfolge der Revolution insbesondere in Bezug auf Demokratie, Parlamentarismus und Sozialstaatlichkeit ermöglicht und gesichert. Die Linke – ob in Form der USPD oder noch weiter links – kommt dabei nicht gut weg, und wird als radikal und weltfremd, und bis weit in die USPD hinein auch eher diktatorisch gesinnt beschrieben. Reaktionäre Kräfte von rechts tauchen eher am Rande auf. Die Politik der Reichswehrführung wird nur mit Bezug auf die Dolchstoßlegende gestreift. Außer der Mehrheitssozialdemokratie scheinen eigentlich alle anderen Akteure der Situation nicht gewachsen gewesen zu sein. Gewalt schien zudem fast nur von der radikalen Linken auszugehen: Auch die Volksmarinedivision habe geplündert. Der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts

widmen die Autoren immerhin einen Absatz, die blutige Niederschlagung des Märzaufstands wird weitgehend neutral dargestellt, Ziele und Hintergründe der auf Regierungsseite kämpfenden Generäle wie beispielsweise Paul Maerker werden jedoch nicht angesprochen.

Die Autoren vertreten die Auffassung, die These vom „Verrat“ der SPD und der allgemeinen Unzulänglichkeit der Weimarer Republik sei mittlerweile herrschend. Damit gehen sie zu weit. Richtig ist sicherlich, die Errungenschaften der Revolution zu würdigen – was andere Autoren aber auch tun. Und natürlich ist es richtig, dass gewalttätige Sprache auf Flugblättern nicht deshalb harmloser ist, weil Rosa Luxemburg mitzeichnet. Und natürlich hätten manche Linke in loser Anlehnung an die Sowjet-Union diktatorische Vorstellungen. Damit setzen sie manchen allzu naiven linken Revolutionsvorstellungen etwas entgegen. So erscheint im Ergebnis der Respekt vor der Rolle der Mehrheitssozialdemokratie durchaus berechtigt, wird aber durch zu viele Verkürzungen an anderen Stellen wieder konterkariert.

Lesenswert ist der Schwerpunkt des Heftes 1/2018 der Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick, der u.a. die Beiträge einer Tagung aus dem Januar 2018 dokumentiert. Stefan Müller gibt einen Überblick über „Die deutsche Arbeiterbewegung nach Weltkrieg und Revolution“, Frederik Schwieger stellt bislang wenig bekannte Überlegungen Kurt Löwensteins zu Räte-sozialismus auch im Bildungswesen vor, und Dörte Hein geht den Debatten zu Revolution und Republik in der Sozialistischen Arbeiterjugend nach.

Fast schon wie eine Dokumentation der Ereignisse im Jahr 1918 wirkt der im Jahr 1932 erstmals veröffentlichte Roman „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ von Theodor Plievier, der nun wieder veröffentlicht wurde. Plievier beginnt mit einer Beschreibung des Leides an der Front sowie von Hunger und Erschöpfung in Berlin, zeichnet die Bewegung der Revolutionären Obleute in Berlin nach, und folgt den Matrosen der Flotte auf ihrem Weg zur Rebellion gegen den letzten Schlachtbefehl und in den Aufstand in Kiel. Zuletzt werden die Ereignisse in Berlin kurz vor

und nach dem 9. November 1918 geschildert. Die Einordnung der Ereignisse erfolgt dabei vor der Folie der Kritik an der Mehrheitssozialdemokratie. Insgesamt sympathisiert der Autor eher mit den rebellierenden „kleinen Leuten“ als mit einer der verschiedenen linken Parteiformationen. Unterstützt wird implizit die These, durch das Handeln von Ebert und anderen seien die revolutionären Umtriebe abgewürgt worden. Der Band ist gut geschrieben und entspricht in vielen Tatsachenschilderingen auch dem, was in den aktuellen wissenschaftlich-journalistischen Bänden zu den Revolutionstagen geschildert wird. Den fiktionalen Charakter im Blick behaltend handelt es sich nicht nur um einen sehr interessanten Roman, sondern auch um ein Stück Zeitgeschichte über die Auseinandersetzung um die Anfänge der Weimarer Republik, kurz vor ihrem Ende veröffentlicht.

Die Umwälzungen der Jahre 1918 und 19 trafen Frauen im Besonderen, konnten sie doch zum ersten Mal an Wahlen teilnehmen und damit auch vollständig in die politische Öffentlichkeit treten. Die Veränderungen für Frauen sind Thema des Bandes von Gunda Hörner. Der etwas plauderhafte Ton irritiert teilweise, der Gang der Darstellung folgt dem Jahreszyklus 1919, und beruht dabei auf Briefen, Tagebüchern und Sekundärliteratur. Vorgestellt werden sehr unterschiedliche Frauen, u.a. Käthe Kollwitz, die amerikanisch-französische Buchhändlerin Sylvia Beach, Coco Chanel, Marie Curie, Alma Mahler, Marie Juchacz und Rosa Luxemburg. Insbesondere die politischen Einordnungen sind eher oberflächlich, so wurde Karl Liebknecht nicht „ins Gefängnis gesteckt weil er sich gegen Kriegsanleihen aussprach“, und die Sozialdemokratie erlangte entgegen der Behauptung der Autorin keine Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Insgesamt handelt es sich dennoch um eine kurzweilig geschriebene und lesenswerte Skizze zu verschiedenen Frauen in Deutschland und Frankreich. Deutlich wird, dass die persönliche Entwicklung bei allen lange vor 1918/19 stattgefunden hatte, die Umwälzungen also nicht Auslöser von Emanzipation waren, sondern schlicht jetzt bessere Chancen für lange vorher entwickelte starke Persönlichkeiten bot. Zu bedenken ist, dass die Vorgestellten nicht zur „normalen“ Bevölkerung zählten, sondern als Künstlerinnen, Wissen-

schaftlerinnen und Politikerinnen im Jahr 1918 nur einen kleinen Teil der Frauen repräsentierten – wie sich die Umwälzungen auf das Alltagsleben „normaler“ Menschen auswirkte, schildert das Buch dementsprechend nicht.

Revolution in Österreich

Nahezu zeitgleich mit Deutschland wälzten sich auch in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie die Verhältnisse um. Alfred Pfoser und Andreas Weigl haben mit „Die erste Stunde Null“ ein nüchtern geschriebenes Buch vorgelegt, das einen guten Überblick über den Gang der Ereignisse bietet. Eingeteilt in die drei groben Abschnitte „Niederlagen“, „Aufbrüche“ und „Kulturkämpfe“ wird nicht nur dem Gang der Umbrüche nachgeforscht, sondern auch ein Blick auf die sich neu formierenden Kräfteverhältnisse und deren Folgen für die weitere Entwicklung geworfen. Den Zusammenbruch der Habsburger Monarchie im Herbst 1918 ordnen die Autoren als „Zeit der Konfusion“ ein – als unklar war, wie weit die Alliierten nach Österreich vorrücken würden, und welche Grenzen und welche Zusammensetzung die verschiedenen neuen Staaten haben würden. Ein großer Unterschied zur Situation in Deutschland war der Umgang mit Friedens- und Heimkehrfrage des Heeres. Der Vorsitzende der Sozialdemokratie, Victor Adler, weigerte sich, mit seiner Partei für den Friedensschluss verantwortlich zu sein – den Krieg beenden sollten diejenigen, die ihn begonnen hätten. Der Raum für mit der deutschen Dolchstoßlegende vergleichbare Legenden in Österreich blieb so klein. Auch habe man zwar große Angst vor den aus dem Krieg heimkehrenden Soldaten gehabt – zugleich aber nicht auf die alte Armeeführung gesetzt, um diese Rückführung zu organisieren. Anstatt der veranschlagten zwei Jahre kehrten die meisten Soldaten binnen drei bis vier Wochen in eigener Regie zurück. Die Friedensbedingungen beschreiben die Autoren als wesentlich härter als für Deutschland, insbesondere weil der gesamte bis dahin existierende Wirtschaftsraum der KuK-Monarchie auseinandergerissen wurde. Armut und Elend sei zudem anfangs enorm gewesen. Interessant ist zudem der Blick darauf, wie zumindest für die ersten Jahre der Republik auch der Aufbau einer weitgehend loyalen Streitmacht gelang. Die zunehmende Radikalisierung des konservativ-

Kersten Knipp

Im Taumel

1918 – Ein europäisches Schicksalsjahr

Theiss Verlag, Darmstadt 2018,

422 Seiten, 29,95 €

Verena Moritz

1917. Österreichische Stimmen

zur Russischen Revolution

Residenz Verlag, Salzburg 2017,

287 Seiten, 24 €

Wolfgang Niess

Die Revolution von 1918/19

Der wahre Beginn unserer Demokratie

Europa Verlag, Berlin 2017,

463 Seiten, 24,90 €

Anton Pelinka

Die gescheiterte Republik

Kultur und Politik in Österreich 1918 – 1938

Böhlau Verlag, Wien 2017,

319 Seiten, 29 €

Alfred Pfoser/Andreas Weigl

Die erste Stunde Null

Gründungsjahre der österreichischen

Republik 1918 – 1922

Residenz Verlag, Salzburg 2017,

359 Seiten, 28 €

Andreas Platthaus

18/19. Der Kriege nach dem Krieg

Deutschland zwischen Revolution und

Versailles

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2018,

446 Seiten, 26 €

Theodor Plievier

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman

Wacholtz Verlag, Kiel 2018,

383 Seiten, 24 €

Martin Rackwitz

Kiel 1918

Revolution – Aufbruch zur Demokratie

Wachholtz Verlag, Kiel 2018, 303 Seiten, 19,90 €

Walter Rauscher

Die verzweifelte Republik

Österreich 1918 – 1922

Verlag Kremayr und Scheriau,

Wien 2017, 224 Seiten, 22 €

christlichen politischen Milieus habe letztlich die Konsolidierung der Republik verhindert.

Anton Pelinka möchte in seinem Band vor allem den Blick auf die politische und gesellschaftliche Kultur richten. Eine Verbindung von Kultur (Literatur, Theater, etc.) und Republik habe es kaum gegeben – ebenso wenig einen belastbaren gesellschaftlichen Grundkonsens zwischen Sozialdemokratie, Christsozialen und Nationalkonservativen. Das Konzept der Konkordanzdemokratie sei für die gesellschaftlichen Umstände besser geeignet gewesen, habe sich aber erst nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus durchsetzen können. Für den Niedergang der Republik macht der Autor alle drei Lager verantwortlich, allerdings habe das katholisch-konservative Lager die größte Verantwortung. Die Republik sei von der Sozialdemokratie geschätzt, aber nicht geliebt worden. Zwar habe man sich für die Evolution entschieden, als „Bluff“ für die eigene Anhängerschaft zugleich aber immer wieder revolutionäre Rhetorik bedient – und damit zugleich mögliche bürgerliche Wählergruppen verschreckt. Letztlich habe sich die Republik zwischen kaltem Krieg und heißem Krieg befunden. Die Darstellung von Einstellungen und Vorstellungen innerhalb der Kulturwelt wie auch der Christsozialen Partei gelingen dem Autor gut. Weniger überzeugen kann seine Einordnung der Sozialdemokratie: Hier nimmt er Bauers Diktum vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ eher als ideologisches Diktum und nicht als soziologischen Ausgangspunkt – dem er denn auch konsequent nicht nachgeht. So scheint letztlich das Handeln aller Akteure eher in ideologischen Vorstellungen gefangen, und der Austromarxismus letztlich nur als Spielart der Verschleierung des fatalen revolutionären Attentismus der Sozialdemokratie.

Einen gut lesbaren Überblick insbesondere über den politischen Gang der Ereignisse in den Gründungsjahren der österreichischen Republik zeichnet Walter Rauscher. Dabei sieht auch er die Republik zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum zerrissen. Während die Sozialdemokratie davon ausgegangen sei, mit der Revolution eine bürgerliche Republik erreicht zu haben – und zumindest rhetorisch weit darüber hinausgehende Transformationen forderte – sei für die Bürgerlichen mit der Revolution schon die sozialistische

Republik – und damit eigentlich viel zu viel an gesellschaftlicher Veränderung geschehen. „Verzweifelt“ im Sinne des Buchtitels sei die Republik vor allem aufgrund der Gründungsgeschichte – der Abtrennung deutschsprachiger Gebiete, der allgemeinen Versorgungslage, Inflation etc. – gewesen. Ein eigenes Nationalgefühl habe sich nie aufbauen können, ein stabiles Staatswesen nicht entwickeln können.

Ein sehr interessantes Panorama der Ereignisse des Jahres 1918 in Wien hat der Journalist Edgard Haider unter breiter Nutzung literarischer und zeitgenössischer Quellen zusammengestellt. Beschrieben werden u.a. die Änderung der höfischen Gesellschaft, die Veränderungen im Bürgertum, die Entwicklung des Schwarzhandels, die allgemeine Versorgungslage, die Verbreitung von Hunger und Krankheiten und der Verlauf der Demobilisierung der Soldaten. Raum nimmt auch die Beschreibung der Lebenssituation von Malern und Literaten ein. Die Sprache des Autors ist teils recht blumig, vieles schildert er mit Empathie aus der (fiktiven) Position eines unmittelbaren Beobachters. In einen größeren Analyse-rahmen eingeordnet werden die Beobachtungen allerdings nicht. Eine weitere Stärke des Bandes ist darüber hinaus die große Zahl reproduzierter Bilder und Dokumente.

Wichtig für die Wahrnehmung der Umwälzungen in Österreich im Jahr 1918 war auch die Interpretation der Ereignisse rund um die beiden Revolutionen in Russland im Februar und Oktober 1917. Den Schwerpunkt der von Verena Moritz zusammengestellten und jeweils inhaltlich kurz eingeordneten „österreichische(n) Stimmen“ zur Russischen Revolution bilden Berichte österreichischer Soldaten auf Mission in Russland bzw. in dortiger Kriegsgefangenschaft, sowie von Diplomaten. Einige Zeitungsbeiträge aus der Sozialdemokratie, insbesondere von Otto Bauer, wurden ebenfalls aufgenommen. Insgesamt entsteht zwar so kein ausgewogenes Bild über die Einschätzungen quer über das gesamte politische Spektrum, aber ein interessanter Einblick in den Blickwinkel der – noch – herrschenden gesellschaftlichen Gruppen. Deutlich wird, wie chaotisch, unübersichtlich und schwer zu erfassen die Situation in Russland im Jahr 1917 war.

Nicht überzeugen kann Kersten Knipps Band „Im Taumel“ – jedenfalls nicht mit Blick auf das im Untertitel angesprochene „europäische Schicksalsjahr 1918“ – das nur am Rande eine Rolle spielt. Erst im Epilog hält der Autor selbst fest, „1918“ stünde nur als Chiffre für die Umbrüche mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Dargestellt werden vielmehr die Entwicklungen in mehreren am Krieg beteiligten bzw. durch den Krieg wieder oder neu entstandenen Ländern, beispielsweise die Entwicklung des polnischen und des tschechischen Nationalbewusstseins. Ausführlich beschrieben wird auch der Weg des amerikanischen Präsidenten Wilson in den Krieg sowie die Pariser Vorortverhandlungen im Jahr 1919. Diese Kapitel sind für sich genommen gut recherchiert und geschrieben und tragen am Ende auch zu einem lesenswerten mosaikhaften Panorama der Entwicklungen um 1918 bis etwa Anfang der 1920er Jahre bei. Mit den russischen Bolschewiken hat der Autor nichts zu tun – „radikal, blutig, gewissenlos“ seien sie gewesen. Politisch eigenwillig ist u.a. die Andeutung, Austromaxisten und Christdemokraten in Österreich hätten sich eigentlich zu einer „bürgerlichen Mitte“ vereinigen können. Etwas unvermittelt landet das Kapitel zum Osmanischen Reich am Ende bei der aktuellen Zeit und einer Kritik an Staatspräsident Erdogan.

Fazit

Die aktuellen Veröffentlichungen rund um die Novemberrevolution 1918 bieten ein facettenreiches Bild. Erfreulich ist, dass in vielen Beiträgen auch die Debatten innerhalb der Arbeiterbewegung differenziert dargestellt werden. Deutlich wird in jedem Fall: Bürgertum und Zentrum hatten mit den Umbrüchen nur wenig zu tun. Ohne den – von großen menschlichen Opfern und Zerwürfnissen begleiteten – Einsatz der Arbeiterbewegung insgesamt wäre die Grundsteinlegung der Demokratie in Deutschland nicht möglich gewesen. Mit dem 9. November 1918 gilt es, nicht nur die erste demokratische Republik zu würdigen, sondern auch die historische Rolle der Arbeiterbewegung für Demokratie und Freiheit in diesem Land herauszustellen. ■

DL21

DL 21 Aktuell

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

Das Sterben im Mittelmeer beenden

von Hilde Mattheis¹

Auf Einladung der Sea-Watch war ich im September im Auftrag des DL-Bundesvorstandes auf Malta und habe mich dort drei Tage über die Situation der Seenotrettung informiert. Unser Vorstandsmitglied Dietmar Köster, MdEP, war als Mandatsträger ebenfalls eingeladen. Wir beide und Sonja Grabowsky, die Mitinitiatorin der Wuppertaler Seebrücke, haben vor Ort intensivste Eindrücke bekommen.

Man muss nicht erst vor 25 kleinen Gräbern von an einem Tag ertrunkener Kinder stehen, um zu wissen, dass unsere Flüchtlings- und Asylpolitik inhuman ist, aber es macht traurig und auch wütend.

1500 Ertrunkene allein im April 2015, bis heute sind es viele Tausende, haben ihr Leben bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, eingebüßt.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor Ort leisten Unglaubliches: Dabei sind junge Menschen, die dem Sterben auf dem Meer einfach nicht zuschauen wollen, Menschen im Rentenalter, die sich der Rettung verschrieben haben. Es ist zutiefst beeindruckend, mit welcher Professionalität und Überzeugung die Menschen sich in den Dienst anderer stellen. Piloten setzen ihren Urlaub dafür ein, in einem Leichtflugzeug systematisch das Mittelmeer nach Flüchtlingsbooten abzusuchen.

Mit unglaublichem logistischen Einsatz und in den Prozessen bis ins Kleinste durchdacht, sind diese Teams unterwegs. Davon konnten wir uns in Gesprächen und bei Rundgängen überzeugen.

Malta behindert im Auftrag Europas private Seenotrettung internationaler NGOs. Das Schiff Sea-Watch wird am Auslaufen gehindert, die Sea-Eye und die Lifeline liegen ebenfalls fest, und die Aquarius durfte in der Zeit unseres Aufenthaltes nicht in den Hafen von Malta einlaufen. Sie hatte 58 gerettete Menschen an Bord. Nach der öffentlichen Aufmerksamkeit für die Rettungsaktionen der NGOs werden den Schiffen außerdem die Flaggen aberkannt und die Besatzung kriminalisiert. Der Kapitän der Lifeline wurde sogar angeklagt.

Europa hat stattdessen der sogenannten libyschen Küstenwache den Auftrag der Seenotrettung erteilt und bezahlt diese dafür, dass sie die Menschen von ihren Booten zurück an das libysche Festland bringt.

In einer Anfrage der Linken im Deutschen Bundestag hat die Bundesregierung u.a. bestätigt, dass es bei Einsätzen der libyschen Küstenwache zur Anwendung von Gewalt kommt, in Einzelfällen die Geretteten in inoffizielle „detention centers“ gebracht werden und es in vereinzelt Fällen zur Zusammenarbeit mit Angehörigen von Strukturen der organisierten Kriminalität kommt.

Im Gespräch mit Geretteten und in Malta unter unwürdigsten Umständen festgehaltenen Menschen wurde an diesen Einzelschicksalen deutlich, wie menschenverachtend die europäischen Staaten mit den Schutzsuchenden umgehen.

Mit der Aktion Seebrücke schließen wir uns als DL 21 der internationalen Bewegung an, die sich dieser Politik entgegenstellt. Die Bewegung hatte sich Ende Juni 2018 gegründet, als die Lifeline mit 234 Menschen an Bord auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Aus Empörung über diesen Zustand haben sich viele Menschen zusammengeschlossen. In vielen Städten werden Anträge der Seenotbrücke eingebracht, durch die Kommunen sich bereiterklären Menschen aufzunehmen. Dieser Musterantrag kann unter <https://www.forum-dl21.de/musterantrag-seebruecke/> abgerufen werden.

Wir wollen nicht darauf warten, dass es eine gemeinsame europäische Lösung gibt. ■

¹ Hilde Mattheis, MdB ist Vorsitzende der DL21 und Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg

#Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?

Kongress am 6. und 7. November 2018 in der FES Berlin

Die Digitalisierung bedeutet eine Revolution für uns alle. Wie wir leben und arbeiten – das bestimmen zunehmend technologische Innovationen. Die enormen Gewinne streichen eine Hand voll Konzerne ein. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen aber betreffen uns alle.

Es ist höchste Zeit, den digitalen Wandel so zu gestalten, dass er auch sozialen Fortschritt bringt. Brauchen wir neue Regeln, um die Monopole der Internet-Konzerne zu brechen? Zerstört der digitale Kapitalismus unseren Sozialstaat? Wie kann die Digitalisierung unsere Städte lebenswerter machen? Das alles und mehr diskutieren wir auf unserem Kongress am 6. und 7. November 2018 in Berlin.

Der Kongress wird veranstaltet in Kooperation mit:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),
Hans-Böckler-Stiftung (HBS),
Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw),
Blätter für deutsche und internationale Politik,
Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte.

Das Kongressteam:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

E-Mail: DigitalCapitalism@fes.de

Programm und Anmeldung unter:

www.fes.de/digitalcapitalism

Programm

Tag 1 06.11.2018

18:00 Uhr BEGRÜSSUNG

Kurt Beck, Vorsitzender der FES

18:10 Uhr KEYNOTE: Das 21. Jahrhundert hinter uns lassen: Abstecher in ein Leben nach dem Spätkapitalismus

18:40 Uhr DISKUSSION

Moderation: Sandra Schulz, Deutschlandfunk

20:00 - 21:30 Uhr EMPFANG

Tag 2 07.11.2018

09:00 Uhr BEGINN:

Hinweise zum Tagesablauf

durch Moderatorin Sandra Schulz

FOKUS 1: Digitale Monopole - Big Data, Big Money, Big Problem?

09:15 Uhr KEYNOTE: Wie lassen sich digitale Monopole bekämpfen?

Achim Wambach, Vorsitzender der Monopolkommission

09:30 Uhr PODIUMSDISKUSSION

Ulrich Sendler, Publizist und Berater
Achim Wambach, Vorsitzender der Monopolkommission

Christina Kampmann, MdL NRW, digitalpolitische Sprecherin

Henning Tillmann, Mitglied des Vorstands D64

Zentrum für Digitalen Fortschritt

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB

Moderation: Sandra Schulz

10:30 - 10:45 Uhr PAUSE

10:45 - 12:00 Uhr FOREN-RUNDE 1

FORUM 1.1 Wie können wir die digitale Transformation durch eine solidarische Wirtschaftspolitik gestalten?

Werner Widuckel, Universität Nürnberg-Erlangen

Katja Rietzler, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der JUSOS in der SPD

Arno Brandt, NDS 3.0

Moderation: Kai Doering, vorwärts

FORUM 1.2 **Wie begegnen wir Gewerkschaften der US-Variante des digitalen Kapitalismus?**

Johannes Schulten, Journalistenbüro
work in progress
Thomas Gürlebeck, ver.di Bayern
Moderation: Kai Lindemann, DGB

FORUM 1.3 **Besteuerung im digitalen Zeitalter – eine globale Herausforderung?**

Markus Meinzer, Tax Justice Network
Tove Ryding, Eurodat, Brüssel
Christina Kampmann, MdL NRW,
digitalpolitische Sprecherin
Moderation: Sarah Ganter, FES

FORUM 1.4 **Agrar- und Pharmasektor: Von den alten zu den neuen Monopolen?**

Marita Wiggerthale, Oxfam Deutschland
Jörg Schaaber, BUKO Pharma-Kampagne
Thomas Dürmeier, Goliathwatch
Moderation: Annett Mängel,
Blätter für deutsche und internationale Politik

FORUM 1.5 **Ist eine europäische KI möglich?**

Eva-Maria Nyckel, Graduiertenkolleg Locating
Media der Universität Siegen
Thomas Wagenknecht, Accenture
Moderation: Philipp Staab,
Universität Kassel / IGZA

FORUM 1.6 **Digitale Arbeit – Potenziale für eine neue Humanisierung oder Jobkiller?**

Björn Böhning, Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Kai Burmeister, IG Metall Baden-Württemberg
Timo Daum, Autor
Moderation: Christina Schildmann,
Hans-Böckler-Stiftung

FORUM 1.7 **Das Internet zwischen Emanzipation und Dystopie?**

Florian Butollo, WZB
Anita Gurumurthy, IT For Change, India
Nanjira Sambuli, World Wide Web
Foundation, Kenya
Geraldine de Bastion, Konnektiv

Moderation: Daniel Leisegang, Blätter für
Internationale Politik

12:00 - 13:00 Uhr MITTAGSPAUSE

FOKUS 2: Sozialstaat 4.0 – Sicherheit und Solidarität im Wandel

13:00 Uhr Streitgespräch

Anke Hassel, Direktorin Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
vs.

Hans-Peter Klös, Leiter Wissenschaft,
Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln
Moderation: Sandra Schulz

14:00 - 14:15 Uhr PAUSE

14:15 - 15:45 Uhr FOREN-RUNDE 2

FORUM 2.1 **Digitalisierung als Modernisierungstreiber für Umwelt und Klima?**

Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
Tilman Santarius, TU Berlin
Moderation: Sabine Gillessen, D64

FORUM 2.2 **Digitale Plattformen als Genossenschaften und digitale Projektgemeinschaften?**

Jan-Felix Schrape, Universität Stuttgart
Thomas Gegenhuber, Leuphana
Universität Lüneburg
Magdalena Ziomek-Frackowiak, SmartDe
Moderation: Melanie Stein

FORUM 2.3 **Agilität & Gute Arbeit: Wie geht das?**

Nadine Müller, ver.di-Bereich Innovation
und Gute Arbeit
Jürgen Kriependorf, Gesamtbetriebsrat
T-Systems International
Philipp Rautenberg, Improuv
Moderation: Kai Lindemann, DGB

FORUM 2.4 Wie sehen innovative Arbeitszeitpolitik und soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt aus?

Christian Kellermann, IGZA
Christina Schildmann, Hans-Böckler-Stiftung
Moderation: Mareike Winkler, IGZA

FORUM 2.5 Künstliche Intelligenz und Big Data: Der abgehängte Mensch?

Manuela Lenzen, Wissenschaftspublizistin
Lorena Jaume-Palasi, algorithmwatch.org
Thomas Küchenmeister, Facing Finance e.V.
Moderation: Daniel Leisegang,
Blätter für deutsche und internationale Politik

FORUM 2.6 Wie krisenanfällig ist der digitale Kapitalismus?

Aaron Sahr, Hamburger Institut für Sozialforschung
Philipp Staab, Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit
Moderation: Eva-Maria Nyckel, Graduiertenkolleg Locating Media der Universität Siegen

Forum 2.7 Gibt es sozialistische Potentiale im digitalen Kapitalismus?

Uwe Kremer, Herausgeber der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw)
Jan Dieren, stellv. Juso-Bundesvorsitzender
Janina Urban, Diem25 Köln
Moderation: Ole Erdmann, spw

Fokus 3: Die smarte Kommune – Albtraum oder Segen?

16:00 Uhr KEYNOTE

Francesca Bria, CTO der Stadt Barcelona

16:15 Uhr PODIUMSDISKUSSION

Francesca Bria, CTO der Stadt Barcelona
Jens Mühlner, T-Systems International GmbH
Lothar Schröder, Verdi
Saskia Esken, MdB, stellv. Sprecherin
Ausschuss digitale Agenda
Moderation: Sandra Schulz

17:30 - 18:00 Uhr PAUSE

18:00 Uhr ABSCHLUSS: Können wir den digitalen Kapitalismus zum Wohle aller zähmen?

KEYNOTE

Susan Crawford, Harvard Law School

18:00 Uhr DISKUSSION

Susan Crawford, Harvard Law School
Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD
Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall
Moderation: Sandra Schulz

19:30 - 21:00 Uhr EMPFANG

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhring, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder, Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 -525 049 8 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 49 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, Oktober 2018

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Gerhard Armanski
Monsieur le Capital und Madame la Terre
Blauer Planet im Würgegriff
265 Seiten | € 24.90 | 2015
ISBN: 978-3-89691-712-6
Westfälisches Dampfboot



Jörg Meyer (Hrsg.)
Arbeiten & Feminismus
Gespräche mit Christiane Benner, Monika Brandl, u.a., Nachwort von Christina Klenner
120 Seiten | 2017 | € 11.00
ISBN 978-3-89965-748-7 | VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Gabriele Eissenberger
Nicht nur ein Stück Geschichte Chiles
Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung
245 Seiten | € 24.90 | 2014
ISBN: 978-3-89691-962-5
Westfälisches Dampfboot



Eicker-Wolf, Kai / Schreiner, Patrick
Mit Tempo in die Privatisierung
Autobahnen, Schulen, Rente – und was noch?
Neue Kleine Bibliothek 245
194 Seiten | Sept. 2017 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-655-9 | PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

David Harvey
Marx' »Kapital« lesen
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger
416 Seiten | unv. Nd. 2017 | € 24.80
ISBN 978-3-89965-415-8 | VSA-Verlag



Andreas Fisahn
Staat, Recht und Demokratie
Eine Einführung in das politische Denken von Marx und Engels, Neue Kleine Bibliothek 258
ca. 160 Seiten | März 2018 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-664-1 | PapyRossa Verlag

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
 - Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
 Mein Prämienpaket: 1 2 3
- Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (freiwillige Angabe)

E-Mail (freiwillige Angabe)

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.